DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

106/107 | 10. JAHRGANG | Juli/August '93 | 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

BUNTE REPUBLIK NEUSTADT

Was ist eigentlich das Besondere an der Dresdner BRN? Ist doch auch nur eine »Hocketse«, wurde ich mal gefragt. Nie dort gewesen zu sein macht es schwer, zu verstehen, daß dieses Stadtteilfest überall anders in der Republik verboten wäre. Einige Dekrete der provisorischen Regierung der BRN und Eindrücke unserer am Geschehen beteiligten Redaktion Dresden auf **Seite 2.**
»BRN4« sendete noch Ende Juni während der BRN illegal. Seit dem 8. Juli gibt es ein legales alternatives Radio: »coloRadio«, zu hören jeden Donnerstagabend von 20 bis 24 Uhr. Siehe Seite 10.

FRAUENSTREIK

»Uns reicht's!« steht im Streikaufruf für den ersten Frauenstreiktag, der am 8. März 1994 geplant ist. Das §218-Urteil, Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt, zunehmende Gewalt auch gegen Frauen und viele Gründe mehr haben Frauen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen den Streikaufruf bisher unterzeichnen lassen. Wir publizieren den Aufruf, den auch Rosa Luxemburg unterschrieben hätte, wie unser Blick in die Geschichte von Streiks belegt.
Seit zehn Jahren treffen sich für eine Woche Lesben und Frauen aus der ganzen BRD zur »Bremer Frauenwoche«. Diese – Opfer des ABM-Kahlschlags – fand Anfang Juni zum letzten Male statt. Gudrun Fischer berichtet von der Tagung »Nationalismus und Gewalt gegen Frauen« auf Seite 4

SIEDLUNGSGENOSSENSCHAFT

Am 28. Mai 1893 wurde die vegetarische Obstbausiedlung Eden gegründet und kurz darauf in das Genossenschaftsregister der Stadt Oranienburg nördlich von Berlin eingetragen. In der Genossenschaft fanden sich zahlreiche Ansätze und Bestrebungen der Lebensreformbewegung vereint. Einen Überblick über die 100jährige Geschichte dieser Siedlung, auf deren Gelände auch einer der ersten Produktionbetriebe für Reformwaren entstand, gibt Judith Baumgartner auf Seite 12.

WACHSTUMSKRITIK

Ist ein wirtschaftliches und gesellschaftliches System möglich, das ohne Zwang zum Wachstum funktionieren kann? Und wenn ein Eingriff in das Wachstum notwendig ist, um die Umwelt zu retten, wie kriegen wir dann das Wachstum in den Griff? Ernst Eberhard Manski stellt ein in Holland herausgekomenes Buch vor, daß sich mit diesen Fragestellungen beschäftigt. Seite 11.

BRAUNZONEN

In ihrem Buch »Feuer in die Herzen – Plädoyer für eine ökologische Linke Opposition« definiert Jutta Ditfurth ihre Position zum Thema Ökofaschismus. Im Interview auf Seite 13 erläutert sie, wie sehr der Rassismus alle Bereiche dieser Gesellschaft durchdringt – bis tief in die Alternativbewegung hinein. Sie äußert sich zu Rudolf Bahro, als einen ehemaligen Linken, der sich zu jemand mit immer geschlosseneren esoterisch/faschistischen Positionen entwickelt hat...
Unsere im Februar begonnene Diskussion unter dem Titel: »Vom neuen Zeitalter zur braunen Heilslehre?« wird von unseren LeserInnen vehement fortgeführt. Der Beitrag von Louis Lerouge auf Seite 14 ist eine Reaktion auf den Artikel von Klaus Schmitt »War Strasser ein Sozialist?« in unserer Mai-Ausgabe und beschäftigt sich mit den Ideen von Gesell und Strasser, die heutzutage fest im neofaschistischen bzw. nationalrevolutionären Lager verwurzelt sind. Weitere Beiträge zum Thema sind den Seiten 13, 14 und 15 zu finden. Aus Platzgründen wurden einige Beiträge auf die nächsten Ausgaben verschoben.

KOOPERATION UND VERNETZUNG IST ARBEIT

Für mehr Zusammenhalt in der sozialen Ökonomie

Die Einsicht, daß Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte wichtig ist, hat sich schon lange durchgesetzt. Nur in manchen Bereichen klappt es nicht, diese simple Einsicht auch umzusetzen. Ein breites Spektrum dargestellter Vernetzungsansätze, verdeutlicht unterschiedliche Inhalte und Vorgehensweisen.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Vieles deutet darauf hin, daß gruppen- oder verbandsbezogene Kooperationen von kleinen Betrieben und Projekten für den Versuch der Etablierung eines Teilsektors bzw. einer neuen Branche stehen. Erst mit der Festigung einer solchen Kooperation kann die wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung der dort Agierenden dauerhaft gelingen. Umschreiben läßt sich Kooperation als freiwillige Zusammenarbeit selbständiger Projekte und Unternehmen mit der Absicht, ohne Aufgabe der Entscheidungsfreiheit gemeinsame Ziele wie politische Anerkennung, Leistungsfähigkeit, Kosteneinsparung oder Verbesserung der »Markt«-Präsens zu erreichen. Auch ideelle Gründe der Zusammenarbeit sind eingeschlossen.

Grundsätzlich gilt Kooperation als Chance für Kleinbetriebe und Projekte, gegenüber den Etablierten konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden. Zwischenbetriebliche Kooperation *ermöglicht Rationalisierungsvorteile. Dabei ist nicht nur* Verbesserung der ökonomischen, sondern auch der politischen Durchsetzungskraft gemeint. Beispielsweise können Kostensenkungen oder Effizienzssteigerungen im Betrieb über Absatzkooperationen oder gemeinsames Auftreten erreicht werden. Dies gelingt beispielsweise durch Vermeidung von Mehrfachbearbeitungen derselben Aufgabe.

Vorbehalte gegenüber Kooperation

Von seiten so mancher Projekte bestehen gegenüber Kooperationen Vorbehalte. Am häufigsten wird die Angst vor Verlust der Selbständigkeit oder Zentralisierung erwähnt. Dabei kann und soll genau das Gegenteil erreicht werden: der Erhalt der Selbständigkeit. In empirischen Untersuchungen nennen die Befragten als Gründe für die Ablehnung von Kooperationen außerdem Kompetenzüberschneidungen, gegenseitiges Mißtrauen, Abhängigkeit der Partner und Schwerfälligkeit der Abstimmungen. Unter diesem Vorzeichen bekommt die Frage einen besonderen Stellenwert, wie bzw. mit welcher Herangehensweise Kooperationen wirkungsvoll aufzubauen sind. Die Antwort weist Wege, ob selbstverwaltete und ökologisch konsequente Betriebe und Projekte ihren Nachteil bei der Größe ausgleichen können.

Vorweg sind allerdings eine Reihe von Gründen zu nennen, an denen das Entstehen von Kooperationen scheitert. Sie lassen sich unter dem Begriff »Kosten« fassen, auch wenn dies den Anschein einer Berechenbarkeit andeutet, die nicht der Wirklichkeit entspricht. Besonders wichtig sind:

- **Anbahnungskosten**
  Kosten der Informationssuche und -beschaffung über *geeignete KooperationspartnerInnen sowie deren offenen* und verdeckten Zielsetzungen werden hierunter gefaßt.
- **Vereinbarungskosten**
  Darunter fallen alle Aufwendungen der Intensität und zeitlichen Ausdehung von Verhandlungen, Vertragsformulierung und Einigung mit den jeweiligen KooperationspartnerInnen.
- **Kontrollkosten**
  Laufende Kosten zur Sicherstellung und Einhaltung der Kooperationsvereinbarungen zwischen den Partnern sind hier zuzurechnen.
- **Anpassungskosten**
  Vor allem Aufwendungen für die Durchsetzung von Prozess- und Strukturveränderung im eigenen Projekt aufgrund der veränderten Umfeldbedingungen im zeitlichen Ablauf der Zusammenarbeit machen diese aus.

Die genaue Quantifizierung dieser Kosten bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Außerdem sind die Vorteile einer Kooperation nur nutzbar, wenn sie nach Anfallen der Informations- und Vereinbarungskosten tatsächlich zustande kommt. Deshalb scheuen viele die erforderlichen Vorarbeiten. Das gilt erst recht, weil die meisten schon Erfahrungen mit gescheiterten Versuchen haben.

Auseinandersetzen mit vorhandenen Ansätzen

Die Lösung aus dieser Selbst-Blockierung im Selbstverwaltungsbereich gegenüber außerbetrieblicher Kooperation ist einfach, chancenreich und unbefriedigend zugleich: Sie setzt auf die Erfolgsträchtigkeit von Zusammenarbeit und macht sie zur zentralen »Strategie«. Erforderlich hierfür ist der gezielte und systematischen Ausbau der eigenen Kooperationsfähigkeit. Auf diese Weise wird auf sogenannte weiche Faktoren projektinterner Strukturen gesetzt. Solche weichen Faktoren entziehen sich einer Berechenbarkeit und Quantifizierung. Sie gehören in den Bereich des Fühlens und der Überzeugung ohne Beweis. Von vielen Projekten mit dem Selbstverständnis »Small ist beautiful« werden sie erstaunlicher Weise oft bezweifelt. Sind sie doch meist bemüht, ihre finanzielle Situation in Ordnung zu bringen, die sich nun einmal »eindeutig« berechnen läßt.

Ein Baustein zu mehr Zusammenarbeit ist sicherlich die Auseinandersetzung mit bestehenden Vernetzungsansätzen. Aus ihren Erfahrungen, ihrer Vorgehensweise und ihren Problemen lernen, trägt zu einem Verständnis bei: Kooperation ernst zu nehmen und von der knappen Zeit auch dafür etwas »abzuknapsen«. Wenn dies mit dem beiliegenden Schwerpunkt gelingt, ist Ziel und Zweck dieser CONTRASTE-Ausgabe erreicht. Der Schwerpunkt ist so aufgebaut, daß ein Rückblick zum Thema Vernetzung in die Thematik einführt. Verschiedene Beispiele aus dem sozialen bzw. dem Bildungsbereich sowie Beispiele von stärker »kommerziellen« Kooperationsansätze werden anschließend »präsentiert«. Der Ausblick konzentriert sich auf den Versuch, eine Lanze für eine gemeinsame Interessendurchsetzung des Sektors der sozialen Ökonomie in der Bundesrepublik zu brechen. ●

Fortsetzung unseres Schwerpunkt-Themas ab Seite 5

P 8008 E

VERNETZUNG DER LINKEN IN OST UND WEST

Ost-West Diskussion bei den Infoläden

Während die westliche Infoladenszene Schritte zu mehr Verbindlichkeit und Organisierung erwägt, entstehen auch Vernetzungsprobleme mit dem Osten. Ein eigenes Ostvernetzungsplenum war entstanden und äußerte scharfe Kritik am West-Hick-Hack und thematischer Dominanz durch die West-Brille. Wir sprachen hierüber am Rande der Libertären Tage mit Leuten aus den Infoläden in Plauen (Ost) und Heidelberg (West): Paula und Paul vom »Max-Hoelz-Archiv« (Arbeitstitel) in der Vogtlandmetropole und Jens und Jenny aus der Neckarstadt:

CONTRASTE: Infoläden Ost – Infoläden West – Antifa Ost, Autonome Ost – Antifa West, Autonome West....

...In den letzten drei Jahren hat es seltsamerweise auch im Bereich linker Organisierung Probleme im »Zusammenwachsen« von Ost und West gegeben. Warum? Könntet ihr zuvor zum besseren Verständnis etwas aus eurer Sicht zur Geschichte der Infoläden sagen?

Jenny: Zur Geschichte der Infoläden muß man sagen, daß es zum Teil eine sehr subjektive Sache ist. Wenn ich aus meiner Sicht die Geschichte der Infoläden in den letzten zehn Jahren zurückverfolge, dann hat das auch etwas mit den inhaltlichen Schwerpunkten zu tun, die einzelne Leute, die bei den ersten Infoläden dabei waren, hatten. Und daraus ging hervor, daß im ganz wesentlichen die Leute in erster Linie aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum kamen. Die Infoläden sollten eine Antwort auf die Repression sein, die vor zehn Jahren noch um einiges stärker war als heute, was die Unterdrückung von Informationen und Nachrichten anbetraf, hauptsächlich in den Bereichen: Bewaffnet kämpfende Gruppen, aber auch ganz allgemein in dem Bereich des antiimperialistischen autonomen Widerstands, sozialer Bewegung gerade Anfang der 80er Jahre, Häuserkampf, entstehender Antifabewegung, Startbahn, und später dann Wackersdorf. So entstand das Grundbedürfniss, die Repression zu durchbrechen und authentische Informationen liefern zu können. Also dieser ganzen Medienmanipulation etwas entgegen zu setzen und darüber auch authentische Informationen zu vermitteln, in der eigenen Stadt, sowie auch durch Vernetzung.

Es ging von Anfang an auch um die Frage der politischen Gefangenen und ein Hebel, der sich eigentlich durchgezogen hat, gegen Infoladenpolitik, war eben der §129 a. Bis hin zu den Durchsuchungen im letzten Jahr, die in vielen Infoläden stattgefunden haben. Entsprechend war auch die Auswahl der Infoläden und die Dokumentation der Teilbereiche bzw. Teilbereichskämpfe, vor allem in den Schwerpunkten: Guerilla-Widerstand, Internationalismus, Antifa, Häuserkampf, Anti-AKW, Frauenwiderstand. Infoläden gibt es mittlerweile zumindest im Westen in über 50 Städten und aus der Geschichte der Infoläden sehe ich, daß es sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Infoläden gibt.

> Antifaschistische Aktion – Bundesweite Organisation (AABO) ist ein Organisationsansatz, der von der Göttinger Antifa-M und einigen anderen Antifa-Gruppen anderer Städte verfolgt wird. Ein weiterer größerer Kreis von Antifa-Gruppen trifft sich überregional zur Vorbereitung von Kampagnen, aber auch zu Fragen gemeinsamer Organisierung.

Manche Infoläden haben eine Geschichte von fünf und mehr Jahren und manche sind erst in den letzten 2 bis 3 Jahren entstanden oder reorganisiert worden, was sich dann auch wieder in der praktischen Politik ausdrückt.

Wie ist es denn dann im Westen mit der Vernetzung und Organisierung der Infoläden vorangegangen? In der CONTRASTE-Ausgabe Nr. 103 (April 1993) haben wir ein Interview veröffentlicht, das die Bonner Stadtzeitung »Schnüss« mit dem Infoladen Bonn geführt hat. Die Infoladen-Gruppe argumentiert, daß sie sich nicht mehr als Infoladengruppe engagieren will, sondern lieber helfen will eine starke Antifaschistische Aktion – Bundesweite Organisation (AABO) mit aufzubauen. Wie ist der Vernetzungsstand im Westen und worin siehst Du die Schwierigkeiten der Vernetzung auch mit den neuen Bundesländern?

Fortsetzung auf Seite 3

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Ost-West Diskussion bei den Infoläden

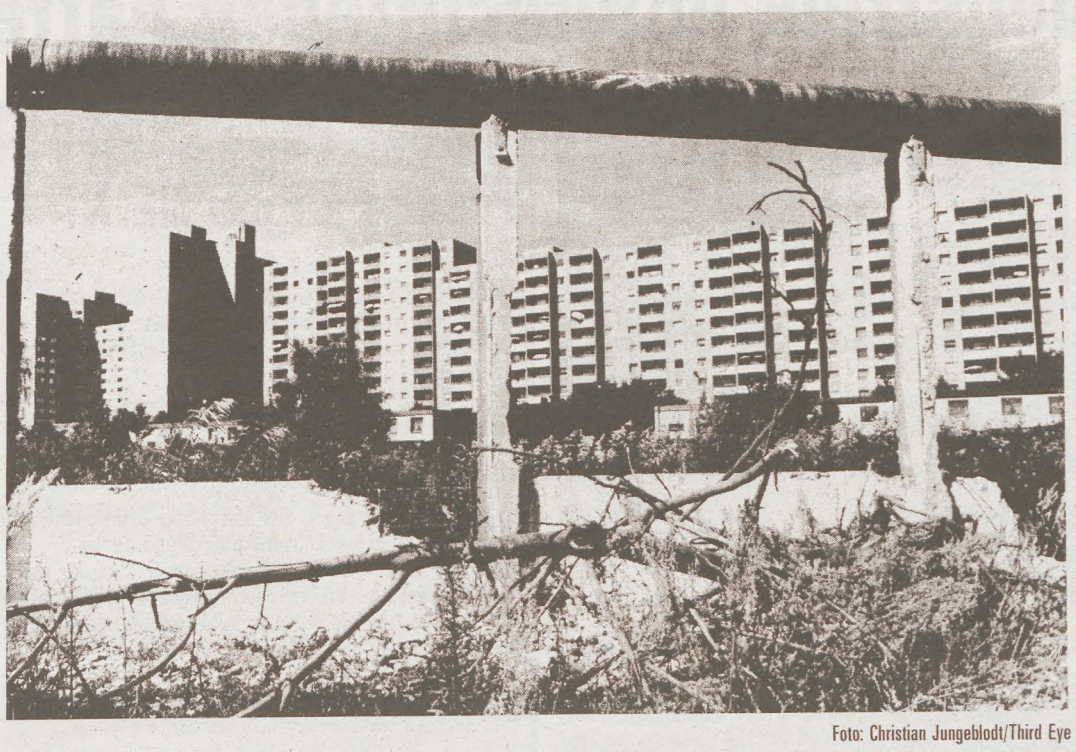


Foto: Christian Jungeblodt/Third Eye

Von der Vernetzung zur Organisierung

Jenny: Ja, ich denke daß der Infoladen in Bonn ein recht gutes Beispiel ist für eine Entwicklung die stattgefunden hat. Gerade die BonnerInnen waren mitunter diejenigen, die eine der längsten Infoladentradition haben und gleichzeitig auch durch ihre Einbindung ins Regionaltreffen Nordrhein-Westfalen, was auch eines der ältesten Regionaltreffen ist, auch mit die beste Struktur hatten. Dieses Treffen gibt es schon seit mehreren Jahren und Nordrhein-Westfalen gibt da ein gutes Beispiel ab, für Vernetzung in anderen Bereichen.

Gleichzeitig kamen die ganzen Widersprüche, die intern aufgetreten waren in der Infoladenarbeit dort ziemlich deutlich zum tragen. Die Schwerpunktsetzung von Infoladenpolitik liegt unbestritten in bundesweiter Organisierung, Vernetzung, Schaffung von verbindlichen Strukturen. Dem gegenüber ist es die Motivation von anderen Infoladen-Leuten auf aktuelle Themen zu reagieren, was schwerpunktmäßig in den letzten Jahren Antifa-Politik ausmacht. D.h. reaktiv politisch tätig zu sein aufgrund einer starken Einbindung in die autonome antifaschistische Bewegung. Das führte dazu, daß es heute in den Infoläden völlig unterschiedliche politische Schwerpunktsetzungen gibt und diese nicht nur von Stadt zu Stadt und Bundesland zu Bundesland, sondern auch innerhalb der einzelnen Läden. Dadurch bricht meiner Meinung nach eine verbindliche thematische Diskussion immer wieder ab, durch kurzfristige Organisationsfragen und kurzfristige Aktivitäten. Das verhindert gleichzeitig, daß Grundprobleme ausgetragen werden können. Die Probleme die auf den letzten beiden nationalen Treffen aufgetreten sind, die jetzt als Ost/West-Probleme aufgezeigt werden, sind meiner Meinung nach nicht nur ein Ost/West-Problem. Diese ziehen sich durch die ganzen Organisations- und Bewegungsansätze, sowohl im Westen, als auch im Osten. Diese glatte Trennung ist meiner Meinung nach nicht gegeben.

Es gibt sicherlich ein paar Kernprobleme die zwischen den Ost- und Westinfoläden existieren, aber das Grundproblem Organisierung und Struktur kontra (ja wie es immer verächtlich heißt) Feuerwehrpolitik, ist mit Sicherheit kein Ost/West-Problem, sondern ein strukturelles Problem. Ein Problem überhaupt der sogenannten radikalen Linken, wie es perspektivisch weiter gehen soll. Was ich als Ost/West-Problem bezeichnen würde, wäre eher an der unterschiedlichen Geschichte festzumachen, aus denen die Infoläden enstanden sind, im Osten und im Westen, und damit verbunden, eben die unterschiedlichen Erfahrungen die mit Widerstand, mit eigener Organisation, mit Repression etc. gemacht wurden. Stichpunkte sind so für uns, wenn ich da jetzt gerade an die Einladung zu Erfurt denke, daß es im Westen eben immer noch viel um das Verhältnis zu den politischen Gefangenen und zur Guerilla geht oder die Sexismus-Diskussion und im Osten erstmal um die Aufarbeitung der eigenen Geschichte geht, die bei den nationalen Treffen bisher noch überhaupt gar keine Rolle gespielt haben. Stichpunkte wären da Stasi-Aufbereitung, Stalinismus-Diskussion, DDR-Geschichte.

Das Ostvernetzungsplenum der Infoläden hatte 1992 in einem sehr kritischen Brief zu einem bundesweiten Infoladentreffen in Erfurt eingeladen. Nur wenige Westläden folgten der Einladung.

Vielleicht hören wir jetzt mal was dazu von den Leuten aus Plauen, die auch aus einem Zusammenhang von Infoläden sind, die bewußt eine Ost-Vernetzung anstreben. Wie ist es zu dieser Ost-Vernetzung gekommen und was ist da die Geschichte aus der Sicht von Ost-Infoläden gewesen?

Im Osten ganz andere Ansatzpunkte

Paula: Vor 1989 gab es noch keine Infoläden, es gab nur in verschiedenen Großstädten hier im Osten eine gewisse kritische Gegenöffentlichkeit, sowie die Umweltbibliothek in Ost-Berlin, aber sonst außer in Leipzig und in Berlin oder in Dresden, vielleicht noch zwei bis drei anderen Städten gab es eigentlich in dem Sinne überhaupt keinen Ansatzpunkt zu einer Diskussion innerhalb der linken Bewegung. Von Autonomen konnte zu dem Zeitpunkt sowieso überhaupt keine Rede sein. 1989-1990 als die Wende kam, konnten wir dann alle unsere Meinung frei äußern, dies geschah allerdings relativ unbedacht und zeugte von einer großen Orientierungslosigkeit.

Irgendwann kam dann der Punkt wo wir auch etwas von den West-Infoläden, deren Zielen und politischen Ausrichtungen gehört haben, wo wir dann aber irgendwie konträr gegenüberstanden. Konträr, sage ich ganz bewußt. Die Vorstellungen und Gedanken waren zwar schon faßbar für uns, aber die Ansatzpunkte in den wenigen Ost-Infoläden die es gibt, waren ganz andere als die unsrigen. Hier war erstmal das Bedürfnis da, eine freie Meinungsöffentlichkeit zu schaffen und da stand man dann den West-Infoläden gegenüber, die das schon seit Jahren machen, wie z.B. Guerilla-Politik, bewaffneter Kampf. Das war für uns nicht so primär, da wir erstmal mit ganz anderen Dingen zu kämpfen hatten.

Paul: Diese ganze Problematik, die wir hier haben, Infoladen Ost, Infoladen West, kann man meiner Meinung nach nicht einfach so losgelöst sehen. Die ganze linke Widerstandkultur die sich hier in den letzten drei Jahren entwickelt hat, orientierte sich zunächst an der des Westens, da sich die äußeren Verhältnisse ja angeglichen haben.

Und das ist der Ansatzpunkt der Diskussion die momentan in Ostzusammenhängen in den Infoläden läuft. Das Problem ist, daß wir im Osten Kampagnen, Strukturen und Aktionsformen der radikalen Linken und bei den Autonomen vom Westen fast vorbehaltlos übernommen haben, ohne kritisch zu überprüfen ob das überhaupt auf unsere spezifische Situation im Osten zutrifft und ob es sich da überhaupt um greifbare Aktionsformen handelt. An diesem Punkt, denke ich, treffen diese Infoläden-Differenzen zwischen Ost und West ganz stark aufeinander. Eine Sache, die seit 10 bis 15 Jahren in den Alt-Bundesländern eine gewisse Geschichte hat und auf Erfahrungen aufbaut, einfach so an unsere Strukturen anzulehnen.

Irgendwie, ist es aber doch auch so, daß eine inhaltliche Frage im Hintergrund steht, nämlich die Frage von Definitionsmacht von Politik. Was sinnvolle Politik ist und wie sie betrieben werden sollte im Zusammenhang mit der Vernetzung. Den Entschluss der Infoladen-Gruppe Bonn begreife ich so, nach Lektüre des Interviews, ja wir machen Kirchturmpolitik und Feuerwehreinsätze und das ist irgendwie nur wenig verbindlich. Deshalb hören wir auf, Infoladen-Gruppe zu sein und schaffen besser verbindliche Strukturen, indem wir eine bundesweite Organisation aufbauen und politische Schwerpunkte setzen und bestimmen wie diese verfolgt werden. Das ist ja wohl mehr, als das, was hier bisher in unserer Diskussion als Ost/West-Problem (keine gemeinsamen historischen Erfahrungen und Schwerpunktsetzungen) bezeichnet wurde. Das ist eine prinzipielle Frage, also der Definitionsmacht von Politik. Die Tendenz, daß neue Infoläden entstehen, ist auch ein Ausdruck, lokale politische Schwerpunkte setzen zu wollen, wo einem vor Ort der Schuh drückt. Ich denke, daß das ein Ansatzpunkt ist, der in einer Vernetzung, so wie die Bonner Schiene gefahren wird, tendenziell Gefahr läuft, zu kurz zu kommen – wenn alles nur auf eine bundesweite Organisation ausgerichtet wird.

Definitionsmacht über Inhalte der Politik

Jenny: Das würde ich gerne relativieren, weil aus der Auflösungserklärung des Infoladens Bonn einiges mehr hervorging als nur: Wir lösen uns jetzt auf, um uns bundesweit zu organisieren. Es war sicherlich nicht das Ziel des Infoladen Bonn, sich aufzulösen.

Eine bundesweite Organisierung ist ein Aspekt, der aber nicht unbedingt ausschließt, weiterhin Infoladenarbeit zu betreiben, der eine regionale oder eine gruppenübergreifende Vernetzung in der Stadt versucht, in den Griff zu kriegen. Im Infoladen Bonn fand auch eine interne Auseinandersetzung statt, die dazu führte, daß ziemlich viele Leute gingen. So fand aufgrund der internen Auseinandersetzung praktisch eine zwangsläufige Auflösung statt, da letztendlich nur noch zwei Leute übrig geblieben waren. Dazu parallel lief dann die Überlegung der bundesweiten Vernetzung und das Resumee der Infoladengruppe war das Resumee der zwei übrig gebliebenen Leute aus der Ladengruppe.

Generell gilt das natürlich schon für eine allgemeine Diskussion und ist für das Thema Vernetzung wichtig. Ich würde daran aber keinen Ost/West-Gegensatz festmachen. Die Frage der Vernetzung, vor allem die Form der Vernetzung, ob jetzt in einer bundesweiten oder nationalen Organisierung oder eher über lose Strukturen, wo mensch sich darauf beschränkt, von Fall zu Fall zusammen zu arbeiten, also Kampagnenpolitik zu machen, ist keine Ost/West-Frage, sondern zieht sich querbeet durch alle Infoläden. Und da gibt es in Westläden genauso einen Unterschied und einen Bruch wie in Ostläden und wahrscheinlich sogar innerhalb einiger Infoläden. Ich denke, daß da die Frage, warum ein Zusammenkommen zwischen den West-und Ostinfoläden sich so schwierig gestaltet, erstmal hinten angestellt werden sollte, da gibt es erstmal wichtigere Dinge wie die Organisation der Vernetzung zu klären, also die Frage Kampagnenpolitik oder Organisierung.

Noch mal zurück zur Vernetzung. Wir kommen jetzt gerade von einem Treffen das regional angesiedelt war im Raum Vogtland, Fichtelgebirge, Frankenwald (VoFiFra) und das war äußerst gut besucht. Da waren etliche Städte aus Ost und West vertreten und da scheint die Vernetzung zu funktionieren. Auch zu Wunsiedel, wo das letzte bundesweite Treffen in Halle stattgefunden hat, waren etliche Ost- und Weststädte vertreten und das war ein eigentlich befriedigendes Bild. Aber, wenn es jetzt um die Frage der Organisierung geht, scheint da doch einiges zu hinken. Als in Hamburg ein bundesweites Treffen stattfand, war nur eine einzige Oststadt vertreten. Interessiert die Ossis denn eine Verbindlichmachung von Politik und gemeinsamer politischer Zielsetzungen die über eine Kampagne hinaus gehen, nicht? Und ist es den Wessis egal, wenn nur eine Oststadt vertreten ist, wenn sie was organisieren wollen?

Jenny: Ich finde diese Frage absolut falsch gestellt, weil die beiden Treffen, die Du angesprochen hast, einen grundverschiedenen Charakter hatten. Das eine Treffen ist aus einem ganz bestimmten Grund: Nämlich Wunsiedel verhindern. Und selbst wenn das Wunsiedeltreffen mittlerweile schon eine Tradition hat, weil es nicht im ersten Jahr stattfindet, ist es doch immer noch ein Zusammenkommen auf der Ebene gemeinsamer Kampagne. Sicherlich wäre das eine Möglichkeit, daraus Verbindlichkeit zu schaffen, aber das vordergründige Ziel ist das Verhindern eines Nazi-Aufmarsches. Das ist,ihrem Charakter nach, eine mehr oder weniger einmalige Geschichte. Deshalb hinkt der Vergleich zu dem Treffen in Hamburg, das einen ganz anderen Charakter hat, weil es da um Grundsatzfragen geht.

Und das ist eine Geschichte, die sich in den letzten Jahren vor allem auch im Westen durchzieht. Es zeigt sich eine kurzfristige Mobilisierung , ein Zusammenschluß ist möglich innerhalb einer Kampagne, aber ist die eigentliche Kampagne vorbei, bricht auch die Organisierung wieder zusammen. Das heißt auch, dass für jeden Anlaß, für jede Kampagne wieder von vorne angefangen werden muß. Und genau das zu überwinden, ist Sinn und Zweck von einer Organisationsdiskussion, die aber meiner Meinung nach nicht an aktuellen Ereignissen festgemacht werden kann, sondern eine Basis haben muß. Und Kampagnenpolitik hat keine Basis, weil sie immer auf ein aktuelles Ereigniss gerichtet ist. Was nicht heißt, daß sie nicht wichtig und notwendig ist, aber es kann meiner Meinung nach die Basis die wir brauchen, um zusammen zu kommen, nicht schaffen. Und sie kann gleichzeitig auch die Auseinandersetzung und Diskussion zwischen den Ost-und Westgruppen nicht ersetzen.

Keine Organisierung als Selbstzweck

Jens: Also, es hat sich ja z.B. auch bei uns gezeigt, mit dem Regionalplenum, was wir versucht haben anzuleiern, daß außer der Gemeinsamkeit, Infoläden zu organisieren und zu machen, wenig Anhaltspunkte für eine weitere Zusammenarbeit da waren. Wir haben rumgesessen und uns drei Stunden lang fast nur angeschwiegen und das hatte ja mit Ost und West gar nix zu tun. Trotzdem war da genau dasselbe Manko. Daß es also zu einem konkreten Anlaß immer ganz gut geht, was auf die Beine zu stellen, aber darüber hinaus der Wille und die Einsicht, sich längerfristig organisieren zu müssen, um auch kurzfristig handlungsfähig sein zu können, nicht sonderlich ausgeprägt ist.

Paula: Um noch mal auf das Hamburger Treffen zu kommen, wo nur eine Oststadt da war: Wenn im Osten z.B. ein überregionales Treffen stattfindet, wo grundsätzliche Dinge nicht besprochen werden, nicht ausdiskutiert wurden, dann kann ich wohl schwer mit etwas vorgefertigtem auf ein Westplenum fahren. Und wenn die dort aber auch das Grundsätzliche nicht geklärt haben, dann kann ich mir schon vorstellen daß es dann zum Schweigen kommt.

Paul: Weil Du jetzt gerade so grundsätzliche Probleme angesprochen hast, die im Osten wie im Westen existieren, ich denke halt auch, daß dieser Ost/West-Konflikt nicht das primäre an Problemen ist, die die radikale Linke sowohl im Osten wie auch im Westen miteinander hat. Sondern ich denke, daß solche Sachen wie Ost/West-Konflikte ein gutes Stück eine Art StellvertreterInnen-Diskussion darstellen kann für Auseinandersetzungen über strukturelle Probleme, die sich aus unserer Arbeitsweise ergeben. Es ist uns allen bekannt, wo wir in unserer politischen Arbeit stehen. Seit Jahren haben sich Arbeitsweisen entwickelt, wo Einzelpersonen einfach mal in der Lage sind, sich in Diskussionen wortgewandt, rhetorisch darstellen können, sich auch ganz anders äußern können als andere Personen und mit ihrer Meinung dominieren, weil es anderen Leuten dann oftmals schwer fällt, da etwas entgegen zu setzen. Und das läßt sich auch in den Ost/West-Konflikt übertragen. Es gibt Unterschiede, die sich aus unseren unterschiedlichen Sozietäten, Entwicklungen und geschichtlichen Erfahrungen ergeben. Ich denke aber, daß die Unterschiede nicht so sehr im Vordergrund stehen müssen, wie momentan thematisiert wird. Sondern daß die Probleme im Osten und Westen schon zum großen Teil die gleichen sind und sich das ergibt aus einer strukturellen Arbeitsweise die sich in der radikalen Linken entwickelt hat.

Jenny: Ja ich denke, daß das soweit stimmt. Nur, daß wir aufpassen müssen, daß wir nicht in der ganzen Organisationsdebatte das soweit idealisieren, daß Organisierung und Vernetzung zum Selbstzweck wird. Das heißt, daß wir akzeptieren müssen, daß wir eine unterschiedliche Geschichte haben. Unsere politische und gesellschaftliche Entwicklung hat sich in zwei völlig unterschiedlichen Staaten und Gesellschaftssystemen vollzogen. Wir haben also eine völlig unterschiedliche politische Sozialisation. Und nur die Tatsache, daß mit der Annexion der DDR jetzt beide Staaten zusammengekommen sind, führt nicht automatisch auch zu einem Zusammenkommen linker Kräfte als hommogene Einheit. Voraussetzung für eine weitere gemeinsame Entwicklung wäre also zumindest eine gegenseitige Akzeptanz dieser Unterschiede. So könnte eine Basis entstehen, von der aus wir nach Gemeinsamkeiten suchen aber auch Widersprüche und Unterschiede feststellen können. Unterschiede, die durchaus von inhaltlicher Art sein können. Wenn wir das Bewußtsein entwickeln, diese Unterschiedlichkeit auch auszuhalten, dann auch in der Lage sind, Widersprüche auszutragen und über bestehende Widersprüche hinweg zu einer gemeinsamen Organisierung und Vernetzung kommen. Was ich aber nach wie vor wichtig finde, ist die inhaltliche Auseinandersetzung, ohne die eine Organisierung nicht denkbar ist. Organisierung und inhaltliche Debatte müssen zusammenlaufen. Allerdings auf der Grundlage gemeinsam etwas entwickeln zu wollen und in Anbetracht der Situation gemeinsam etwas entwickeln zu müssen. ●

Anzeige

VERBAND

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:

netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

AACHENER FRIEDENSPREIS 1993

Den alljährlich zum Anti-Kriegstag am 1. September in zwei Teilen (national und international) verliehenen »Aachener Friedenspreis« werden in diesem Jahr Jean Bertrand Aristide, Haiti (international) und das »Netzwerk Friedenssteuer« (national) erhalten.

Jean Bertrand Aristide, Arbeiterpriester, Befreiungstheologe und legitimer Präsident von Haiti, wurde am 15.7.1953 in Port Salut, Haiti, geboren. Schul- und Hochschulausbildung erhielt er durch den Salesianerorden. Am 3. Juli 1962 erfolgte seine Priesterweihe.

Aristides von konservativer Ordens- und Kirchenleitung argwöhnisch betrachtetes Engagement für die unterdrückten Menschen in einem der ärmsten Länder der Welt steht u.a. für die Errichtung eines Hauses für Straßenjungen, für die Schaffung von Bildungseinrichtungen für Jugendliche, wie auch für die Gründung einer Armenklinik »Klinik pov«.

Im Mai 1987 versetzte man ihn schließlich in einen für Systemkritiker äußerst gefährlichen Vorort der Hauptstadt, wo er im August gleichen Jahres nur knapp einem Attentat entging. 1989 wurde Aristide aus dem Salesianerorden ausgeschlossen.

Die seit Menschengedenken ersten freien Wahlen in Haiti gewann Aristide als Kandidat der Volksbewegung Lavalase. Am 7. Februar 1990 in sein Amt eingeführt, trat er zunächst für eine radikale Änderung der Menschenrechtspolitik in seinem Land ein, wie auch für weitgehende Reformen im sozialen und ökonomischen Bereich. Doch bereits wenige Monate später, am 30. September, wurde Aristide durch einen Militärputsch gestürzt: Seitdem herrscht wieder offene Willkür im Land.

Für nahezu alle HaitianerInnen steht fest, daß nur eine Rückkehr von Jean Bertrand Aristide das Land aus dem Chaos erretten kann.

Ende Oktober 1993 will Aristide in sein Amt und seine Heimat zurückkehren.

Im »**Netzwerk Friedenssteuer**« haben sich Menschen zusammengeschlossen, die es nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren können, mit ihren Steuergeldern den Rüstungsetat zu finanzieren und so möglicherweise an einem mit deutscher Beteiligung geführten Krieg mitschuldig zu werden.

Teilweise schon seit mehr als zehn Jahren kürzen sie dem Finanzamt gegeüber ihre Steuerschuld um ca. 20% – so viel macht der Rüstungsetat am Gesamthaushalt aus – und überweisen dieses Geld auf ein Friedenskonto.

Die Finanzämter, obwohl mit einem breiten Ermessungsspielraum ausgestattet, Steuerschuld zu stunden oder zu erlassen, haben bisher ohne Ausnahme die ausstehenden Beträge gepfändet. Eine Verfassungsbeschwerde und eine Anerkennung dieses Handelns als Ergebnis einer Gewissensentscheidung wurden zurückgewiesen. Mehrere Gesetzesinitiativen sind ohne Erfolg geblieben. Die PolitikerInnen argumentierten: Der/die einzelne BürgerIn habe über das, was mit seiner Steuerschuld geschehe, nicht zu befinden. Wo kämen wir sonst hin; der Staat könne seine Finanzplanung einstellen.

Die RüstungsgegnerInnen geben nicht auf: Keine öffentliche Initiative lassen sie ungenutzt, auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Die Gesetzesinitiative wird sich in jeder Legislaturperiode erneut stellen.

Das »Netzwerk Friedenssteuer« erhält diesen Preis zu einer Zeit, in der bei uns der Einsatz deutscher Truppen in aller Welt ganz offensiv vorbereitet wird bzw. schon stattfindet (Somalia). Für das »Netzwerk Friedenssteuer« werden den Preis entgegennehmen: Günter Lott aus Rauenberg (auch Mitglied im Förderverein der CONTRASTE) und Reinhard Egel aus Solingen. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Ost-West Diskussion bei den Infoläden

Anzeige

VERBAND

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

Von der Vernetzung zur Organisierung

Jenny: Ja, ich denke daß der Infoladen in Bonn ein recht gutes Beispiel ist für eine Entwicklung die stattgefunden hat. Gerade die BonnerInnen waren mitunter diejenigen, die eine der längsten Infoladentradition haben und gleichzeitig auch durch ihre Einbindung ins Regionaltreffen Nordrhein-Westfalen, was auch eines der ältesten Regionaltreffen ist, auch mit die beste Struktur hatten. Dieses Treffen gibt es schon seit mehreren Jahren und Nordrhein-Westfalen gibt da ein gutes Beispiel ab, für Vernetzung in anderen Bereichen.

Gleichzeitig kamen die ganzen Widersprüche, die intern aufgetreten waren in der Infoladenarbeit dort ziemlich deutlich zum tragen. Die Schwerpunktsetzung von Infoladenpolitik liegt unbestritten in bundesweiter Organisierung, Vernetzung, Schaffung von verbindlichen Strukturen. Dem gegenüber ist es die Motivation von anderen Infoladen-Leuten auf aktuelle Themen zu reagieren, was schwerpunktmäßig in den letzten Jahren Antifa-Politik ausmacht. D.h. reaktiv politisch tätig zu sein aufgrund einer starken Einbindung in die autonome antifaschistische Bewegung. Das führte dazu, daß es heute in den Infoläden völlig unterschiedliche politische Schwerpunktsetzungen gibt und diese nicht nur von Stadt zu Stadt und Bundesland zu Bundesland, sondern auch innerhalb der einzelnen Läden. Dadurch bricht meiner Meinung nach eine verbindliche thematische Diskussion immer wieder ab, durch kurzfristige Organisationsfragen und kurzfristige Aktivitäten. Das verhindert gleichzeitig, daß Grundprobleme ausgetragen werden können. Die Probleme die auf den letzten beiden nationalen Treffen aufgetreten sind, die jetzt als Ost/West-Probleme aufgezeigt werden, sind meiner Meinung nach nicht nur ein Ost/West-Problem. Diese ziehen sich durch die ganzen Organisations- und Bewegungsansätze, sowohl im Westen, als auch im Osten. Diese glatte Trennung ist meiner Meinung nach nicht gegeben.

Es gibt sicherlich ein paar Kernprobleme die zwischen den Ost- und Westinfoläden existieren, aber das Grundproblem Organisierung und Struktur kontra (ja wie es immer verächtlich heißt) Feuerwehrpolitik, ist mit Sicherheit kein Ost/West-Problem, sondern ein strukturelles Problem. Ein Problem überhaupt der sogenannten radikalen Linken, wie es perspektivisch weiter gehen soll. Was ich als Ost/West-Problem bezeichnen würde, wäre eher an der unterschiedlichen Geschichte festzumachen, aus denen die Infoläden enstanden sind, im Osten und im Westen, und damit verbunden, eben die unterschiedlichen Erfahrungen die mit Widerstand, mit eigener Organisation, mit Repression etc. gemacht wurden. Stichpunkte sind so für uns, wenn ich da jetzt gerade an die Einladung zu Erfurt denke, daß es im Westen eben immer noch viel um das Verhältnis zu den politischen Gefangenen und zur Guerilla geht oder die Sexismus-Diskussion und im Osten erstmal um die Aufarbeitung der eigenen Geschichte geht, die bei den nationalen Treffen bisher noch überhaupt gar keine Rolle gespielt haben. Stichpunkte wären da Stasi-Aufbereitung, Stalinismus-Diskussion, DDR-Geschichte.

Das Ostvernetzungsplenum der Infoläden hatte 1992 in einem sehr kritischen Brief zu einem bundesweiten Infoladentreffen in Erfurt eingeladen. Nur wenige Westläden folgten der Einladung.

Vielleicht hören wir jetzt mal was dazu von den Leuten aus Plauen, die auch aus einem Zusammenhang von Infoläden sind, die bewußt eine Ost-Vernetzung anstreben. Wie ist es zu dieser Ost-Vernetzung gekommen und was ist da die Geschichte aus der Sicht von Ost-Infoläden gewesen?

Im Osten ganz andere Ansatzpunkte

Paula: Vor 1989 gab es noch keine Infoläden, es gab nur in verschiedenen Großstädten hier im Osten eine gewisse kritische Gegenöffentlichkeit, sowie die Umweltbibliothek in Ost-Berlin, aber sonst außer in Leipzig und in Berlin oder in Dresden, vielleicht noch zwei bis drei anderen Städten gab es eigentlich in dem Sinne überhaupt keinen Ansatzpunkt zu einer Diskussion innerhalb der linken Bewegung. Von Autonomen konnte zu dem Zeitpunkt sowieso überhaupt keine Rede sein. 1989-1990 als die Wende kam, konnten wir dann alle unsere Meinung frei äußern, dies geschah allerdings relativ unbedacht und zeugte von einer großen Orientierungslosigkeit.

Irgendwann kam dann der Punkt wo wir auch etwas von den West-Infoläden, deren Zielen und politischen Ausrichtungen gehört haben, wo wir dann aber irgendwie konträr gegenüberstanden. Konträr, sage ich ganz bewußt. Die Vorstellungen und Gedanken waren zwar schon faßbar für uns, aber die Ansatzpunkte in den wenigen Ost-Infoläden die es gibt, waren ganz andere als die unsrigen. Hier war erstmal das Bedürfnis da, eine freie Meinungsöffentlichkeit zu schaffen und da stand man dann den West-Infoläden gegenüber, die das schon seit Jahren machen, wie z.B. Guerilla-Politik, bewaffneter Kampf. Das war für uns nicht so primär, da wir erstmal mit ganz anderen Dingen zu kämpfen hatten.

Paul: Diese ganze Problematik, die wir hier haben, Infoladen Ost, Infoladen West, kann man meiner Meinung nach nicht einfach so losgelöst sehen. Die ganze linke Widerstandkultur die sich hier in den letzten drei Jahren entwickelt hat, orientierte sich zunächst an der des Westens, da sich die äußeren Verhältnisse ja angeglichen haben.

Und das ist der Ansatzpunkt der Diskussion die momentan in Ostzusammenhängen in den Infoläden läuft. Das Problem ist, daß wir im Osten Kampagnen, Strukturen und Aktionsformen der radikalen Linken und bei den Autonomen vom Westen fast vorbehaltlos übernommen haben, ohne kritisch zu überprüfen ob das überhaupt auf unsere spezifische Situation im Osten zutrifft und ob es sich da überhaupt um greifbare Aktionsformen handelt. An diesem Punkt, denke ich, treffen diese Infoläden-Differenzen zwischen Ost und West ganz stark aufeinander. Eine Sache, die seit 10 bis 15 Jahren in den Alt-Bundesländern eine gewisse Geschichte hat und auf Erfahrungen aufbaut, einfach so an unsere Strukturen anzulehnen.

Irgendwie, ist es aber doch auch so, daß eine inhaltliche Frage im Hintergrund steht, nämlich die Frage von Definitionsmacht von Politik. Was sinnvolle Politik ist und wie sie betrieben werden sollte im Zusammenhang mit der Vernetzung. Den Entschluss der Infoladen-Gruppe Bonn begreife ich so, nach Lektüre des Interviews, ja wir machen Kirchturmpolitik und Feuerwehreinsätze und das ist irgendwie nur wenig verbindlich. Deshalb hören wir auf, Infoladen-Gruppe zu sein und schaffen besser verbindliche Strukturen, indem wir eine bundesweite Organisation aufbauen und politische Schwerpunkte setzen und bestimmen wie diese verfolgt werden. Das ist ja wohl mehr, als das, was hier bisher in unserer Diskussion als Ost/West-Problem (keine gemeinsamen historischen Erfahrungen und Schwerpunktsetzungen) bezeichnet wurde. Das ist eine prinzipielle Frage, also der Definitionsmacht von Politik. Die Tendenz, daß neue Infoläden entstehen, ist auch ein Ausdruck, lokale politische Schwerpunkte setzen zu wollen, wo einem vor Ort der Schuh drückt. Ich denke, daß das ein Ansatzpunkt ist, der in einer Vernetzung, so wie die Bonner Schiene gefahren wird, tendenziell Gefahr läuft, zu kurz zu kommen – wenn alles nur auf eine bundesweite Organisation ausgerichtet wird.

Definitionsmacht über Inhalte der Politik

Jenny: Das würde ich gerne relativieren, weil aus der Auflösungserklärung des Infoladens Bonn einiges mehr hervorging als nur: Wir lösen uns jetzt auf, um uns bundesweit zu organisieren. Es war sicherlich nicht das Ziel des Infoladen Bonn, sich aufzulösen.

Eine bundesweite Organisierung ist ein Aspekt, der aber nicht unbedingt ausschließt, weiterhin Infoladenarbeit zu betreiben, der eine regionale oder eine gruppenübergreifende Vernetzung in der Stadt versucht, in den Griff zu kriegen. Im Infoladen Bonn fand auch eine interne Auseinandersetzung statt, die dazu führte, daß ziemlich viele Leute gingen. So fand aufgrund der internen Auseinandersetzung praktisch eine zwangsläufige Auflösung statt, da letztendlich nur noch zwei Leute übrig geblieben waren. Dazu parallel lief dann die Überlegung der bundesweiten Vernetzung und das Resumee der Infoladengruppe war das Resumee der zwei übrig gebliebenen Leute aus der Ladengruppe.

Generell gilt das natürlich schon für eine allgemeine Diskussion und ist für das Thema Vernetzung wichtig. Ich würde daran aber keinen Ost/West-Gegensatz festmachen. Die Frage der Vernetzung, vor allem die Form der Vernetzung, ob jetzt in einer bundesweiten oder nationalen Organisierung oder eher über lose Strukturen, wo mensch sich darauf beschränkt, von Fall zu Fall zusammen zu arbeiten, also Kampagnenpolitik zu machen, ist keine Ost/West-Frage, sondern zieht sich querbeet durch alle Infoläden. Und da gibt es in Westläden genauso einen Unterschied und einen Bruch wie in Ostläden und wahrscheinlich sogar innerhalb einiger Infoläden. Ich denke, daß da die Frage, warum ein Zusammenkommen zwischen den West-und Ostinfoläden sich so schwierig gestaltet, erstmal hinten angestellt werden sollte, da gibt es erstmal wichtigere Dinge wie die Organisation der Vernetzung zu klären, also die Frage Kampagnenpolitik oder Organisierung.

Noch mal zurück zur Vernetzung. Wir kommen jetzt gerade von einem Treffen das regional angesiedelt war im Raum Vogtland, Fichtelgebirge, Frankenwald (VoFiFra) und das war äußerst gut besucht. Da waren etliche Städte aus Ost und West vertreten und da scheint die Vernetzung zu funktionieren. Auch zu Wunsiedel, wo das letzte bundesweite Treffen in Halle stattgefunden hat, waren etliche Ost- und Weststädte vertreten und das war ein eigentlich befriedigendes Bild. Aber, wenn es jetzt um die Frage der Organisierung geht, scheint da doch einiges zu hinken. Als in Hamburg ein bundesweites Treffen stattfand, war nur eine einzige Oststadt vertreten. Interessiert die Ossis denn eine Verbindlichmachung von Politik und gemeinsamer politischer Zielsetzungen die über eine Kampagne hinaus gehen, nicht? Und ist es den Wessis egal, wenn nur eine Oststadt vertreten ist, wenn sie was organisieren wollen?

Jenny: Ich finde diese Frage absolut falsch gestellt, weil die beiden Treffen, die Du angesprochen hast, einen grundverschiedenen Charakter hatten. Das eine Treffen ist aus einem ganz bestimmten Grund: Nämlich Wunsiedel verhindern. Und selbst wenn das Wunsiedeltreffen mittlerweile schon eine Tradition hat, weil es nicht im ersten Jahr stattfindet, ist es doch immer noch ein Zusammenkommen auf der Ebene gemeinsamer Kampagne. Sicherlich wäre das eine Möglichkeit, daraus Verbindlichkeit zu schaffen, aber das vordergründige Ziel ist das Verhindern eines Nazi-Aufmarsches. Das ist,ihrem Charakter nach, eine mehr oder weniger einmalige Geschichte. Deshalb hinkt der Vergleich zu dem Treffen in Hamburg, das einen ganz anderen Charakter hat, weil es da um Grundsatzfragen geht.

Und das ist eine Geschichte, die sich in den letzten Jahren vor allem auch im Westen durchzieht. Es zeigt sich eine kurzfristige Mobilisierung , ein Zusammenschluß ist möglich innerhalb einer Kampagne, aber ist die eigentliche Kampagne vorbei, bricht auch die Organisierung wieder zusammen. Das heißt auch, dass für jeden Anlaß, für jede Kampagne wieder von vorne angefangen werden muß. Und genau das zu überwinden, ist Sinn und Zweck von einer Organisationsdiskussion, die aber meiner Meinung nach nicht an aktuellen Ereignissen festgemacht werden kann, sondern eine Basis haben muß. Und Kampagnenpolitik hat keine Basis, weil sie immer auf ein aktuelles Ereigniss gerichtet ist. Was nicht heißt, daß sie nicht wichtig und notwendig ist, aber es kann meiner Meinung nach die Basis die wir brauchen, um zusammen zu kommen, nicht schaffen. Und sie kann gleichzeitig auch die Auseinandersetzung und Diskussion zwischen den Ost-und Westgruppen nicht ersetzen.

Keine Organisierung als Selbstzweck

Jens: Also, es hat sich ja z.B. auch bei uns gezeigt, mit dem Regionalplenum, was wir versucht haben anzuleiern, daß außer der Gemeinsamkeit, Infoläden zu organisieren und zu machen, wenig Anhaltspunkte für eine weitere Zusammenarbeit da waren. Wir haben rumgesessen und uns drei Stunden lang fast nur angeschwiegen und das hatte ja mit Ost und West gar nix zu tun. Trotzdem war da genau dasselbe Manko. Daß es also zu einem konkreten Anlaß immer ganz gut geht, was auf die Beine zu stellen, aber darüber hinaus der Wille und die Einsicht, sich längerfristig organisieren zu müssen, um auch kurzfristig handlungsfähig sein zu können, nicht sonderlich ausgeprägt ist.

Paula: Um noch mal auf das Hamburger Treffen zu kommen, wo nur eine Oststadt da war: Wenn im Osten z.B. ein überregionales Treffen stattfindet, wo grundsätzliche Dinge nicht besprochen werden, nicht ausdiskutiert wurden, dann kann ich wohl schwer mit etwas vorgefertigtem auf ein Westplenum fahren. Und wenn die dort aber auch das Grundsätzliche nicht geklärt haben, dann kann ich mir schon vorstellen daß es dann zum Schweigen kommt.

Paul: Weil Du jetzt gerade so grundsätzliche Probleme angesprochen hast, die im Osten wie im Westen existieren, ich denke halt auch, daß dieser Ost/West-Konflikt nicht das primäre an Problemen ist, die die radikale Linke sowohl im Osten wie auch im Westen miteinander hat. Sondern ich denke, daß solche Sachen wie Ost/West-Konflikte ein gutes Stück eine Art StellvertreterInnen-Diskussion darstellen kann für Auseinandersetzungen über strukturelle Probleme, die sich aus unserer Arbeitsweise ergeben. Es ist uns allen bekannt, wo wir in unserer politischen Arbeit stehen. Seit Jahren haben sich Arbeitsweisen entwickelt, wo Einzelpersonen einfach mal in der Lage sind, sich in Diskussionen wortgewandt, rhetorisch darstellen können, sich auch ganz anders äußern können als andere Personen und mit ihrer Meinung dominieren, weil es anderen Leuten dann oftmals schwer fällt, da etwas entgegen zu setzen. Und das läßt sich auch in den Ost/West-Konflikt übertragen. Es gibt Unterschiede, die sich aus unseren unterschiedlichen Sozietäten, Entwicklungen und geschichtlichen Erfahrungen ergeben. Ich denke aber, daß die Unterschiede nicht so sehr im Vordergrund stehen müssen, wie momentan thematisiert wird. Sondern daß die Probleme im Osten und Westen schon zum großen Teil die gleichen sind und sich das ergibt aus einer strukturellen Arbeitsweise die sich in der radikalen Linken entwickelt hat.

Jenny: Ja ich denke, daß das soweit stimmt. Nur, daß wir aufpassen müssen, daß wir nicht in der ganzen Organisationsdebatte das soweit idealisieren, daß Organisierung und Vernetzung zum Selbstzweck wird. Das heißt, daß wir akzeptieren müssen, daß wir eine unterschiedliche Geschichte haben. Unsere politische und gesellschaftliche Entwicklung hat sich in zwei völlig unterschiedlichen Staaten und Gesellschaftssystemen vollzogen. Wir haben also eine völlig unterschiedliche politische Sozialisation. Und nur die Tatsache, daß mit der Annexion der DDR jetzt beide Staaten zusammengekommen sind, führt nicht automatisch auch zu einem Zusammenkommen linker Kräfte als hommogene Einheit. Voraussetzung für eine weitere gemeinsame Entwicklung wäre also zumindest eine gegenseitige Akzeptanz dieser Unterschiede. So könnte eine Basis entstehen, von der aus wir nach Gemeinsamkeiten suchen aber auch Widersprüche und Unterschiede feststellen können. Unterschiede, die durchaus von inhaltlicher Art sein können. Wenn wir das Bewußtsein entwickeln, diese Unterschiedlichkeit auch auszuhalten, dann auch in der Lage sind, Widersprüche auszutragen und über bestehende Widersprüche hinweg zu einer gemeinsamen Organisierung und Vernetzung kommen. Was ich aber nach wie vor wichtig finde, ist die inhaltliche Auseinandersetzung, ohne die eine Organisierung nicht denkbar ist. Organisierung und inhaltliche Debatte müssen zusammenlaufen. Allerdings auf der Grundlage gemeinsam etwas entwickeln zu wollen und in Anbetracht der Situation gemeinsam etwas entwickeln zu müssen. ●

AACHENER FRIEDENSPREIS 1993

Den alljährlich zum Anti-Kriegstag am 1. September in zwei Teilen (national und international) verliehenen -Aachener Friedenspreis- werden in diesem Jahr Jean Bertrand Aristide, Haiti (international) und das -Netzwerk Friedenssteuer- (national) erhalten.

Jean Bertrand Aristide, Arbeiterpriester, Befreiungstheologe und legitimer Präsident von Haiti, wurde am 15.7.1953 in Port Salut, Haiti, geboren. Schul- und Hochschulausbildung erhielt er durch den Salesianerorden. Am 3. Juli 1962 erfolgte seine Priesterweihe.

Aristides von konservativer Ordens- und Kirchenleitung argwöhnisch betrachtetes Engagement für die unterdrückten Menschen in einem der ärmsten Länder der Welt steht u.a. für die Errichtung eines Hauses für Straßenjungen, für die Schaffung von Bildungseinrichtungen für Jugendliche, wie auch für die Gründung einer Armenklinik -Klinik pov-.

Im Mai 1987 versetzte man ihn schließlich in einen für Systemkritiker äußerst gefährlichen Vorort der Hauptstadt, wo er im August gleichen Jahres nur knapp einem Attentat entging. 1989 wurde Aristide aus dem Salesianerorden ausgeschlossen.

Die seit Menschengedenken ersten freien Wahlen in Haiti gewann Aristide als Kandidat der Volksbewegung Lavalase. Am 7. Februar 1990 in sein Amt eingeführt, trat er zunächst für eine radikale Änderung der Menschenrechtspolitik in seinem Land ein, wie auch für weitgehende Reformen im sozialen und ökonomischen Bereich. Doch bereits wenige Monate später, am 30. September, wurde Aristide durch einen Militärputsch gestürzt: Seitdem herrscht wieder offene Willkür im Land.

Für nahezu alle HaitianerInnen steht fest, daß nur eine Rückkehr von Jean Bertrand Aristide das Land aus dem Chaos erretten kann.

Ende Oktober 1993 will Aristide in sein Amt und seine Heimat zurückkehren.

Im -Netzwerk Friedenssteuer- haben sich Menschen zusammengeschlossen, die es nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren können, mit ihren Steuergeldern den Rüstungsetat zu finanzieren und so möglicherweise an einem mit deutscher Beteiligung geführten Krieg mitschuldig zu werden.

Teilweise schon seit mehr als zehn Jahren kürzen sie dem Finanzamt gegenüber ihre Steuerschuld um ca. 20% – so viel macht der Rüstungsetat am Gesamthaushalt aus – und überweisen dieses Geld auf ein Friedenskonto.

Die Finanzämter, obwohl mit einem breiten Ermessungsspielraum ausgestattet, Steuerschuld zu stunden oder zu erlassen, haben bisher ohne Ausnahme die ausstehenden Beträge gepfändet. Eine Verfassungsbeschwerde und eine Anerkennung dieses Handelns als Ergebnis einer Gewissensentscheidung wurden zurückgewiesen. Mehrere Gesetzesinitiativen sind ohne Erfolg geblieben. Die PolitikerInnen argumentierten: Der/die einzelne BürgerIn habe über das, was mit seiner Steuerschuld geschehe, nicht zu befinden. Wo kämen wir sonst hin; der Staat könne seine Finanzplanung einstellen.

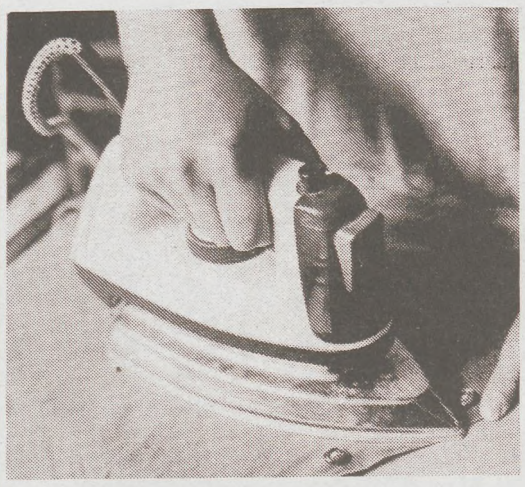
Die RüstungsgegnerInnen geben nicht auf: Keine öffentliche Initiative lassen sie ungenutzt, auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Die Gesetzesinitiative wird sich in jeder Legislaturperiode erneut stellen.

Das -Netzwerk Friedenssteuer- erhält diesen Preis zu einer Zeit, in der bei uns der Einsatz deutscher Truppen in aller Welt ganz offensiv vorbereitet wird bzw. schon stattfindet (Somalia). Für das -Netzwerk Friedenssteuer- werden den Preis entgegennehmen: Günter Lott aus Rauenberg (auch Mitglied im Förderverein der CONTRASTE) und Reinhard Egel aus Solingen. ●

ZUR STREIKGESCHICHTE:

Warum die Genossin Luxemburg den Aufruf zum Frauenstreik unterschrieben hätte

Solange es ArbeiterInnen gibt, ist Streik das wirksamste Mittel zur Durchsetzung von ArbeitnehmerInnen-Interessen. Lange Zeit war es das Einzige. Ein Blick in die Gesehichte von Streiks vor dem 1994 geplanten Frauenstreik.



Gisela Notz, Redaktion Frauen ● Bereits der erste große Streik, von dem die Geschichte berichtet, war ein Frauenstreik: Der Aufstand der WeberInnen, die 1844 für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpften. Obgleich meist von den »Webern« die Rede ist, waren die Mehrzahl Weberinnen. Daß das beim »Streik der Textilarbeiter« der Fall war, als sie den 10-Stundentag durchsetzten, ist in der »Gleichheit« nachzulesen.

Uns reichts! »Wir tragen das nicht mehr!« sagten 600 Appreturarbeiterinnen aus drei Fabriken am 3.5.1893 in Wien. Sie wollten die langen Arbeitstage und die schlechten Arbeitsbedingungen nicht länger aushalten. Um ihre Meinung zu bekräftigen, verließen sie die Fabrik. »Wie staunten die Leute der umliegenden Gassen, als eines Tages die Arbeiterinnen von den Fabriken um 10 Uhr vormittags aus den Fabriktoren herausströmten,« (1) schrieb eine von ihnen später in ihren Erinnerungen. Sie schrieb über die Sympathiebeweise aus der Bevölkerung und darüber, wie die Arbeiterinnen während der gemeinsamen Aktion aufblühten, Ausflüge organisierten und fröhlich singend durch die Straßen zogen. Ernsthafte politische Arbeit und gemeinsamer Spaß waren für sie kein Gegensatz. Nach drei Wochen feierten die Frauen ihren Sieg: Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, 4 Gulden Mindestlohn in der Woche und Freigabe der verhafteten Frauen. Sie hatten gelernt, daß man kämpfen muß, um zu seinem Recht zu gelangen. Sie kämpften weiter.

Sie kämpften um bessere Bedingungen in der Erwerbsarbeit. Unser für nächstes Jahr geplanter Streik zielt sowohl auf die Erwerbsarbeitsbedingungen, als auch auf die übrigen Arbeits- und Lebensbedingungen. Beides ist politisch.

Gewerkschaften unterscheiden zwischen Arbeitskampf und politischem Kampf. Mit dem »politischen Streik« tun sich Gewerkschaften (oft) schwer. Das kann man bis zur »Massenstreiksdebatte« (1905) zurückverfolgen. Damals ging es darum, ob ein politischer Massenstreik ein geeignetes Mittel zur Mobilisierung der Arbeitermassen sei. Während die Gewerkschaften dazu neigten, eine Verschärfung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu vermeiden und statt auf »Provokation« auf eine langsame Verbesserung der Lage der Arbeiter durch sozialpolitische und arbeitsrechtliche Errungenschaften setzten, gingen die Sozialdemokraten dazu über, den Streik zu einem wirksamen Mittel im politischen Kampf zu erklären. Die Gewerkschaften befürchteten die Beschneidung ihrer Selbständigkeit durch die Partei der Arbeiterbewegung. Sie fürchteten aber auch, sie seien nicht stark genug, um eine so gewagte Kraftprobe wie einen Massenstreik zu riskieren. Sie entschieden sich dafür, daß der Erhalt und Ausbau der Organisation als breite Kampfbasis absoluten Vorrang vor »anderen Mitteln« der politischen und sozialen Auseinandersetzung haben sollte.

ERSTER AUFRUF ZUM FRAUENSTREIKTAG 1994

Frauen sagen NEIN!

Die Wiederherstellung eines großen Deutschlands findet auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der »Anderen«, der Schwachen, der Armen **und auf Kosten von Frauen statt.**

Deswegen rufen wir auf zu einem

Frauenstreik!

Damit wollen wir gegen den Abbau von Grundrechten, gegen den Abbau von Sozialleistungen und die wachsende Armut von Frauen, gegen die Zurückdrängung bereits eingereichter Frauenrechte, gegen die Zerstörung der Umwelt und gegen die Vorbereitung deutscher Kriegsbeteiligung protestieren.

1975 traten die Frauen in Island in den Generalstreik. 1991 sind die Schweizerinnen in den Streik getreten.

Jetzt streiken wir!

Der Frauenstreik wird am 8. März 1994 – Internationaler Frauentag – stattfinden.

Frauen werden die Hausarbeit niederlegen, ihre Erwerbsarbeitsplätze betstreiken oder Dienst nach Vorschrift praktizieren; nicht einkaufen (Kaufstreik); nicht mehr höflich lächeln; nicht nett sein; keinen Kaffee kochen und die Kinder den Männern mit auf die Arbeit geben. Auffällig und frech werden wir unsere Gemeinsamkeit und unsere Solidarität bekunden.

Wir nehmen es nicht mehr hin, daß Frauenlöhne immer noch um dreißig Prozent unter denen der Männer liegen, wir wehren uns gegen Männerseilschaften, an denen der Aufstieg von Frauen in gut bezahlte Positionen scheitert. Die geheime Parole »Männer gehen vor« hat dazu geführt, daß in den neuen Bundesländern vor allem Frauen von den Arbeitsplätzen verdrängt wurden. Nun ist zu befürchten, daß Frauen auch noch den Preis für den EG-Binnenmarkt bezahlen müssen: Mehrere hunderttausend Frauenarbeitsplätze werden in den nächsten Jahren allein in Deutschland abgebaut werden.

Jetzt ist Schluß!

Schluß mit der Gewalt, Schluß mit der Demütigung. Im Krieg wird die Vergewaltigung als Waffe benutzt. Innerhalb der Ehe ist sie in Deutschland noch immer nicht verboten. Den Kampf der Männer um den Erthalt ihrer Vorherrschaft durch Anmache und sexuelle Übergriffe, erfahren Frauen täglich und hautnah.

Uns reicht's!

Wir wollen die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen entsprechend unserem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung. Wir wollen die gleichmäßige Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit unter Frauen und Männern und eine eigenständige Existenzsicherung für jede erwachsene Person. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Lebensformen: allein, in Gemeinschaft, heterosexuell oder lesbisch. Eine Bevorzugung der Ehe durch den Staat lehnen wir ab. Jede Frau muß selbst entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.

Wir wollen, daß Immigrantinnen und Immigranten, Flüchtlinge, nicht-weiße Deutsche, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden gleichberechtigt, angstfrei und sicher hier leben können. Die pläne der Bundesregierung, bundesdeutsche Truppen an Kriegen teilnehmen zu lassen, lehnen wir ab und werden die uns nahestehenden Männer dabei unterstützen, den Kriegsdienst zu verweigern oder zu desertieren.

Wir kündigen den patriarchalen Konsens und beginnen mit einem Warnstreik

Wir rufen alle Frauen auf, sich mit eigenen Ideen zu Aktionen und Diskussionen an dem Streik zu beteiligen. Vielfalt und Kreativität sind gefragt. Gründet überall regionale Streikkommitees/-gruppen, entwickelt neue Streikformen, geht mit Euren Forderungen an die Öffentlichkeit! ●

Bisher gibt es zwei Kontakt- und Koordinationsstellen: Das Streikkomitee Köln-Bonn, Tel. (0228) 16 76 09 und das Berliner Büro des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV), Tel. (030) 229 17 53.

TAGUNG DER BREMER FRAUENWOCHE, ANFANG JUNI:

»Nationalismus und Gewalt gegen Frauen«

Frauen, die in Kroatien nicht national denken, werden Verräterinnen genannt, erzählt Biljana Kasic, Mitarbeiterin im Autonomen Frauenhaus in Zagreb. Ihre Telefone werden abgehört. Gegen sie laufen Diffamierungskampagnen, sie werden zu Hexen erklärt. Trotz der Vorwürfe sehen einige bekannte feministische Journalistinnen keinen Grund, sich gegen solche Vorwürfe zu verteidigen. Sie ziehen daraus Nutzen und bestehen auf dem Recht, anders zu denken. Und fragen: Waren Frauen vor dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien internationalistischer?

Gudrun Fischer (ID Bremen), Redaktion Frauen ● »Der Krieg ist eine Falle«, so Biljana Kasic. »Es gibt inzwischen feministische Nationalistinnen, die nicht mit serbischen Feministinnen zusammenarbeiten wollen«. Nationalistinnen, wie auch die Frauen des Autonomen Frauenhauses in Zagreb, die jede Frau aufnehmen, ob Serbin, Kroatin oder Bosnierin, tun das klassisch- weibliche. »Sie flicken das Leben, das es gar nicht gibt.« Wie konnte es nur gelingen, fragt sich Kasic, das Einbeziehen von Frauen in das nationale Projekt? Weil, ist ihre Vermutung, Frauen gleichzeitig Orte des Ein- und des Ausschluß sind. Mit diesem Satz läßt sich die Reaktion von weißen deutschen Frauen auf den mörderischen Krieg in Ex-Jugoslawien erklären.

»Sie waren sich sicher, helfen zu wollen«, sagt Mira Renka, die vor zwanzig Jahren aus Kroatien nach West-Berlin emigrierte. »Sie haben Frauen aus Kroatien oft nicht gefragt« und, so vermutet Renka, wollten karitative aber keine politische Verantwortung übernehmen. Doch der karitative Versuch blieb halbherzig: Es gab für Frauen aus Kroatien und Bosnien kaum unbürokratische Hilfe und in der BRD entstanden nur eine handvoll Frauenflüchtlingshäuser. Dafür wurde zum 8. März 1994 ein internationaler Frauenstreik beschlossen.

»So umständlich sind wir«, sagt Mira Renka. Sie erinnert die Tagungsteilnehmerinnen an die Frauenfriedenskonferenz in Den Haag von April 1915, zu der 2.000 Frauen aus 19 Ländern fuhren. Da glaubten Frauen noch, Krieg, Ausbeutung und Gewalt sei Männermachwerk und alles würde anders werden, sobald Frauen das Wahlrecht hätten. Doch weiter ging es nach 1919 mit den Kriegen. Und immer noch beziehen Feministinnen Europas ihre politischen Forderungen auf die Männer ihres Landes, nicht auf Frauen aus anderen Ländern. »Die Ländergrenzen werden auch von kritischen Frauen als Rahmen akzeptiert«, stellt Mira Renka fest. Und wenn deutsche Feministinnen am liebsten ihre Staatsangehörigkeit leugnen, geschieht dies aus Angst vor Kritik.

»Privilegien sind Ausdruck von gesellschaftlichen Verhältnissen« sagt Susanne Kappeler, Schweizer Autorin, die in England lebt. Derer kann sich eine Feministin nicht entledigen. Ein Privileg ist, die Wahl zu haben das Privileg zu nutzen oder nicht, erklärt sie. »Ich will nicht gegen Großzügigkeit argumentieren, ich bin dafür, Privilegien politisch zu nutzen!« So können deutsche Frauen dafür kämpfen, daß Vergewaltigung als Kriegsverbrechen und Asylgrund anerkannt wird. Es geht darum, Frauen nicht nur als Opfer, wie das durch den Begriff »Massenvergewaltigung« passiert, sondern als widerständige Überlebende warzunehmen und darzustellen. Auch Feministinnen stürzen sich auf Frauen als Opfer und gehen hausieren mit dem Elend der Frauen statt die Täter anzugreifen, merkt Mira Renka in der Diskussion an.

Das Thematisieren von Vergewaltigung im Krieg in Ex-Jugoslawien durch die Medien der BRD fällt mit der Diskussionn um militärische Intervention zusammen. Warum erschient in den Medien nicht, daß die Mehrzahl der serbischen, bosnischen und kroatischen Bevölkerung durch ein internationales militärisches Eingreifen nur eine Verschlimmerung ihrer Lage befürchten, fragt Mira Renka. Es kann sein, daß sich auch engagierte Frauen auf Vergewaltigung konzentrieren, weil es keine feministischen Analysen zur Militarisierung der Gesellschaft gibt, vermutet Susanne Kappeler.

Die Bremer Frauenwoche – Es ist vorbei!

Zehn Jahre lang trafen sich in Bremen jeden Herbst eine Woche lang Lesben und Frauen aus der Region und zunehmend der ganzen BRD zu Schwerpunktthemen, die sich in den letzten Jahren auf die Auseinandersetzung von Feministinnen mit Rassismus und Nationalismus konzentrierte. Am Sonntag den 6.6.93 wurde die Bremer Frauenwoche mit einem Mittagsbuffet verabschiedet.

Aber so unbemerkt sollte die Frauenwoche sich nicht auflösen. Es sollten noch einmal Diskussionen zu aktuellen feministischen Fragen ein Forum finden, auch wenn die Tagung »Nationalismus und Gewalt gegen Frauen«, die am 5. und 6. Juni stattfand, die letzte Veranstaltung war, die die Bremer Frauenwoche, Opfer des ABM-Kahlschlags, durchführte. Wie schon in den letzten 10 Jahren haben die Vorträge und Debatten dieser Tagung bei viele Teilnehmerinnen bleibende Eindrücke hinterlassen und Mut gemacht, Initiative zu ergreifen. ●

RÜCKBLICK NACH VORN

VERNETZUNG

Alte Netze – neue Netze
Zur Entwicklung der Vernetzungsidee

Seit der Gründung der Netzwerke Selbsthilfe hat sich vieles verändert. Neue Utopien der Vernetzung sind erforderlich damit das Unübliche endlich üblich wird.

Gisela Notz, Redaktion Genossenschaften ● Ein Netz ist ein Gebilde, das aus vielen Facetten zusammengesetzt ist, regelmäßige Vierecke, die durch Knoten verbunden sind. Es ist auf einer Ebene und aus einem Teil geknüpft. Entsprechend gibt es Einkaufsnetze, Fischernetze, große Netze, kleine Netze – soziale Netze. Das kleinste soziale Netz ist die Familie. Man macht sich Sorgen, weil diese nicht mehr funktioniert. Andere kleine Netze sollen an ihre Stelle treten.

Netzwerke sind heute -in-. Jede vernetzt sich mit jedem, alle mit allen. Am Besten sind Unternehmer und Staatsmänner vernetzt. Sie verfügen über heiße Drähte, Simultanübersetzungsanlagen, private Flugzeuge, Computersysteme ermöglichen, die ganze Welt zu vernetzen.

Die Netze, die wir meinen, sind Systeme, an denen verschiedene Beteiligte mit unterschiedlichen Sichtweisen, Wünschen und Interessen mitwirken. Sie haben viele Knotenpunkte, aber eine gemeinsame Zielsetzung. Vernetzungen von Alternativen gab es schon früher. Verbundstrukturen sollten vor allem kleine und ökonomisch schwache Genossenschaften stützen. Auch Gewerkschaften waren Netze von Kleinen und Schwachen. Heute trifft sie der Vorwurf, sie seien zentralistisch.

Netzwerk Selbsthilfe

Später vernetzten sich Alternative, um Kooperation und Solidarität nach innen und Kooperation statt Konkurrenz in den Außenbeziehungen zu erreichen. Es ging um eine Bündelung und Verstärkung bestehender Aktivitäten, um wirtschaftliche Zusammenarbeit, um Erfahrungsaustausch, gemeinsame Betriebsberatung, Weiterbildung, öffentliche Agitation, auch Erschließung von Geldquellen. Synergieeffekte durch Zusammenschlüsse erbringen bekanntermaßen mehr als die Summe der einzelnen.

Z.B. Netzwerk Berlin: Es wurde 1977 durch Menschen gegründet, die aufgrund ihrer politischen Überzeugung in den bestehenden Institutionen keine Chancen hatten oder dort gar nicht hinwollten. Andere Netzwerke folgten, beispielsweise 1980 das Netzwerk Dreyeckland in Freiburg und das Netzwerk Franken. 1985 wurden 32 Netzwerke gezählt. Sie alle hatten eine gemeinsame politische Überzeugung: Anders, besser sollte es werden. Der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sollten Alternativen entgegengesetzt werden. Verbindung von Arbeit und Leben, neuer Umgang mit Geld, waren die Stichworte.

Spenden, Einlagen, Beiträge wurden gesammelt und für Vorhaben an Gruppen weitergegeben, die sonst kein Geld bekommen hätten. Banken sollten entmonopolisiert werden, Entscheidungen gemeinsam getragen, Hierarchien durch Kooperation ersetzt werden. Die Gelder wurden nach bestimmten Kriterien vergeben: Ökologie, Selbstverwaltung, Prinzip der zwischenmenschlichen Kooperation.

Spätestens als der Gedanke einer bundesweiten Vernetzung aller Netzwerke aufkam, wurde Kritik laut: Die Netzwerke seien Spendensammelvereine. Linke wollten durch kleine Almosen ihr Gewissen erleichtern. Da sie selbst nicht alternativ lebten, bezahlten sie andere, die ihre Träume verwirklichen. -Ablaßmentalität- oder -alternatives Sozialamt- (Wend) wurde gesagt. Oder: -Was unterscheidet ein kapitalistisches Frühstückskartell von einem Alternativkartell, außer, daß letzteres nicht vor 11 Uhr morgens vereinbart wird- (Novy).

Themenzentrierte Zusammenarbeit

Die Netzwerk-Sau kam ins Gerede. Sie hätte das Ziel aus den Augen verloren. Es würde zu viel gewurstelt. Durch zunehmende Zentralisierung verkomme politische Kultur und Moral. Einzelne würden Machtbestreben durchsetzen, autonome politische Projekte blieben auf der Strecke. Dem Kölner BAG-Büro wurde Verfilzung vorgeworfen. Der Verwaltungsapparat sollte durch die Mitglieder kontrolliert werden, damit die Sau wieder die Borsten sträuben und rasend durch die Wälder traben könnte.

Die Frauen hatten bereits 1982 ihr eigenes Netzwerk gegründet: Goldrausch gab Geld von Frauen für ungewöhnliche phantasievolle Frauenprojekte. Die Wildsau hatte nicht mitbekommen, daß Probleme der Armut Frauenprobleme geworden waren. Auch die zwischen 1984 und 1988 gegründete Öko-Bank wurde als Konkurrenz empfunden. Es gab harte Auseinandersetzungen.

Oft wird vermutet, das Bedürfnis zur Vernetzung hätte nachgelassen, weil der postmoderne Mensch sich individualisiert: -Jeder ist seines Glückes Schmied. Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Göttin.- Eine Vielfalt von Interessen sei entstanden ohne gemeinsame Strategien und Zielsetzungen. Vergessen wird, daß noch genug gemeinsame Probleme vorhanden sind. Wenn das Ziel Veränderung der Gesellschaft ist – falls es das noch ist – bedarf dies auch einer Veränderung der Summe der Individuen. Und das braucht eine Vorstellung vom Anderen und Besseren.

Heute sind die globalen Netzwerke themenzentrierten Netzen gewichen. In Freiburg sind es die -Mietshäuser Selbstorganisation-, Das -FrauenNetzwerk- und Das -NETZ BadenWürttemberg- als Zusammenschluß von Betrieben und Projekten. Notwendig scheinen eigene Frauennetzwerke gegen Verstrickungen in -gemischtgeschlechtlichen Netzen-. Getrennte Vernetzungen von Wohnen und Betrieb gehen gegen alte Ansprüche der Aufhebung von Trennungen zwischen Arbeit und Leben.

Wider exklusiver Verknotungen

Hüten sollten wir uns davor, daß Netze exklusive Verknotungen werden. Man gehört dazu – oder nicht. Manche phantasieren Netze, die wie Obstkörbe übereinanderhängen, nach oben kleiner und mit engeren Maschen, verbunden mit Strickleitern, die von oben einziehbar oder herabzulassen sind. Auch brauchen wir keine Netze von Männerbünden. Ladiesclubs als geschlossene Veranstaltungen ebensowenig. Schon gar keine Netze, die Fremde ausgrenzen. Auch keine Netze um der Vernetzung Willen.

Wir brauchen Netze, die geeignet sind, die aufzufangen, denen es schlecht geht, die ausgegrenzt werden, aus dem bestehenden Gesellschaftssysten. Die Vorteile einer Vernetzung für den Fortbestand von selbstverwalteten Projekten, die eine gesamtgesellschaftliche Alternative zum Bestehenden darstellen, liegen auf der Hand. Notwendig sind Formen der Kooperation, die frühere Fehler vermeiden. Notwendig wird es auch wieder, gemeinsame Zielvorstellungen, Visionen und Utopien von einer anderen, besseren, Lebens-Arbeitswelt zu entwickeln ohne Gewalt und Unterdrückung, und dann gemeinsam an der Umsetzung zu arbeiten, bis das Unübliche endlich üblich wird. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BUNDESVERBAND DER FREIEN ALTERNATIVSCHULEN

Anders lernen möglich machen

Staatliche Anerkennung ist das größte Problem kinderfreundlicher Schulen. Hier Beratung und Unterstützung zu geben war entscheidender Anlaß den BFAS als bundesweiten Zusammenschluß aufzubauen.

Norbert Scholz, Redaktion Genossenschaften ● -Ziemlich hilflos wirkt Florian. Er rennt zwischen zwei wesentlich älteren Kindern hin und her, die seinen Hausschuh über ihn hinweg werfen. Sie machen sich einen Spaß daraus, daß der achtjährige, geistig behinderte Junge, den Tränen sehr nahe, verzeifelt seinen Schuh wieder haben möchte. Fängt eine der beiden zehnjährigen Mädchen den Schuh einmal nicht, lassen sie den körperlich schwerfälligen Florian ganz nah herankommen, bis er ihn fast hat, schnappen aber kurz davor den Schuh und das Spiel geht von vorne los.

Welchen PädagogInnen drängen hier nicht alle -HelferInnen-Impulse, dem viel schwächeren Jungen beizustehen und die brutal wirkende Situation aufzulösen. Nicht viel anders geht es mir als Lehrer in der obigen Situation.

Doch ich warte. Ich habe in solchen Situationen das Warten gelernt, bis es fast nicht mehr auszuhalten war. Ich bin davon überzeugt, daß alle beteiligten Kinder, die ich sehr gut kenne, die situative Brutalität empfinden wie ich, nur von ihrem augenblicklichen Stärkegefühl, das sie hier ausleben wollen, in den Bann gezogen sind. Eine Zwischenfrage von mir, -findet ihr das gut, was ihr da macht?-, soll ihr Bewußtsein für ihr Verhalten schärfen, tut es vielleicht auch, drückt sich aber noch nicht in einer Verhaltensänderung aus. Nachdem das Spiel schon grotesken Charakter angenommen hat und ich immer noch beobachte, springt Lydia herein, ein kleineres Mädchen, die gerade in der letzten Zeit viel an Florian herumgenörgelt hat, holt sich bei der ersten Gelegenheit den Schuh und gibt ihn Florian wortlos. -Ihr spinnt wohl-, in die Richtung der beiden großen Kinder, bei denen Lydia durchaus anerkannt ist. Die beiden älteren Kinder sind sprachlos und beenden ihr Spiel. Ich sage auch nichts dazu, da Florians ganze Freude und Dank Lydia gilt und thematisiere das, was vorgefallen ist, erst in der nächsten SchülerInnenkonferenz.

Ohne das Bewußtsein über die Möglichkeit der Selbstregulation unter den Kindern im Kopf hätte ich mich nicht so heraushalten können. Ich hätte diesen wichtigen Schritt für Lydia; auf Florian zu, durch meine Aktivität verhindert, hätte den Schutzmantel, unter den sich -wehrlose- Kinder, wie es am deutlichsten unsere behinderten Kinder sind, am liebsten verstecken, wieder ein Stückchen weiter zugezogen.-

Foto: Dieter Poschen

Dieses Beispiel, Schule kindergerecht gestalten – entnommen aus dem Buch -Freie Alternativschulen: Kinder machen Schule- – zeigt eine pädagogische Haltung, wie sie in den öffentlichen Schulen kaum verwirklicht werden kann. Der Schulpraxis in den allermeisten staatlichen Schulen und in vielen anderen Privatschulen halten die Freien Alternativschulen das intensive Bemühen um eine kinderfreundliche Schule entgegen. Für Freie Alternativschulen heißt dies unter anderem:

- anstelle von Angst – Fröhlichkeit
- anstelle von Leistungsdruck – Arbeitsfreude
- anstelle von Hetze – Zeit
- anstelle von Verurteilung – Verständnis
- anstelle von Gleichgültigkeit – Zuwendung
- anstelle von Anonymität – Vertrautheit
- anstelle von formalisierten Mitwirkungsritualen – echte Mitverantwortung
- anstelle von Gegnerschaft – Gemeinschaft
- anstelle von Sinnentleerung – Zukunftsperspektiven.

Weil Freie Alternativschulen diese Ziele verfolgen, weichen sie in ihrer Praxis erheblich von anderen Schulen ab. Sie sind klein und überschaubar. Kein Kind wird gezwungen, an einem Unterrichtsangebot teilzunehmen. An Freien Alternativschulen gibt es selbstverständlich keine Zensuren (mit Ausnahme von Abschlußzeugnissen) und kein Sitzenbleiben. Dafür gibt es viel Zeit für freies Spiel, für Toben, Werken, Kunst, Musik und Sport. Praktiziert wird viel Mitbestimmung für Kinder im Schulalltag. Auch LehrerInnen verfügen über die Freiheit, sich als Menschen und nicht nur als StoffvermittlerInnen einzubringen.

Freie Alternativschulen haben bei aller Gemeinsamkeit auch individuelle besondere Schwerpunkte im Lerngeschehen wie z.B. besonders viel musisches Lernen und/oder ökologisches Lernen, lebenspraktisches Lernen und soziales Lernen. Kein Kind wird aufgrund seiner Lernfähigkeiten oder seiner Nationalität ausgegrenzt. Sie sind offen für alle Kinder und Eltern, die eine Schule besuchen, in der die Kinder Freiheit und Geborgenheit finden können.

Notwendige Unterstützungsarbeit

Im Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS) sind 15 Freie Alternativschulen sowie 7 Initiativen zur Gründung Freier Alternativschulen zusammengeschlossen. Bei diesen Mitgliedsorganisationen handelt es sich zum Teil um Schulen in freier Trägerschaft, zum Teil aber auch um staatliche Schulen, die konsequent für eine kinderfreundliche Schule eintreten, immer wieder Schwierigkeiten bei der staatlichen Anerkennung, im Umgang mit Behörden und bei der Finanzierung haben. Deshalb tut hier gegenseitige Unterstützung in juristischer und finanzieller Hinsicht Not.

Zweck und Aufgaben des Bundesverbandes der Freien Alternativschulen sind:

- ideelle und finanzielle Unterstützung der Freien Alternativschulen;
- juristische und bildungspolitische Unterstützung von Freien Alternativschulen und Gründungsinitiativen;
- Förderung des pädagogischen Erfahrungsaustausches;
- Förderung der internationalen Begegnung;
- Unterstützung der Freien Alternativschulen und Initiativen für ihre Öffentlichkeitsarbeit;
- wissenschaftlich begründete Initiierung, Begleitung und Auswertung von pädagogischen Einzelvorhaben, Projekten und Einrichtungen;
- Herausgabe der Vierteljahreszeitschrift -Kinda-
- Durchführung von Fortbildungen für LehrerInnen und ErzieherInnen. ●

VERNETZUNG

VERBAND DER INITIATIVGRUPPEN IN DER AUSLÄNDERARBEIT

Distanz zu den Mitgliedsgruppen überwinden

Schon vor zehn Jahren begann die VIA systematisch Landes- und Regionalverbände aufzubauen. Nur so konnte die ständige Überlastung der Bundesgeschäftsstelle abgebaut und das Anliegen einer »anderen« Ausländerarbeit erfolgreich unterstützt werden.

Giese Wolfrum, Redaktion Genossenschaften ● Der Verband der Initiativgruppen in der AusländerInnenarbeit wurde 1979 auf Bestreben von Initiativgruppen und freien Trägern aus der ganzen Bundesrepublik gegründet, die sich im AusländerInnenbereich engagierten. Sie waren einig, daß sie einen eigenen Verband brauchen, der überregional ihre Interessen vertritt. Er soll als Sprachrohr dienen, der ihre Vernetzung und Zusammenarbeit fördert und koordiniert. Diese Überzeugung hing unmittelbar mit den Arbeitsinhalten und -methoden, Verbandes. Es sind freie Gruppen, Vereine und Initiativen, die in ganz Deutschland die konkrete Arbeit für und – vor allem – mit ausländischen Menschen leisten. Darunter sind deutsch-ausländische Freundschaftsgruppen, ausländische Selbstorganisationen, Gruppen mit Schwerpunkten wie Bildungsarbeit, (ausländer-)politische Arbeit, Stadtteilarbeit, Sozialarbeit mit ausländischen Frauen, Arbeit mit ausländischen Flüchtlingen usw.. Der Verband sieht seine Hauptaufgabe darin, die Arbeit dieser Gruppen zu unterstützen und als ihr Sprachrohr zu fungieren.

Dies geschieht, indem VIA versucht, die Interessen und Forderungen der Gruppen auf Bundes- und Landesebenen zu vertreten. VIA ist bemüht, eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, die Gruppen zu vernetzen und den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu fördern. Weiterhin werden Seminare angeboten und Publikationen herausgegeben, die der Weiterbildung der Mitglieder dienen, sich aber auch an die interessierte Öffentlichkeit wenden. Es wird Wert darauf gelegt, daß letztlich die Vollmitglieder die Politik und Arbeitsschwerpunkte des Verbandes bestimmen. Die VIA versteht sich als ein demokratischer Verband, dessen Arbeit durch die Mitglieder definiert wird.

Dresden zur Bunten Republik '93: Auftritt einer kurdischen Tanzgruppe Foto: Dieter Poschen

aber auch mit den Strukturen dieser Gruppen zusammen. Ohne Verlust ihrer Unabhängigkeit und ihrer Identität konnten sie sich nicht in den Dachverbänden integrieren, die die »etablierte« AusländerInnenarbeit vertraten.

Voll- und Fördermitglieder

Bis heute sind die VIA-Vollmitglieder das Herz und die Basis des Verbandes. Ohne ihren Beitrag wäre VIA nicht annähernd so leistungsfähig, wie er sich heute darstellt. Manche Fördermitglieder engagieren sich in einzelnen Mitgliedsgruppen, andere unterstützen den Verband aktiv bei seinen Seminaren, Publikationen oder anderen Punkten der Arbeit. Alle aber helfen durch ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag und vor allem durch die Tatsache der Mitgliedschaft, die ihre aktive Solidarität bekundet und die Basis des Verbandes verbreitert. Nach seiner Gründung fand VIA Anerkennung bei engagierten PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen der ernstzunehmenden Medien. Gab es doch endlich einen überregionalen Ansprechpartner für die »andere« AusländerInnenarbeit. Auch die Basis wuchs schnell. Immer mehr Gruppen wurden Mitglied im VIA. Diese Entwicklung überforderte bald die Bundesgeschäftsstelle des Verbandes in Bonn. Hinzu kam die häufig große Distanz zu den Mitgliedsgruppen und die damals doch sehr unterschiedliche AusländerInnenpolitik und -gesetzgebung in den einzelnen Bundesländern.

Aus diesen Gründen entschloß man sich in den frühen 80er Jahren, Landes- bzw. Regionalverbände in den Bundesländern zu schaffen, in denen viele Mitgliedsgruppen beheimatet sind. Heute existieren 6 Landes-/Regionalverbände, die die Arbeit des Bundesverbandes auf den Landesebenen fortsetzen. Durch ihre Nähe zu den Mitgliedsgruppen hat ihre Arbeit stärkere inhaltliche Bezüge. Unter den Landesverbänden sind zwei aus den neuen Bundesländern: VIA Berlin/Brandenburg und VIA Sachsen, VIA Thüringen befindet sich im Aufbau.

Regionalisierung mit System

Der Verband ging dabei so vor, daß Mitgliedsgruppen aus den Regionen gefragt wurden, ob sie selbstverantwortlich in kommissarischer Form Landesverbandsarbeit für VIA leisten wollten. das bedeutet, Seminare im betreffenden Bundesland anzubieten, die Mitgliedsgruppen zu vernetzen, neue Mitglieder werben, Kontakte zu LandespolitikerInnen und Landesbehörden zu knüpfen, eine landesweite Pressearbeit aufbauen usw.. Sind die Bemühungen von Erfolg gekrönt, überlegen die VIA-Gruppen des jeweiligen Bundesverbandes gemeinsam, ob sie einen eigenständigen Landesverband gründen wollen.

Eine Mitarbeiterin von VIA Berlin/Brandenburg, der in beschriebener Art und Weise ins Leben gerufen wurde und dessen Gründungsveranstaltung im Sommer 1992 stattfand, drückte ihre Erfahrungen folgendermaßen aus: »In mehr als zweijähriger Zusammenarbeit in Form von Streitgesprächen, Seminaren, gegenseitigen Besuchen von Projektgruppen, gemeinsamen Aktionen zum Bleiberecht für die VertragsarbeiterInnen der ehemaligen DDR, für das AusländerInnenwahlrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft überzeugten wir uns als in Berlin und Brandenburg tätige Initiativ- und Selbsthilfegruppen im ImmigrantInnen- und Flüchtlingsbereich davon, daß uns von dem 1979 in den alten Bundesländern gegründeten VIA-Dachverband keine kolonialistische Vereinnahmung und auch kein schnelles Abzocken von Ostgeldern droht. VIA bietet mit seinen Arbeitsgrundsätzen, Schwerpunkten und Erfahrungen sowie seiner Struktur die Möglichkeit einer wirksamen Vernetzung und Kooperation, was angesichts der aktuellen Situation von Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit immer wichtiger wird.« ●

»MULTIKULTURELLE GESELLSCHAFT«:

Ein VIA-Standpunkt

Eine »Multikulturelle Gesellschaft« entsteht nicht von selbst, sondern entwickelt sich in einem Prozeß der Auseinandersetzung, in dem die Formen der Herabsetzung, der Diskriminierung und der unzulässigen Bewertungen der EinwanderInnen und ihrer Kulturen überwunden werden müssen.

Die von ihnen mitgebrachten kulturellen, sprachlichen und religiösen Unterschiede bereichern das gemeinsame Leben. Die Überwindung des individuellen und kollektiven Gefühls der Überlegenheit gegenüber Menschen mit anderen Traditionen und Wertpräferenzen ist dementsprechend ein notwendiger Schritt für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen verschiedener ethnischer Herkunft. Eine »Multikulturelle Gesellschaft« ist immer auch antirassistisch, ist eine Gesellschaft, in der vorurteilsfreie »normale« Integrationsprozesse zwischen In- und AusländerInnen den Alltag bestimmen. Nationalität bedeutet in diesem Kontext nicht Konfliktfreiheit, sondern daß Konflikte offen angegangen, vorurteilsfrei und gleichberechtigt ausgetragen werden (neue Streitkultur).

Die Verwirklichung der »Multikulturellen Gesellschaft« setzt die Abkehr vom Nationalstaatsprinzip voraus.

»Multikulturelle Gesellschaft« und die Vision einer »offenen Republik« einerseits – und Nationalstaatendenken andererseits – schließen einander aus.

Die Verwirklichung der »Multikulturellen Gesellschaft« bzw. einer »offenen Republik« geht einher mit offen sein für Veränderungen und mit der Bereitschaft, politische Macht breit zu verteilen (z.B. auch über politische Parteien hinaus).

VEREIN NIEDERSÄCHSISCHER BILDUNGSINITIATIVEN E.V.

Zusammenarbeit institutionell gestaltet

Bildung soll die Mündigkeit des Menschen erhöhen – Vernetzung die organisatorische, inhaltliche und institutionelle Handlungsfähigkeit. Bildung ist notwendig individuell; Vernetzung ist notwendig strukturell: Der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB) als ein Bildungswerk der Neuen Sozialen Bewegungen verknüpft die Bildungsidee mit der Idee der Vernetzung zur Verbesserung personeller, struktureller und politischer Handlungsbedingungen.

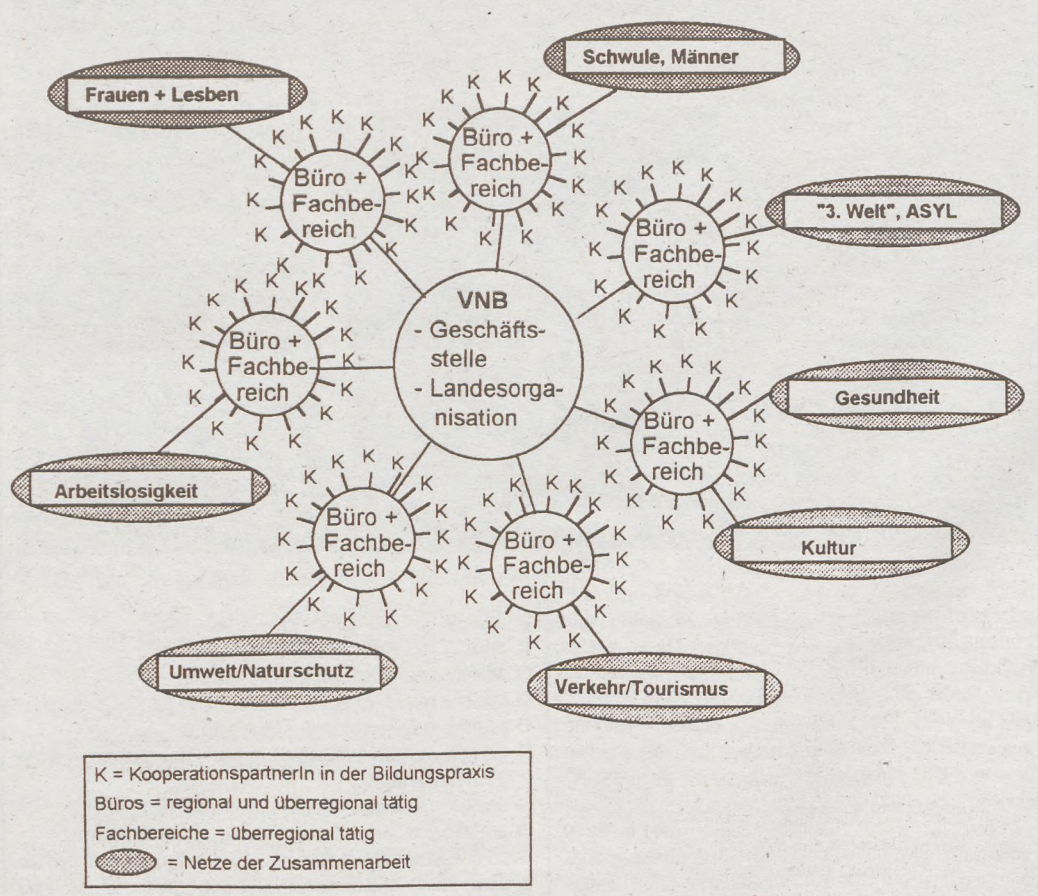
Martin Beyersdorf, Redaktion Genossenschaften. ● Seit Ende der sechziger Jahre wird in unserer Gesellschaft ein Wertewandel deutlich. Er äußert sich in Protestbewegungen gegen die wachsende Zerstörung von »Umwelt« und sozialen Lebensverhältnissen durch die moderne Industriegesellschaft und technokratische Herrschaftsverhältnisse. Im Kontext der entstehenden Neuen Sozialen Bewegungen entwickelt sich von Anfang an selbstorganisierte Bildung. Die Chancen von Selbstverwirklichung und politischer Mitgestaltung zu erweitern, ist das Ziel. Dies geschieht zunehmend in eigenen Bildungseinrichtungen von Menschen aus der Friedens-, Ökologie-, Gesundheits-, Frauen-/Lesben-, Schwulen-/Männer-, »Dritte«-Welt oder Anti-AKW-Bewegung. Sie vernetzen die Arbeit von Selbsthilfegruppen, Projekten und Initiativen und fördern selbstorganisierte Bildung. Das geschieht auch unter der Einbeziehung der Arbeitsbedingungen und Formen »neuer« Lernorte wie Seminar- und Tagungshäuser als Zentren einer Gegenöffentlichkeit.

Ein staatlich anerkanntes Netz

Viele dieser Bildungseinrichtungen schließen sich 1983 im VNB zusammen. Als Dachverband der Mitgliedsgruppen steht der politische und pädagogische Erfahrungsaustausch im Vordergrund. Zugleich wird an der Erschließung von Mitteln für selbstorganisierte Bildung gearbeitet. Aus den zwölf Gründungsinitiativen werden bis 1990 über fünfunddreißig Mitgliedsgruppen. Über einhundert weitere Bildungsprojekte und -initiativen gruppieren sich mittlerweile um den VNB und kooperieren mit ihm.

Zum 1.10.1990 wird der VNB als Landeseinrichtung nach dem niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz anerkannt. Mit der Anerkennung kann die Bildungsarbeit vor Ort mit öffentlichen Mitteln gefördert und die Infrastruktur weiter abgesichert werden. Die Landeseinrichtung arbeitet in fünf regionalen Büros, die zugleich inhaltliche Fachbereiche haben. Hinzu kommen zwei landesweit tätige Büros sowie die Geschäftsstelle in Hannover. Ein Jahr nach der Landeseinrichtung wird eine Landesorganisation für MitarbeiterInnenfortbildung, Konzeptionsentwicklung und Bildungspolitik eingerichtet. 1992 umfaßte das Bildungsangebot mehr als 50.000 Unterrichtsstunden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf politisch bildenden Veranstaltungen. Für MitarbeiterInnenfortbildungen stehen 1993 knapp DM 100.000,- zur Verfügung.

VERNETZUNG DES VEREINS NIEDERSÄCHSISCHER BILDUNGSINITIATIVEN E.V. – VNB



Verbindende Lernorte

Besonderer Wert wird auf Lernorte gelegt, die sich durch ökologische Kriterien in der räumlichen Gestaltung, der Ernährung und den Arbeitsplätzen auszeichnen. Diese Lernorte sind förderlich für Arbeitsweisen, die sich an ganzheitlichen Kriterien orientieren. Sie machen ein hohes Maß an Selbstbestimmung der Teilnehmenden möglich. Über die Auswahl der Veranstaltungsorte ergibt sich automatisch eine Nähe zu den Netzen der Neuen Sozialen Bewegungen.

Ausgehend von den Prinzipien selbstorganisierter Bildungsarbeit kann der VNB als eigene Institution KooperationspartnerInnen und Zielgruppen Strukturhilfen anbieten:

- projektorientierte Beratungs- und Entwicklungsangebote für Initiativen;
- Umsetzung der Bildungsarbeit und ihre Bezuschussung für KooperationspartnerInnen;

Fortsetzung nächste Seite

CASH COOP

VERNETZUNG

Netzkoordination erfordert »Gehstrukturen«

cash coop ist ein Verbund für Vernetzungs- und Finanzierungswissen von und für selbstorganisierte Initiativen in Hessen und Thüringen. Er wurde gegründet, um den Austausch von Informationen zu Finanzierungsfragen systematisch zu organisieren und neue Zugänge zu Förderungen zu erschließen. Die Koordination der VernetzerInnen erweist sich schwieriger als erwartet.

Diethelm Damm, Redaktion Genossenschaften ● cash coop versteht sich als Antwort auf die Erfahrungen im Initiativenbereich:

- daß die finanzielle Absicherung der Initiativenarbeit sich nicht allein auf bestimmte politische Mehrheiten kaprizieren kann,
- daß die MitarbeiterInnen einer einzigen Initiative niemals den Gesamtüberblick über alle möglichen Finanzierungsquellen haben können,
- daß wechselseitiger Austausch und Kooperation Probleme lösbar werden lassen, die allein nicht zu schaffen wären.

Gegründet wurde cash coop 1989 und arbeitet als Modellversuch seit 1. März 1991, finanziert durch beteiligte Organisationen und einen Zuschuß der Stiftung Jugendmarke. Träger ist das Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung (ISO) e.V. in Frankfurt. Dabei soll keine Dienstleistungsorganisation im üblichen Sinn aufgebaut werden. Die Arbeit zielt nicht darauf ab, hunderte von Initiativen direkt zu beraten. Vielmehr organisiert und koordiniert cash coop eine Kooperationsstruktur zwischen NetzkoordinatorInnen möglichst vieler Initiativenzusammenschlüsse, ExpertInnen und Kooperations-Institutionen.

Auf der Basis von Gegenseitigkeit

Die NetzkoordinatorInnen haben die wichtige zentrale Funktion, in ihrem Netz die Initiativen kollegial zu beraten. cash coop stellt ihnen hierfür das gesammelte Finanzierungswissen, d.h. Förderprogramm-Informationen, ExpertInnen und Ressourcen-Pools zur Verfügung. Eine Förderinfothek gibt Auskunft über Finanzierungsmöglichkeiten durch Förderprogramme des Landes Hessen, des Bundes, der Europäischen Gemeinschaft, durch das Bundessozialhilfegesetz, das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das Arbeitsförderungsgesetz, durch Stiftungen, die Wohlfahrtsverbände und verschiedene weitere Fonds und Förderinstitutionen.

Im ExpertInnen-Pool finden sich Fachleute zu bestimmten Förderprogrammen, zur Existenzgründung, zu Bankkrediten, zur Spendenakquisition, für Organisationsberatung und vieles mehr. Gesucht wird die Kooperation auf der Basis von Gegenseitigkeit und Selbsthilfe. D.h., alle angeschlossenen Initiativen geben ihr Wissen um Förderprogramme und ihre ExpertInnen in die Förderinfothek und den ExpertInnen-Pool ein, so daß diese ständig differenziert und erweitert werden. Mit jedem sich anschließenden Netz wird das abrufbare Finanzierungswissen für alle angeschlossenen Initiativen qualifizierter und größer.

Koordination der KoodinatorInnen

Cash coop versteht sich als regionales Netz von Netzen, das Initiativen in der Regel nicht selbst beraten, sondern deren Zusammenschlüssen Beratungshilfen zur Verfügung stellen will. Deshalb kommt den KoordinatorInnen der Initiativenzusammenschlüsse in Hessen eine wichtige Funktion im Modellversuchskonzept zu. Sie sollen jeweils den Beratungsbedarf und die bereits vorhandenen Ressourcen in ihren Zusammenschlüssen feststellen und einbringen. Gemeinsam mit den ModellversuchskoordinatorInnen entwickeln sie dem jeweiligen Bedarf entsprechende Vernetzungsstruktur und vermitteln die cash coop Angebote ihren Initiativen.

Die Kooperation mit den NetzkoordinatorInnen vollzieht sich auf drei Ebenen: Ca. viermonatlich werden Tagestreffen aller NetzkoordinatorInnen mit der hesssischen cash coop Geschäftsführung und den MitarbeiterInnen der cash coop Thüringen durchgeführt, um die Arbeitsschwerpunkte gemeinsam abzustimmen. Auf Anforderung organisieren die cash coop-Hauptamtlichen gemeinsame Veranstaltungen mit den NetzkoordinatorInnen. Alles weitere wird in Einzelkontakten geklärt.

Keine Zeit für Vernetzung

Dazu hatten sich die beiden cash coop-KoordinatorInnen die im ersten Modellversuchsjahr an Mitarbeit interessierten NetzkoordinatorInnen aufgeteilt und hielten kontinuierlichen Kontakt. Ziel war es, mit dem jeweiligen Zusammenschluß entsprechende Kooperationsvereinbarungen abzuschließen und die darin abgesprochenen Leistungen zu koordinieren. Dies erwies sich als schwieriger als ohnehin erwartet. Eine Reihe von Initiativenzusammenschlüssen verfügte über so geringe eigene Koordinationsressourcen, daß sie die cash coop-Anforderungen nicht erfüllen konnten. Andere Netze und/oder KoordinatorInnen hatten gerade ihnen wichtigere Probleme. Bei weiteren wechselten mehrfach in kurzer Zeit die KoordinatorInnen ... Generell war die Zusammenarbeit schwierig mit Netzen, die rotierend oder ehrenamtlich koordiniert wurden, mit Ausnahme eines Zusammenschlusses von Jugendinitiativen, in denen alle ehrenamtlich arbeiten und mit denen die Zusammenarbeit hervorragend lief.

Entsprechend erwies es sich als relativ kompliziert, von allen NetzkoordinatorInnen exakte Bedarfsdiagnosen zu erhalten. Auch gingen Ressourcen- und ExpertInnenmeldungen von vielen Zusammenschlüssen nur nach mehreren Mahnungen ein. Trotzdem konnten bislang mit zehn Initiativenzusammenschlüssen, die insgesamt 600 Initiativen vertreten, schriftliche Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen werden. Mit ihnen wurde eine mehr oder minder gut funktionierende Zusammenarbeit aufgebaut. Ein halbes Dutzend weiterer Netze befindet sich in der Abklärungsphase.

Ausstellung Berliner KünstlerInnen zum Thema Euroknete (ecu) zur Bunten Republik Neustadt '93 in Dresden — Foto: Dieter Poschen

Geeignete Kooperationsstrukturen

Die Modellversuchshauptamtlichen konzentrieren sich nun auf eine noch klarere Darstellung der cash coop-Leistungen, auf eine direkte Information der Netzmitglieder bei entsprechenden Netztreffen und auf Bedarfs- und Ressourcenerhebungen auch über die NetzkoordinatorInnen hinaus. In die Einbeziehung zusätzlicher Netze werden nur begrenzte Arbeitskapazitäten investiert, da die für die Erreichung der gesetzten Ziele benötigte quantitative und qualitative Initiativenanzahl bereits erreicht ist. Nunmehr geht es vorrangig um die qualitative Weiterentwicklung der Zusammenarbeit.

Die genannten Probleme waren von Anfang an erwartet worden. Mittlerweile ist vollends deutlich geworden, daß Netzkoordination schwerpunktmäßig eine Geh-, weniger eine Kommstruktur entwickeln muß. Mit zu den verschiedenen Netztypen passenden Kooperations- und Interventionsstrukturen wird seit einiger Zeit experimentiert. ●

FORTSETZUNG VON SEITE 6

- Schulungen in Methodik und Didaktik;
- Anregung durch »neue« Themen über kompakte Veranstaltungsangebote für Teilnehmende bis zur (Fort-)Bildung im Bereich der Institutionalisierung für Zielgruppen.

Mit der öffentlich-rechtlichen Anerkennung des VNB als Träger der Erwachsenenbildung ist er nicht mehr alternativ-selbstorganisiert, sondern eine professionelle Alternative in der traditionellen Trägerlandschaft. Der VNB ist »institutionell fremdvernetzt« und behält trotzdem in der Nähe zu den Neuen Sozialen Bewegungen seine Ansprüche bei. Die dabei entstehenden Reibungsverluste sind zum einen der langfristigen Absicherung geschuldet und zum anderen gering.

Personen als Drehpunkte

Der VNB als eigenes institutionelles Netz bietet durch seine Bildungs- und Beratungsarbeit Initiativen und Projekten Chancen für die Entwicklung und Weiterarbeit. Neben der direkten Bezuschussung von Bildungsarbeit sind dabei die pädagogischen MitarbeiterInnen als sogenannte Drehpunktpersonen und die Fachbereiche von besonderer Bedeutung.

Ausgehend von ihrer politischen Biographie stammen alle PädagogInnen aus den Neuen Sozialen Bewegungen. Im Rahmen ihrer fachbereichlichen Arbeit sind sie Drehpunktpersonen zwischen Zielgruppen/AdressatInnen, Förderungsbedingungen und bestehenden Vernetzungen bezogen auf gesellschaftlicher Problem- und Handlungsfelder. Für den Erfolg der Arbeit können nur sie die inhaltliche Grundlage sein. Auch aufgrund dieser Bedingungen arbeitet der VNB für sich selbst an einer Übersetzung der Möglichkeiten der Corporate Identity.

In der erschließenden Focussierung gesellschaftlichen Handlungsbedarfs bekommt der Aufbau neuer Netze große Bedeutung. Der VNB berücksichtigt dies als einziger Träger der Erwachsenenbildung in Niedersachsen in seinen beiden Büros für FrauenLesben-Bildungsarbeit sowie Schwulen- und Männerbildung, AIDS und Gesellschaft, institutionell. Unter intensiver Beteiligung des VNB wurde zudem als neues Netz geschaffen, der VEN – Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Initiativen und Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen e.V.

Zwischen Netzen vermitteln

Alte Netze tauchen in den fachbereichlichen Schwerpunkten der regionalen Büros wieder auf: Arbeitslosigkeit und Soziales, Gesundheit, Kultur, Sanfter Tourismus/Verkehr und Umwelt/Naturschutz/Energie. Wesentlicher als eine Komplettierung des Engagements des VNB in den Netzen der Neuen Sozialen Bewegungen erscheinen jedoch seine Chancen in der »VerQuerung«.

Mit dem Anspruch der Förderung selbstorganisierter Bildungsarbeit kann der VNB auch vermittelnd zwischen den Netzen agieren. Bildung richtet sich dabei nicht nur an neu zu gewinnende »AkteurInnen«, sondern auch und gerade an die immer schon aktiven Personen. Vor dem Hintergrund des Informations- und Erfahrungsaustauschs wird deutlich, daß wir nicht immer neue Netze brauchen, sondern eine Vernetzung der Netze.

Vernetzungsarbeit hat Grenzen

Das »Nadelöhr« der Handlungsfähigkeit und der Vernetzung ist das individuelle Bewußtsein des/der einzelnen. Dem mit verordneter Bildung beizukommen schadet mehr als sie hilft. Selbstorganisierte Bildung braucht daher eine hohe didaktische Sensibilität von (Laien-) PädagogInnen mit politischer Haltung und Integrität. Dies ist eine Chance für den VNB: Mit und im VNB können gesellschaftliche Lernanlässe in vernetzte und veranstaltete Bildung übersetzt werden; gesellschaftliche Problem- und Handlungsfelder werden zum Gegenstand (selbst-) reflexiver Bildung.

Diese Erschließungsfunktion macht gerade dann Sinn, wenn andere AnbieterInnen von Erwachsenen- und Weiterbildung Themen übernehmen und für weitere Teilnahmegruppen verbreitern, da z.B. Volkshochschulen andere Personen erreichen. Im Bereich der ökologischen Bildungsarbeit sind diese Verallgemeinerungsprozesse weitgehend abgeschlossen. Ob ein solcher Verbreiterungsprozeß allerdings für die Schwulen- und Lesbenbildung möglich sein wird, erscheint fraglich.

Aber auch im VNB als Träger der Erwachsenenbildung gibt es für die Vernetzungsarbeit eine Grenze: Mit und im VNB kann zwar vernetzende Bildung entwickelt und durchgeführt werden, der Aufbau und die institutionelle Absicherung neuer Netze übersteigt jedoch die personellen und finanziellen Kapazitäten. ●

PROJEKTEZENTREN / GEWERBEHÖFE

Mitarbeit bei Informationsreader

Unter dem Titel »Projektezentren in Ost und West« fand im Juni 1993 in Frankfurt, veranstaltet von der Stiftung MITARBEIT, eine Tagung statt. 16 Projektezentren, Gewerbehöfe, Häuser der Demokratie von Rostock bis Karlsruhe nahmen die Gelegenheit zum wechselseitigen Kennenlernen und Erfahrungsaustausch wahr. Sie diskutierten über innere Kommunikationsprobleme, kommunale Kooperationsmöglichkeiten und neue Finazierungsmodelle. Der Problemkreis Selbstverständnis und Außendarstellung wurde in einem kleinen Planspiel bearbeitet. Daß eine weitere Informationsvernetzung sinnvoll ist, darin waren sich die beteiligten einig. Deshalb soll noch in diesem Jahr ein Informationsreader über möglichst alle Projektezentren, Gewerbehöfe/Werkhöfe, Häuser der Demokratie und Öko(projekte) zusammengestellt werden. Mitarbeit bei diesem Reader und Hinweise auf bzw. Rückmeldungen von Zentren sind für die Vervollständigung des Überblicks herzlich willkommen. Diejenigen, die Zentren, z.B. aus ihrer Region vorstellen möchten, können sich melden bei:
Theo Bühler · Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Str. 37 · 53111 Bonn
☎ (02 28) 63 00 23

LAAW BADEN-WÜRTTEMBERG

Anerkennung Anderer Weiterbildung durchsetzen

Die Landesarbeitsgemeinschaft Andere Weiterbildung Baden-Württemberg (LAAW Baden-Württemberg) wurde von 12 freien Weiterbildungseinrichtungen aus allen Teilen des Landes gegründet. Sie entstand nach einer zweijährigen Sondierungsphase aus der Projektgruppe für eine andere Weiterbildung. In dem neuen Landesverband haben sich ökologische, entwicklungspolitische, friedenspolitische und ganzheitlich ausgerichtete Bildungsinitiativen mit pädagogisch ausgerichteten Bildungseinrichtungen (LehrerInnen-Initiativen), kulturellen und kreativen Werkstätten (z.B. Theaterwerkstätten) und unabhängigen Tagungshäusern zusammengeschlossen. Der Verband vertritt einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, der auf den Prinzipien der Selbsthilfe und Selbstverwaltung basiert. Er will einen Beitrag zur Erneuerung und Weiterentwicklung der Weiterbildung in Baden-Württemberg leisten. Kontakte bestehen zu gleichartigen Verbänden in anderen Bundesländern (z.B. NRW, Niedersachsen), in denen die andere Weiterbildung ihre öffentliche Anerkennung bereits durchgesetzt hat.

In ihrer Gründungsproklamation vom 18.10.92 kritisiert die LAAW die Stagnation und den geringen Stellenwert der Weiterbildung in Baden-Württemberg. Sie fordert die Anerkennung und gleichberechtigte Förderung der aus den neuen sozialen Bewegungen heraus entstandenen Weiterbildungsträger. Entsprechend werden Vorschläge zur Novellierung des baden-württembergischen Weiterbildungsgesetzes von 1980 und zur Einführung eines ArbeitnehmerInnenweiterbildungsgesetzes formuliert, das sich an den in den anderen Bundesländern bestehenden Gesetzen orientiert.

Es besteht die Erwartung, daß die neue CDU/SPD-Regierung in Baden-Württemberg und das neue Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst unter der Ministerin Unger Soyka die ungerechte Behandlung der anderen Weiterbildung in Baden-Württemberg beendet und das Innovationspotential der LAAW in die künftige Bildungspolitik einbezieht. ●

VERNETZUNG

ARBEITSGEMEINSCHAFT DRITTE WELT LÄDEN

Kampagne zur Profilierung in der Öffentlichkeit

Viele kennen sie, die kleinen unauffälligen, aber meist gemütlichen Dritte Welt Läden. In diesen kann mensch u.a. seinen Kaffee aus Nicaragua mit viel Information holen. Trotzdem findet ihre Arbeit in der breiten Öffentlichkeit zu wenig Beachtung. Dies soll nun durch eine gut geplante Kampagne anders werden.

Liberación, Hannover — Foto: Susanne Rieger

Susanne Rieger, Redaktion Genossenschaften ● Nach fast zwei Jahren Diskussionen, Verhandlungen, Konzeptentwicklungen und Beratungen wollen die Weltläden nun stärker in die Öffentlichkeit gehen. Der bundesweite Dachverband der Dritte- und Eine-Welt-Läden, kurz Weltläden, die »Arbeitsgemeinschaft Dritte Weltläden« (AG3WL) will einen wichtigen Schritt in die Zukunft wagen. Ausgelöst ist dies durch die Handelsausweitung der gepa, der größten alternativen Importorganisation, die von den beiden großen Kirchen, ihren Jugendverbänden und dem Dachverband der Weltläden und Aktionsgruppen getragen wird. Vor allem durch die Einführung des Gütesiegelkaffees TRANSFAIR in die Supermärkte, begann in der AG3WL eine Diskussion darüber, welche Chancen, Gefahren und Notwendigkeiten zur Veränderung sich für Weltläden aus diesen Schritten ergeben. Seit einigen Monaten gibt es schon den fair gehandelten Kaffee mit dem TRANSFAIR Gütesiegel in den Regalen der Supermärkte. Gleichzeitig hat auch die Presse Interesse an diesen fair gehandelten Produkten gefunden.

Bekannt werden durch TRANSFAIR

Für die Weltläden stellt sich die Frage, wie sie von der Verbreitung der Idee des »Fairen Handels« politisch und ökonomisch profitieren können. »Weltläden – ein Stück Welt von morgen« könnte einer der eingängigen Slogans sein, unter der die Weltläden in der Öffentlichkeit bekannter werden. Das Vermitteln der Ziele und Forderungen der Weltläden muß sich allerdings auch an den größer gewordenen Anforderungen messen lassen:

- Weltläden haben sich zum Ziel gesetzt, den Menschen zu erklären, warum sie trotz TRANSFAIR Kaffee im Supermarkt weiter den Umweg in die Weltläden machen sollen.
- Die durch TRANSFAIR neugierig gewordenen Menschen sollen von dem erweiterten Konzept der Weltläden überzeugt werden.
- Weltläden wollen sich in der Öffentlichkeit als Fachgeschäfte für entwicklungspolitische Fragen und fairen Handel darstellen, um den Boom für die Ideen und Vorstellungen zu nutzen und nicht verpuffen zu lassen.

Dazu ist ein gemeinsames und schlüssiges Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit notwendig, das von möglichst vielen Weltläden mitgetragen wird. Die Erarbeitung eines Konzeptes zusammen mit einer Marketingagentur wird möglich, weil TRANSFAIR die zentrale Funktion der Weltläden erkannt hat und bereit ist, daraus Konsequenzen zu ziehen. Der bisherige Erfolg von TRANSFAIR soll keine Eintagsfliege sein. Dies ist nur zu gewährleisten, wenn das breite Netz der zwischen 700 und 900 Weltläden in der gesamten BRD, in der Lage ist, diese Kampagne zu begleiten. Für 1993 stellt TRANSFAIR die Lizenzgebühren der GEPA zur Verfügung, um die Kampagne zu bezahlen. Das Öffentlichkeits- und Profilierungskonzept soll die Fortbildung der Laden und GruppenmitarbeiterInnen zur Kommunikation mit den KonsumentInnen und der Öffentlichkeit verbessern, das »Outfit« in den Läden und auf Ständen verbessern, Kampagnen- und Pressematerial erstellen und die Stärkung des Dachverbandes, der Ladenkoordination AG3WL ermöglichen.

Folgende Ziele der Weltläden sollen stärker in die Öffentlichkeit gerückt werden:

1. Veränderung der Weltwirtschaftsstrukturen hin zu gerechteren Austauschbeziehungen
2. Veränderung der bundesdeutschen Politik hin zu einer ökologisch, solidarischen Politikgestaltung
3. Veränderung des KonsumentInnenbewußtseins hin zu aktiver Solidarität und kritischem Konsum.

Die Dritte Welt Bewegung/Läden haben es in dieser Beziehung immer ein wenig schwerer als z.B. die Umwelt- und Friedensbewegten. Die PartnerInnen, für die sie sich einsetzen, sind zumeist weit weg -der direkte Nutzen für die KonsumentInnen hier ist nicht sofort ersichtlich. Dennoch sind die Weltläden und Aktionsgruppen in der Verknüpfung ihrer politischen Arbeit mit der Vermarktungstätigkeit die beste Konkretisierungsform und damit auch potentiell wirkungsvollste Lobby der obigen Ziele. Deshalb soll die Kampagne helfen, die Gruppen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Kommunikation mit den KonsumentInnen

Die Kommunikation zwischen Weltläden und KonsumentInnen ist der zentrale Gegenstand der Profilierungskampagne. Dabei schließt Kommunikation alle Faktoren der Kontaktsuche, -pflege und Verhaltensänderung mit ein. Zwischenschritte (Ausrichtung auf zunächst ein Schwerpunktthema) und professionelle Hilfe sind mit eingeplant. Die erste Phase wird im September mehr intern ausgerichtet sein. D.h., bis Anfang September werden in Zusammenarbeit mit einer Werbeagentur ein Konzept für die Kommunikation zwischen Weltläden und KundInnen erarbeitet sowie ein Ausbildungskonzept für die Gruppen. Der zweite Teil der Kampagne wendet sich dann an die interessierten Gruppen und versucht diese mit der Kommunikationsstrategie vertraut zu machen. Der dritte Teil, die Kommunikation selbst, soll dann im Oktober-Dezember in einer Schwerpunktaktion losgehen. In der Nachbereitungsphase werden die Erfolge und Schwierigkeiten dieser ersten Profilierungsaktion ausgewertet und Folgerungen und Forderungen für eine langfristige Orientierung der Profilierungskampagne gezogen.

Weiterbildung gehört dazu

Die Kampagne baut auf drei organisatorischen Ebenen auf:

1. Eine Marketingorganisation wird einbezogen, die mit SpezialistInnen für Kommunikation und Marketing die Kampagne begleiten werden.
2. Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle als Rückkoppelungs-, Anlauf- und Materialstelle in Trägerschaft der AG3WL. Diese Stelle wird mit einer Person besetzt.
3. Es gibt desweiteren eine Gruppe von kompetenten Langzeitaktivistinnen, die dieser Stelle zuarbeiten werden und ein bundesweites Netz von haupt- und ehrenamtlichen GruppenberaterInnen. Diese helfen, das Modell an die Weltläden zu vermitteln, sind aber für die regionale Aus-, und Weiterbildung der Weltläden zuständig. ●

BUNDESVERBAND NATURKOST/NATURWAREN EINZELHANDEL

Kundenvertrauen durch Selbstkontrolle schaffen

Als Zusammenschluß von Herstellern, Groß- und Einzelhändlern hat sich Bundesverband Naturkost/Naturwaren organisiert. Jede Gruppe ist selbständig und vertritt ihre eigenen Interessen. Gemeinsame Gremien sorgen für Koordination und Abstimmung. Die Einzelhändler innerhalb des Verbandes zeichnen sich durch eine strenge Qualitätskontrolle aus.

Volker Albert, Redaktion Genossenschaften ● Der Zusammenschluß der Naturkost-Facheinzelhändler (BNN-Eh) mit seinen fast 700 Mitgliedern ist basisnah strukturiert. In über 40 Regionalgruppen wird beraten und diskutiert. Ein Forum bietet die nötige Zwischenstufe zwischen Basis und Vorstand. In den regionalen Gruppen werden regionale Belange diskutiert, Informations- und Werbeveranstaltungen geplant und gemeinsame Beschlüsse gefaßt. Eine Bundesgeschäftsstelle sorgt für die nötige Kommunikation auf Bundesebene: Regelmäßige Regiobriefe, ein InfoDienst, Seminare und Mitgliedertreffen geben Gelegenheit für Information und Austausch.

Auch der Kunde kommt nicht zu kurz. Ein Qualitätsreferat hat in Zusammenarbeit mit den Partnerverbänden eine Identifikationsliste über alle beim BNN akkreditierten ökologischen Anbauverbände herausgebracht. Sie mußten sich nach entsprechender Bewerbung einer zusätzlichen Überprüfung durch den unabhängigen Zulassungsbeirat unterziehen. Und um dem/der VerbraucherIn mehr Sicherheit und Transparenz zu bieten, wird jedes organisierte Naturkost-Fachgeschäft in regelmäßigem Turnus – ca. alle 18 Monate – von ausgebildeten Kontrolleuren auf Einhaltung der Richtlinien und Deklarationsbestimmungen kontrolliert. Seit letztem Jahr gehört auch eine Warenfluß-Kontrolle mit dazu, so daß es zu keinen wundersamen Produkt-»Vermehrungen« kommen kann.

Organisierte Qualität

Der Handel mit alternativen Lebensmitteln und Naturwaren entstand aufgrund der sinkenden Qualität der industriell erzeugten Nahrungsmittel und dem Anstieg von Lebensmittel-Allergien. Beides ließ den allgemeinen Wunsch nach vollwertigen Produkten wachsen. Auch die Ressourcen-Vergeudung der konventionellen Landwirtschaft bestärkte den ökologischen Landbau, und letztlich führte die extreme Konzentration in der Lebensmittelbranche auf wenige Große zum Wunsche der Dezentralisation. Zusammengefaßt läßt sich festhalten: Gesundheitliche, ökologische und handelspolitische Aspekte führten zum Naturkosthandel von heute.

Die ca. 1.200 Naturkostgeschäfte, von denen die Hälfte organisiert sind, haben Naturkost »hoffähig« gemacht. Sie stehen heute vermehrtem Konkurrenzdruck des konventionellen Handels gegenüber. Dieser glaubt, mit Naturkost eine Marktnische besetzen zu können, in der man »eine schnelle Mark machen kann«. Viele gescheiterte Versuche in der Vergangenheit beweisen bis jetzt das Gegenteil: Die hohe Beratungskompetenz, die dem großen persönlichen Einsatz der jeweiligen Naturkost-FachhändlerIn zu verdanken ist, läßt sich nach ökonomischen Kriterien kaum bezahlen.

Dem/der organisierten BioladnerIn von heute sind moderne Marketing-Methoden nicht fremd. Er/sie kennt sich aus in der Waren-Deklaration, und unterstützt vom Verband, beantwortet er/sie Fragen schnell, offen und zuverlässig. Wenn jemand in einem Naturkost-Fachgeschäft mit dem Zeichen bzw. dem Schriftzug des Bundesverband Naturkost/Naturwaren Einzelhandel einkauft, kann er sicher sein: Er erhält Produkte, die nach konsequent ökologischen Richtlinien angebaut und verarbeitet wurden.

Durchblick mit Sortimentsrichtlinien

In den organisierten Naturkostläden sind die Waren transparent deklariert. Auf diese Weise lassen sich Produkt, Anbauverband, Herkunftsland, Preis und Anbauqualität schnell erkennen: Geboten wird Transparenz und Verbraucher-Information. Die entsprechenden verbandlichen Sortimentsrichtlinien und die damit verbundenen Kontrollen geben dem Naturkost-Einzelhandel und damit auch den KundenInnen Sicherheit vor Grau-Ware. Die wachsende Vielfalt angebotener ökologischer Produkte ist erfreulich – nur für den/die einzelne HändlerIn oder VerbraucherIn läßt sich ein Überblick ohne Hilfe einer Organisation kaum noch aufrechterhalten.

Deshalb wurden vom BNN Richtlinien unabhängig von den ökologischen Anbauverbänden geschaffen. Von einem unabhängigen Zulassungbeirat wird jeder dieser Verbände seit 1991 geprüft. In diesem Zulassungsgremium arbeiten Fachleute aus Verbraucher-Initiativen, Umweltschutz-Organisationen, ökologischem Landbau und aus der Wissenschaft miteinander. Sie sollen den VerbraucherInnen die Sicherheit bieten, die diese für ihr Geld erwarten können. Zusätzlich wird auch noch jedes BNN-Mitglied regelmäßig kontrolliert.

Für die Verbandsmitglieder hört die Ökologie vor der Ladentür nicht auf. Weit vor einer Verpackungs-Gesetzgebung setzte der organisierte Fachhandel in allen Bereichen auf Mehrweg-Systeme. Verpackungsmüll wird vermieden »aus Prinzip«. In Entwicklung sind Mehrweg-Umverpackungen und Mehrweg-Gläser, die z.B. die über fünfzig im Naturkost-Handel befindlichen Glastypen auf sieben einschränken werden. Der Naturkostmarkt hat gerade einen Anteil von einem Prozent am großen Lebensmittelkuchen. Dieser Anteil soll langsam und stetig wachsen, der Umwelt und nicht zuletzt auch der Gesundheit zuliebe. ●

ANSCHRIFTEN

Beispiele für Kooperation und Vernetzung

Im folgenden sind nur ein kleiner Teil der bestehenden Kooperations- und Vernetzungszusammenhänge einschließlich der dargestellten aufgeführt. Dem NETZ in Dortmund liegt eine sehr umfassende Liste weiterer Beispiele vor. Betriebe, die Interesse an einzelnen Branchen- oder Regionalzusammenschlüssen haben, bekommen in 44147 Dortmund, Huckarder Str. 12 Auskunft über geeignete Kontakte. Die ganze Liste wird nicht zur Verfügung gestellt.

NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Str. 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231/163476

NETZ Bayern c/o IBEPro
Kaulbachstr. 85
80802 München
Tel.: 089/345723

Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS)
Liboriusstr. 39
44807 Bochum
Tel.: 0234/502108

Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (VIA e.V.)
Hochemmericherstr. 71
47226 Duisburg
Tel 02065/53346

Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden (AG3WL)
Vahrenwalder Str. 219a
30165 Hannover
Tel.: 0511/96387-15

cash coop Büro Frankfurt
Kasseler Str. 1A
60486 Frankfurt
Tel.: 069/703003

Bundesverband Naturkost Naturwaren Einzelhandel e.V. (BNN EH)
Robert-Bosch-Str. 6
50354 Hürth-Efferen
Tel.: 02233/63230

Verband niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB)
Weinstr. 16
30171 Hannover
Tel.: 0511/852415

Bundestreffen der selbstverwalteten Schreinereien
c/o Andreas Küstermann
Hauptstr. 106
69117 Heidelberg
Tel: 06221/23693

Arbeitskreis »Gesundes Wohnen und Schlafen«
c/o AHORN Das Naturmöbelhaus
Dobbenweg 9-1028203 Bremen
Tel.: 0421/72721

Arbeitskreis Ökologie & Handwerk (AKÖM)
c/o Robin Kruso
Verbindungskanal / Linkes Ufer 20-24
68159 Mannheim

Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF)
Alexanderstr. 17
53111 Bonn
Tel.: 0228/630129

Verbund selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier (vup)
c/o Blätterwald eG
Weilstr. 2
35789 Weilmünster
Tel.: 06472/7031

WIBeN e.V: Westerwälder Initiativen und Betriebe-Netz
Heimstr. 4
57610 Altenkirchen
Tel.: 02681/3870

Verbund der Fairsicherungsläden eG
Rembertistr. 31
28203 Bremen
Tel.: 0421/327751

Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V. (VSF)
Paul-Lincke-Ufer 44a
10999 Berlin
Tel.: 030/6121870

Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren NW e.V.
Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
Tel: 0251/518475

VERNETZUNG

NETZ BAYERN E.V.

Die Regionalisierung in Bayern geht voran

Der Ursprung des NETZes liegt in Nordrhein-Westfalen. Dort wurde vor ca. zwei/drei Jahren begonnen, für einen bundesweiten Zusammenschluß Kooperationspartner in den einzelnen Bundesländern zu suchen. NETZ Bayern kann mittlerweile eine eigenständige Vereinsstruktur vorweisen.

Dieter Harant, Redaktion Genossenschaften ● Das »NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation« ist ein bundesweiter Verband für Betriebe und Projekte im selbstverwalteten, ökologischen und sozialen Bereich. Für diese Gruppe sollen Strukturen gegenseitiger Unterstützung sowie gemeinsamer Interessenvertretung geschaffen werden. Der Schwerpunkt der Arbeit des NETZes liegt bisher auf dem Angebot von Dienstleistungen. Hierbei stehen im Vordergrund das Versorgungswerk für eine verbesserte betriebliche Altersversorgung und zur Absicherung bei Berufsunfähigkeit, Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung sowie Beratungsangebote.

Da bereits Kontakte zwischen dem NETZ NRW und dem Institut für Beratung und Projektentwicklung (IBPro) in München bestanden, waren die Leute vom IBPro die ersten AnsprechpartnerInnen für die Entwicklung eines NETZzes in Bayern. Nach mehreren Gesprächen wurde die Gründung in Bayern mit wenigen Einzelpersonen sehr rasch vorangetrieben.

Für die Anfangszeit stellt das IBPro die Infrastruktur zu Verfügung. Nach der Gründungsversammlung am 28.04.93 hat eine aktive Mitgliederwerbung durch bayernweite Veranstaltungen zu den Themen Altersversorgung, Kommunikationstechnologien und Interessenvertretung bei der Europäischen Gemeinschaft begonnen. Ein Adressenverteiler von InteressentInnen und potentiellen Mitgliedern wird aufgebaut.

Mitgliederstruktur des NETZes

Am 24.12.92 hatte das NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation als Bundesverband 539 Mitglieder – mittlerweile ist die Zahl 650 überschritten. Dazu kommen noch Mitglieder aus verschiedenen NETZ-Landesverbänden wie dem VSBH in Hessen, die bisher nicht dem Bundesverband beigetreten sind. Werden die Mitglieder der verschiedenen Verbände, die dem NETZ beigetreten sind mitgerechnet, kann von über 1.000 weiteren mittelbaren Mitgliedern gesprochen werden.

Für viele der Mitglieder des Bundesverbandes ist das Angebot des Versorgungswerkes ausschlaggebend für die Mitgliedschaft. Die meisten Mitgliedsbetriebe weist das NETZ in NRW mit 220 Mitgliedern auf. In Bayern gab es Ende 1992 erst drei, mittlerweile sind es vierzehn Mitgliedsbetriebe und EinzelunternehmerInnen.

Die NETZ-Mitgliedsanalyse im letzten Jahr ergab: 115 Mitglieder gehören zur Dienstleistungsbranche. Dabei bieten 39 dieser Betriebe technische und wissenschaftliche Beratung an, 19 Betriebe Versicherungsvermittlung und -beratung und ca. 40 Betriebe Rechts, Betriebs- und Steuerberatung. Unter den 70 Betrieben mit personenbezogenen Dienstleistungen finden sich 21 medizinische Einrichtungen wie Pflegedienste, Ärzte u.ä. 42 Betriebe der NETZMitgliedsbetriebe sind im Holz- und Baubereich tätig, 29 davon Schreinereien. Desweiteren finden sich unter den Mitgliedern 24 Naturkostläden sowie 10 Gartenbaubetriebe.

Auch diverse Vereine und Betriebe mit sozialen Arbeitsinhalten sind dem NETZ beigetreten. Hinzu kommen 9 betriebliche Verbundorganisationen, wie z.B. der Verbund der Fairsicherungsläden, der Verbund der Fahrradläden, der Bundesverband Naturkost etc. Desweiteren können 7 Netzwerk- und Selbsthilfe-Vereine, 5 Verbände (wie z.B. der Verbund sozialtherapeutischer Einrichtungen), drei Landesverbände, ein Gewerbehof, ein Ökofonds und eine Bank als Mitglieder besonders hervorgehoben werden.

Betriebsnah durch Regionalisierung

Auch NETZ Bayern ist ein Interessensverband für Betriebe/Projekte/EinzelunternehmerInnen, die ökologisch und sozialverträglich wirtschaften. Es bietet zusammen mit dem BundesNETZ eine Alternative zu den traditionellen Unternehmensverbänden. In und zwischen Betrieben wird Kooperation statt Konkurrenz gefördert. Eine gemeinsame Interessensvertretung beim Akquirieren von EG-Mitteln hilft neue Finanzierungsmöglichkeiten erschließen.

Verbesserte Altersversorgung, Qualifizierung, Beratung und Weiterbildung für die bayerischen Mitgliedsbetriebe/-projekte werden durch die Regionalisierung ortsnah angeboten. Vernetzung, Erfahrungsaustausch und gemeinsames Handeln sind notwendig, um Marktnischen mit sozialen und ökologischen Produkten und Dienstleistungen adäquat erkennen und ausfüllen zu können und um ein neues/altes Selbstverständis zu finden! ●

Dresden-Neustadt Jumi 1993: Transparent in der Louisenstraße Foto: Dieter Poschen

NETZ FÜR SELBSTVERWALTUNG UND SELBSTORGANISATION

Interessenvertretung für Selbstverwaltung aufbauen

Die Vertretung der eigenen Interessen ist seit Jahren Grundbestandteil basisdemokratisch orientierter Politik in Selbsthilfegruppen, selbstverwalteten Betrieben und politischen Initiativen. Bisher sind alle Versuche eine bundesweite Interessensorganisation für Selbstverwaltung aufzubauen an diesem tiefverankertem Selbstverständnis faktisch gescheitert.

Hans-Gerd Nottenbohm, Redaktion Genossenschaften ● Die gutgemeinte politische Zielvorstellung, daß jeder Mensch/jede Gruppe seine/ihre eigenen Interessen einbringen muß, verhindert durch eine negative Abgrenzung zum Lobbying die Entwicklung kollektiver Strukturen der Interessenvertretung. Die Interessenstellvertretung (und das ist sicherlich mit Lobbying gemeint) ist verpönt. Funktionärsdünkel, Verfälschung der Ideale und politische Käuflichkeit geben dem Lobbying ein negatives Image.

Eine kollektive Interessenvertretung ist allerdings notwendig, um Selbstverwaltungsansprüche auf überbetrieblicher Ebene überhaupt glaubwürdig durchsetzen zu können. Denn Vertretung der eigenen betrieblichen oder projektbezogenen Interessen kann auch zu egoistischem Verhalten, Individualisierung der Probleme und zur Verletzung berechtigter Interessen anderer führen. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, Formen kollektiver Interessenvertretungen auf den verschiedensten, möglichst allen Aggregationsebenen (regional – überregional) zu entwickeln.

Gemeinsame Identitätsfindung

Wessen Interessen sollen vertreten werden? Diese Frage wird zurecht immer wieder gestellt. Die einfachste und legitimste Form der Interessenvertretung durch eine Organisation ist die Vertretung der Mitgliederinteressen. Allerdings bleibt diese Art der Interessenvertretung für Nichtmitglieder schwer nachvollziehbar, solange sie die gemeinsamen Eigenschaften der Mitglieder einer Organisation und der daraus resultierende Grund der gemeinsamen Interessenvertretung nicht erkennen. Insofern muß jede Interssensvertretungsorganisation, Kriterien benennen, nach denen eine potentielle Zugehörigkeit zu dieser Organisation definierbar ist.

Die traditionellen Netzwerkkriterien und Ökobankförderrichtlinien reichen in diesem Sinne nicht aus. Sie haben teilweise einen gewissen Ausschlußcharakter und sind als positive Zielformulierung eher ungeeignet. Deshalb wird im folgenden eine Interpretation der Prinzipien und Ziele der »International Cooperative Alliance« (ICA) vorgeschlagen. Nach diesen könnten sich Betriebe und Initiativen aus dem Selbstverwaltungssektor zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenfinden:

Diskussionsforum für Selbstverwaltung und Vernetzungsmedium seit fast 10 Jahren: CONTRASTE Foto: Dieter Poschen
Gemeinschaftsstand von CONTRASTE und »Europa gegen den Strom« mit Ricarda Buch (Redaktion Frauen), Christian Sauer (Redaktion alternative Energie) und Michael Makowski (CONTRASTE-Coach auf Zeit, Rotterdam) während der BRN in Dresden (v.l.n.r).

1. Die Mitgliedschaft oder Mitinhaberschaft in einer Initiative oder an einem Betrieb muß offen und freiwillig sein für Menschen, die mitarbeiten und bereit sind, sich finanziell und mitverantwortlich zu engagieren.
2. Alle Mitglieder und MitinhaberInnen müssen die gleichen Rechte haben und/oder Leitungsstrukturen müssen demokratisch gewählt sein.
3. Der Ertrag der Arbeit wird nicht nach dem Kapitaleinsatz ausgeschüttet, sondern das Kapital erhält eine begrenzte Verzinsung.
4. Die Ertragsverteilung erfolgt durch eine gleichberechtigte, von allen Mitgliedern getroffene Entscheidung über die Aufteilung in Rücklagen und Auszahlungen an die Mitglieder.
5. Die Betriebe und Initiativen haben neben der ökonomischen Zielsetzung soziale, umweltpolitische und/oder kulturelle Ziele, die aktiv gefördert werden.
6. Betriebe und Initiativen, die nach den obengenannten Prinzipien arbeiten, kooperieren untereinander.

Legitimation durch Primärnetze

Wie läßt sich eine Interessenvertretung legitimieren? Die Zahl der Betriebe und Initiativen dieser Art beträgt bundesweit weit über 10.000, so daß sich eine Interessenvertretung nicht mehr alleine aus einem Geflecht persönlicher Beziehungen und Vertrautheit legitimieren läßt. Auch das Gegenstück, ein eingetragener und demokratisch strukturierter Verein von über 1.000 Mitgliedern stellt im Normalfall keine legitimierende Form mehr dar: Die notwendige repräsentative Interessenvertretung wird dort nicht durch fundierte Basisentscheidungen ausreichend gestützt.

Insofern kann eine entsprechende Interessenvertretung nur auf einer zweite Ebene, einem Geflecht von Subnetzen, die homogener Art sind, fundierte Entscheidungen treffen. Ein Grundmuster dieser Art wurde vor zwei Jahren von Rolf Schwendter als Entwurf für eine Alternativen Versammlung vorgeschlagen.

Einfluß auf Entscheidungszentren

Was soll eine Interessenvertretung überhaupt bewirken? Ganz allgemein besteht selbstverständlich der Anspruch, daß sie der Verwirklichung der oben genannten Prinzipien dient. Dies bedeutet:

- Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik nehmen, um für diese Ziele Diskriminierungen abzubauen und Förderungen zu etablieren;
- Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege für den selbstverwalteten Sektor;
- Förderung oder Kooperationen zwischen den Mitgliedern, um eine gemeinsame Identität zu stiften.

Unter den Gruppen in der Alternativen Versammlung befinden sich eine Reihe von Verbänden und Organisationen, die für sich eine Interessenvertretung auf Bundesebene in Anspruch nehmen. Allerdings sollte eine Organisation mit Gesamtvertretungsanspruch für den Selbstverwaltungsbereich zumindestens 10% der potentiellen Mitglieder erfassen, um eine gewisse Legitimität und Durchsetzungsfähigkeit zu erlangen. Was die direkte Mitgliedschaft von Betrieben und Initiativen in einem Verband oder einer Organisation anbelangt, hat bisher keine der Gruppen diese kritische Schwelle überschritten.

Das NETZ nutzen

Ein Plädoyer für das NETZ als gemeinsame Interessenvertretung begründet sich in der Vernetzung auf der zweiten Ebene: dem Netz zwischen den Branchen- und Regionalverbänden. Dieses Prinzip hat schon 1985 zu einer erfolgreichen und gemeinsamen Interessenvertretung in NRW geführt. Die Aufforderung, aus diesen Erfahrungen in NRW zu lernen, kommt nicht von ungefähr. Viele der Kommunikationsstrukturen in diesem großen Bundesland unterscheiden sich nicht von denen auf Bundesebene.

Die Arbeit einer Interessenvertretung unterscheidet sich zwar von den Dienstleistungsfunktionen eines Verbandes. Da viele potentielle Mitglieder bisher jedoch nicht die Fähigkeit haben, eine kontinuierliche und professionelle Interessenvertretung aus eigenen Mitteln zu bezahlen, dürfte die Kombination zwischen Dienstleistung und Interessenvertretung eine sinnvolle Kombination darstellen.

Die nächsten Schritte für den Aufbau einer bundesweiten Interessenvertretung könnten/müßten sein:

- Identitätsstiftung nach innen;
- Integration von Intermediären in die Interessenvertretung;
- bundesweite Pressearbeit;
- Kongreß in Berlin (vorgeplant von der Stattwerke eG);
- Ansprache der Ressortsprecher für Wirtschaft und Soziales der Parteien;
- Informationsgespräche im Arbeits- und Wirtschaftsministerium;
- Formulierung von Gesetzesvorlagen;
- Unterstützung in Wissenschaft und Forschung;
- Unterstützen der Forderungen der Branchenverbände (Imagetransfer);
- Einstieg in die Nutzung der Förderprogramme des Bundes. ●

9. BÜRGERINITIATIVEN-VERKEHRSKONGRESS IN HALLE

Neue Impulse gegen Straßenbau und Bahnprivatisierung

Ende Mai 1993 fand in Halle/Saale dieser Kongreß statt. Das dreitägige Arbeits- und Aktionstreffen, veranstaltet vom Verband Umwelt und Verkehr Halle und dem Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) Berlin, ist alle zwei Jahre der Höhepunkt der Zusammenarbeit der bundesdeutschen Verkehrsinitiativen.

Foto: Dieter Poschen

Karl-Heinz Ludwig, Redaktion Heidelberg ● In vielen der 25 Arbeitsgruppen wurde über die Utopie einer »Mobilität ohne Auto« diskutiert und Alternativen zur vorherrschenden Autogesellschaft entwickelt. Vorrangig ging es aber darum, sich mit den Realitäten, so z.B. mit dem kürzlich verabschiedeten Bundesverkehrswegeplan und der drohenden Bahn-Privatisierung auseinanderzusetzen.

Von den 400 TeilnehmerInnen wurde die Mogelpackung »Bahnreform« grundsätzlich abgelehnt und ihr die Alternative einer Flächenbahn, die den Mobilitätsbedürfnissen aller BürgerInnen gerecht wird, entgegengestellt. Kritisiert wurde an den Bonner Bahn-Plänen der schrittweise Rückzug des Staates aus der Verantwortung für den Schienenverkehr (als Verpflichtung zur Daseinsvorsorge) und die Zerschlagung der sinnvollen Einheit Eisenbahn in drei unabhängige Aktiengesellschaften. Angesichts der verkehrspolitischen Rahmenbedingungen, die nach wie vor der Straße Vorrang geben, wird diese »Bahnreform« in einen radikalen Abbau des Schienenverkehrs, besonders in der Fläche, münden, während sich private Betreiber gewinnbringende Strecken als Rosinen herauspicken werden.

Die Finanzierung der von den Bürgerinitiativen vorgestellten Flächenbahn muß durch Umverteilung der Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) erfolgen. Dieser BVWP sieht den Bau und Ausbau von ca. 11.600 Kilometern Fernstraßen für fast 200 Millliarden vor. 2/3 der Gelder sollen in den alten und 1/3 in den neuen Bundesländern in Asphalt und Beton gegossen werden. Die Bürgerinitiativen im Verkehrsbereich werden alles in ihrer Macht stehende tun, um diese Straßenbauorgie zu verhindern. Ausführlicher wurde in einzelnen Arbeitsgruppen der Trend zu immer mehr Straßentunneln sowie der Versuch verschiedener Städte, Straßenringe herzustellen, diskutiert. Handelt es sich bei den Ringplanungen um Konzepte aus den 60er Jahren, wo die autogerechte Planung noch offen ausgesprochen wurde, so sind auch Tunnelbauten nur eine weitere Maßnahme, um noch mehr Kapazitäten für den Autoverkehr bereitzustellen.

Nachdem die Verkehrsinitiativen aus den Städten schon seit einigen Jahren fußgängerfreundliche Ampeln und eine Renaissance der Zebrastreifen gefordert haben und auch in der punktuellen Durchsetzung durchaus Erfolge erzielen konnte, wurden in Halle erstmals Kriterien für eine künftige Gehwegnetzplanung erarbeitet. Ansätze für praktische Durchsetzungen in den Kommunen sind erkennbar, so werden z.B. in einigen wenigen Städten (Aachen u.a.) Grundbedingungen von Gehwegnetzplanungen geprüft. Wichtig ist den Verkehrsinitiativen dabei, daß den FußgängerInnen wirklich Vorrang gegenüber dem motorisierten Verkehr eingeräumt wird, aber auch gegenüber dem Radverkehr, wo es auf Sicherheit und Komfort des Fußgängerverkehrs ankommt. Gehwegnetze müssen für alle Mobilitätsbehinderten (ca. 20-30% der FußgängerInnen) ausreichend und komfortabel sein. Die Bürgerinitiativen werden sich weiterhin dafür einsetzen, daß die geplante Verordnung zur Einführung des Grünen Pfeils zurückgenommen wird. Durch den Grünpfeil würden zusätzliche Gefahren für alle FußgängerInnen und RadfahrerInnen sowie besonders für Sehbehinderte entstehen, die auf gar keinen Fall akzeptiert werden. Wichtig ist es jetzt dagegen, die möglichen Verbesserungen der Verkehrssicherheit der Nichtmotorisierten an Ampeln nach den neuen »Richtlinien für Lichtsignalanlagen« (RiLSA '92) in die Praxis umzusetzen. Für den Fahrradverkehr wurde als vorrangiges Ziel Fahrradstreifen in allen Hauptverkehrsstraßen gefordert.

Empört zeigten sich die BI-VertreterInnen in Halle über den fortschreitenden Raubbau an der Demokratie. In den siebziger und Anfang der achtziger Jahre wurden die Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen bei der Verkehrsplanung auf Druck der Bürgerinitiativen erweitert, wie es auch möglich war, am und auf dem Streitobjekt zu demonstrieren. Obwohl es den meisten BundesbürgerInnen in dieser Zeit wirtschaftlich immer besser ging, wird seit Anfang der neunziger Jahre Demokratie in vielen Bereichen abgebaut, um angeblich die Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen. Nun wird unter den verharmlosenden Begriffen »Beschleunigung« und »Planungsvereinfachung« die Öffentlichkeit ausgesperrt. Eine Öffentlichkeit, die Fehlplanungen korrigieren konnte. Auch Demonstrationen auf umstrittenen Straßenprojekten, die z.B. ausgebaut werden sollen, werden verboten, da sie den Verkehr behindern, also »verwerflich« sind. Ein Sprecher der Verkehrs-Bürgerinitiativen erklärte in Halle dazu: »Nun geht es mit Demokratie und Wirtschaft gemeinsam bergab, der PolitikerInnenmoral hinterher. Nach dem Lippenbekenntnis der siebziger Jahre 'Mehr Demokratie wagen' spukt zur Zeit nur noch 'Mehr Dienstwagen' durch PolitikerInnenköpfe, wie aktuelle Affären zeigen.« Der Wechsel an der Spitze des Bundesverkehrsministeriums von Krause zu Wissmann wird nach Einschätzung der Initiativen an der Betonpolitik der Bundesregierung nichts ändern. Viele der westlichen PolitikerInnen werden sich gefreut haben, daß der 'Ossi' Krause die Drecksarbeit für sie übernommen hatte.

Aber auch Herrn Wissmann werden die Bürgerinitiativen überdauern – der nächste BI-Verkehrskongreß wird 1995 in Hamburg stattfinden. ●

Ausführlicheres zu den Ergebnissen des 9. Kongresses findet sich in den Nachbereitungsheften, dem »Informationsdienst Verkehr (IDV)«. Erhältlich sind diese durch Überweisung von 30 DM auf das Jochen Richard Sonderkonto Nr. 0158718503 bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder per Einzelbestellung beim Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR), Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding, Tel. (030) 492 74 73

AUFRUF

UmVerKehren

Trotz ungewissser, wirtschaftlicher Zukunft von CONTRASTE (vgl. Seite 2) planen wir bereits für das nächste Jahr. Angesichts der ungebremsten Straßeneuphorie und der Mogelpackung Bahnreform sind Alternativen geplant. Der eine Vorschlag, die Kommunen sollten für ihre öffentliche Verkehrsversorgung aufkommen, ist etwas makaber angesichts der tristen Finanzlage speziell im Osten. Doch: was gibt's an anderen Verkehrskonzepten zwischen der unbeweglichen Staatsbahn und den Wildwuchs des motorisierten Individualverkehrs?

Da sowohl Ökonomie wie Ökologie ganzer Regionen entscheidend von der Verkehrsentwicklung abhängig sind, will CONTRASTE neue Konzepte und Vorschläge vorstellen. Wie kann eine regionale verkehrsentwicklung aussehen? Wer kennt unkonventionelle Beispiele? Könnten statt der Kommune nicht NutzerInnen-Gemeinschaften als Träger von regionalen Bahnen, Bussen oder Schiffahrtslinien auftreten? Steht gar eine Mobiltätsdiskusssion unter neuen Vorzeichen an? Wer was weiß oder einen Beitrag ankündigen will, schreibt an:

CONTRASTE · UmVerKehren · Peter Streiff
Postfach 10 45 20 · 69035 Heidelberg

REZENSION

Der jüdische Frisör

In den heutigen Zeiten des offenen Hasses auf andersartige Menschen sind es oft nicht die großen Gesten die zählen, sondern der Umgang mit dem Alltäglichen, ja der alltägliche Umgang mit dem, was passiert. Jeder Widerspruch im Alltag gegen den »ganz normalen Rassismus« zählt mehr als große Gesten. Denn er personifiziert die Gegenwehr. Er macht deutlich, daß sich hier ein Mensch wie du und ich öffentlich eingesetzt hat gegen rassistisches oder ausländerfeindliches Geschwätz. Manchen macht das Mut, das nächste mal auch das Maul aufzumachen. Nichts gegen Lichterkette oder Demo, aber das ist eben nicht Alltag. Was ist alltäglicher wie ein Frisör an der Ekke? Wenn mensch die Ecke kennt und dazu noch den Frisör. Aber auch die Ecke allein kann eine Geschichte erzählen, die sie beim täglichen Vorbeilaufen plötzlich anders macht, hervorhebt, ihr eine größere Bedeutung gibt.

Der jüdische Frisör heißt ein Büchlein aus dem Silberburg-Verlag, das sich genau dieses Prinzip zu eigen macht. Erfragte und gesammelte Geschichte durch die Lokalzeitung 'Stuttgarter Osten', die Einzelschicksale hervorhebt, anhand der Häuser, der Türen oder manchen ZeitzeugInnen. Aber es wollen sich nicht mehr viele erinnern. Kaufhäuser, Arztpraxen, Altersheime und ganz normale Wohnungen, Häuser, überall verteilt, erzählen die Geschichte des ganz normalen Wahnsinns.

Nicht daß wir heute wieder soweit wären – aber wir müssen uns erinnern. Gemessen an dem Gelübde : »Nie wieder Faschismus..« haben manche Ereignisse zu große Ähnlichkeit mit der Vergangenheit. Der jüdische Frisör schafft Erinnerung, indem Verbindungen geknüpft werden. Verbindungen zu Ereignissen, die einmal alltäglich waren in Deutschland – es aber nie mehr werden sollten. ●

Der jüdische Frisör – auf Spurensuche in Stuttgart Ost herausgegeben von der Stuttgarter Osten Lokalzeitung im Silberburg Verlag Tübingen und Stuttgart, 128 Seiten, SW illustriert.

küma

REGIONALENTWICKLUNG: NEUERSCHEINUNGEN

Aktuelle Veröffentlichungen der Informationsstelle Ländlicher Raum und Umwelt (ILU):

Aktivierende BürgerInnenbeteiligung und ökologische Dorfentwicklung

Das Modellvorhaben der Bezirksregierung Hannover und der Gemeinde Schwaförden lief von April 1991 bis September 1992. Jetzt liegt die Auswertung der Erfahrungen vor:

Aktivierende Bürgerbeteiligung

Erst mit der Eigeninitiative der BewohnerInnen ist eine zukunftsweisende und wirkungsvolle Dorfentwicklung möglich. Wie aber können die BürgerInnen zur Mitarbeit ermuntert werden?

Die Auswertung des Modellvorhabens Schwaförden zeigt zahlreiche informierende und aktivierende Beteiligungsformen in der Praxis: BügerInnenversammlungen, Arbeitskreis, Arbeitsgruppen, Beratung, Vorträge, Ausstellungen, Pressearbeit ...

Besonders bedeutsam sind die Ergebnisse aus der »Zielgruppenarbeit« mit Frauen, alten Menschen, Jugendlichen und Kindern: Z.B. Eltern-Kind-Interessengemeinschaft, »Donnerstags-Kleinbus« und »Kinder planen Spielplätze«.

Ein ökologisches Dorf ist ein lebendiges Dorf?

»Integrierte« bzw. »ganzheitliche« Entwicklung ist die aktuelle Herausforderung für die Planung in ländlichen Räumen. Dies verlangt ein erweitertes Verständnis von Dorfökologie.

Das Modellvorhaben zielte, neben der klsssischen Dorfökologie, darauf, a) umweltverträgliche Nutzungen und Produktionsweisen und b) die Funktionsvielfalt im Dorf zu fördern.

In Schwaförden waren die Themen u.a. ein Waschplatz für landwirtschaftliche Geräte, Sonderabfalltonnen für Gewerbebetriebe, Maßnahmen zur Energieversorgung, eine Abfallaktion mit der Grundschule. Sozialstation, Jugendraum, und die »Gelben Seiten Schwaförden«.

Schriftenreihe der Niedersächsischen Akademie Ländlicher Raum, Heft 8: Heinar Henckel, Jörg Knieling, Heidi Sinning, 1992, Hannover, 164 Seiten, 10 DM

Bestellanschrift:
Nds. Akademie Ländlicher Raum
z. Hd. Wolf Roßberg
Scherenbosteler Str. 41
D-30900 Wedemark

Umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Räumen – am Beispiel der Gemeinde Schwaförden

»Ökologisch« und »sozial« sind gängige Schlagworte der politischen Diskussion. Das Modellvorhaben Schwaförden »Ökologische Dorfentwicklung und Flurneuordnung« der Bezirksregierung Hannover und der Gemeinde Schwaförden versucht, dies in der Praxis umzusetzen.

In diesem Rahmen entstand die vorliegende Arbeit. Sie gibt einen Überblick der Möglichkeiten, die in einer ländlichen Gemeinde bestehen, um eine umwelt-und sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung zu fördern. Im Mittelpunkt steht die Zielsetzung einer »lokalen Ökonomie«: Arbeit vor Ort für die örtliche Bevölkerung mit den örtlichen Ressourcen.

Gewerbeförderung, z.B. Bestandspflege kleiner und mittlerer Unternehmen oder Kaufkraftbindung vor Ort durch ein Warenzeichen »Produkte aus Schwaförden«.

Beschäftigungsförderung, z.B. Arbeitsumverteilung durch Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen und befristeten Freistellungen in öffentlichen Einrichtungen.

Aktive Arbeitsmarktförderung, z.B. durch örtliche Arbeitsmarktgespräche oder aktivierende Förderung von Beschäftigungsinitiativen, z.B. Recyclingstation, ÖPNV in Selbsthilfe.

Weiterbildungsförderung, z.B. durch höhere Transparenz des Weiterbildungs-Angebots oder Berufs-Orientierungsphasen für erwerbslose Frauen, v.a. zum Wiedereinstieg nach der Familienphase.

Arbeitskreise zur Landentwicklung in Hessen, Band W 9: Umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung in ländlichen Räumen – am Beispiel von Schwafördern. Jörg Knieling, 126 Seiten, 5 DM, Wiesbaden 1992.

Bestelladresse:
Geschäftsstelle der Arbeitskreise
zur Landentwicklung in Hessen
Postfach 3925
D-65029 Wiesbaden

DRESDEN: FREIES RADIO AUF SENDUNG

»coloRadio« sieht gelassen in die Zukunft

Kaum zu glauben aber seit dem 8. Juli 1993 Realität: In Dresden sendet das alternative colorRadio vier Stunden in der Woche, legal.

Redaktion Dresden, Sebastian Schmidt ● Jeden Donnerstag von 20 bis 24 Uhr macht das kommerzielle »Radio Energy« auf seiner Dresdner Frequenz eine Pause zugunsten des Bürgerradios. Ein Kooperationsvertrag zwischen dem Privatsender und der Radio-Initiative Dresden sichert »coloRadio« redaktionelle Unabhängigkeit. Zustande kam dieser erstaunliche Deal durch ein Zusammentreffen mehrerer günstiger Umstände. Entscheidend war dabei sicher das Angebot der »Elbwelle GmbH« an die Radio-Initiative, zusammen die Gründung eines etwas anderen Privatsenders zu wagen, der sich von den üblichen Beschallungseinrichtungen unterscheidet.

Bei den EnthusiastInnen des Freien Radios überwog aber die Skepsis und es wurde erst einmal das besagte wöchentliche »Fenster« festgeklopft. Das war klug, denn nach der Lizenzerteilung wurde die lokale »Elbwelle« von der landesweiten »Energy«-Kette geschluckt, dem sächsischen Ableger des französischen Giganten »NRJ«. Das sich damit alle Träume vom besseren Privatfunk erledigt haben, versteht sich von selbt. »Energy« hat coloRadio nun quasi als »Altlast« am Hals, kann aber anscheinend erst mal damit leben.

Bei einer Sendezeit von nur vier Stunden wäre das Konzept eines durchgehenden Magazins nach bekannten Vorbildern naheliegend, aber bei coloRadio gibt es mehrere, teilweise sehr spezielle Programmteile. Zu Beginn jedesmal ein etwa einstündiges Magazin mit relativ kurzen Beiträgen und Musik, danach 90 Minuten für längere Sendungen, in denen Wort klar dominiert. Die letzten anderthalb Stunden gehören jeweils einer speziellen Musiksendung. Im Augenblick wird coloRadio von etwa 25 Leuten gemacht, aber so ganz genau läßt sich das nicht sagen, wer alles zur Redaktion gehört. Die Idee des Freien Radios, fließende Grenzen zwischen HörerInnen und MacherInnen, nimmt schon ganz zaghaft Gestalt an.

In Dresden herrscht jetz natürlich erst mal Sonnenschein. Trotzdem ist allen klar, daß die Kooperetion mit Radio »Energy« keine Lösung für die Ewigkeit ist. Wenn sich die Sendezeit überhaupt erweitern läßt, dann natürlich nur sehr begrenzt. Und in der wirtschaftlichen Rezension ist das Überleben von vier sächsischen Privatradio-Ketten mehr als fraglich. coloRadio könnte beim Kampf um die Wurst irgendwann als Ballast über Bord gehen. Ganz abgesehen von möglichem Ärger aus politischen Gründen. Aber bei der Radio-Initiative sieht man gelassen in die Zukunft. »Selbst wenn wir nächste Woche abgeschaltet würden, hätte sich die Sache schon gelohnt, und es wäre nichts mehr so wie früher.« ●

DISKUSSION IN HOLLAND

Wachstum in den Griff bekommen

Ist ein wirtschaftliches und gesellschaftliches System möglich, das ohne den Zwang zum Wachstum funktionieren kann? Und wenn ein Eingriff in das Wachstum notwendig ist, um die Umwelt zu retten, wie kriegen wir dann das Wachstum in den Griff?

Bunte Republik Dresden '93: Andreas Küstermann (CONTRASTE-Redaktion Handwerk) bei der Betrachtung eines über Nacht versenktem Wirtschaftswachstums-Produktes... Foto: Dieter Poschen

Ernst-Eberhard Manski, Redaktion Heidelberg ● Mit diesen Fragestellungen beschäftigt sich das Buch »Greep op groei« der Aktie Strohalm, einer Gruppe aus Utrecht, die sich seit 1970 für eine saubere Umwelt durch gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel einsetzt. »Greep op groei« ist eine Reaktion auf das 1990 erschienene Buch »Het gelijk van het genoeg«, in dem H. Van Arkel von derselben Gruppe Alternativen zum heutigen Geldsystem untersuchte und eine gerechte Verteilung des Ausreichenden forderte (siehe auch CONTRASTE Nr. 85, Oktober '91, S. 17). Der damals gewählte Ansatz des zinslosen Geldes führte zu Zweifel und Kritik. Ein Pluspunkt von »Greep op Groei« ist, daß sich die Aktie Strohalm nicht gescheut hat, auch Beiträge von entschiedenen Gegnern an den eigenen Positionen zu veröffentlichen.

Die erste Gruppe der Beiträge widmet sich dem Verhältnis von Wachstum und Umwelt und stellt fest, daß ungezügeltes Wachstum aus der Perspektive der Umwelt unmöglich ist. R. Maas ist für qualitatives Wachstum bei gleichzeitigem kulturellem Wertwandel, das er für möglich hält, wenn neue Technologien verfügbar, eingeführt und gesellschaftlich akzeptiert werden. T. Potma wird angesichts einer globalen Perspektive deutlicher: In einer gerechteren Welt muß der Unterschied beim Umweltverbrauch zwischen reich und arm beseitigt werden. Selbst bei Verdoppelung der Umwelteffizienz ist Nachhaltigkeit nur möglich, wenn das Produktionsvolumen in den reichen Ländern stabil bleibt. »Die Erfolgsformel der westlichen Kultur, das Umsetzen von Umweltreichtum in Produktionsvolumen mit Hilfe von fortgeschrittener Technologie, kann nicht länger gehandhabt werden: Alle verfügbaren Mittel und Technologien müßten eingesetzt werden, um eine bessere Umwelt-Effizienz von Produktion und Verbrauch zu erreichen.« P. Ekins stellt fest, daß Nachhaltigkeit und Wachstum nicht miteinander vereinbar sind, allerdings müsse ein niedriges oder Null-Wachstum seiner Meinung nach einige Bedingungen erfüllen, um akzeptiert werden zu können. »Eine Situation mit niedrigem oder Null-Wachstum ist jedenfalls dem gesellschaftlichen Chaos vorzuziehen, das entstehen würde, wenn die Gesellschaft ungehindert ihre ökologischen Grenzen erreicht.«

MECHANISMEN DES MARKTES NUTZEN?

Eine zweite Gruppe von Beiträgen lehnt den Begriff Wachstumszwang und das Konzept der Aktie Strohalm völlig ab. Es bestehe kein sichtbarer Zusammenhang zwischen Wachstum und Umweltrelevanz. Zwar müßte das Produktions- und Konsumverhalten verändert werden, um den Forderungen der Umwelt zu genügen, von Wachstumszwang könne aber keine Rede sein. Denn nicht die Wirtschaft steuert oder zwingt, sondern es seien die Menschen, die ein besseres Einkommen fordern und mit ihren Vorlieben und Interessen die Richtung der Wirtschaft bestimmen. J. van der Straaten schreibt, daß Kapital und Arbeit in den vergangenen 100 Jahren jederzeit in der Lage waren, ihre Konflikte zu lösen. Eine entsprechende Lobby habe der dritte Produktionsfaktor, die Natur bzw. die Umwelt allerdings nicht. Ein Ausgleich ist demnach abhängig vom Druck, den die Gesellschaft als Umweltschützerin ausübt. Die Begrenzung der Umweltschädlichkeit sollte in den Rahmenbedingungen der Wirtschaft festgeschrieben werden. Das gegenwärtige Wirtschaftssystem sei sehr effektiv beim Umgang mit raren Mitteln. Wirtschaftliche Aktivitäten, die der Umwelt schaden, müßten vermindert werden, während Tätigkeiten, die der Umwelt nicht schaden, gefördert werden könnten. So will A. Nentjes die Mechanismen des Marktes zur Regelung von umweltsteuernden Instrumenten nutzen und befürwortet die Einführung von Umweltzertifikaten als marktwirtschaftliches Element. T. Mol und B. Scholtens kritisieren den wachstumskritischen Ansatz der Aktie Strohalm aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Außerdem werfen sie der Aktie Strohalm einen Mangel an Geschichtsbewußtsein und Realitätssinn vor. Sie halten die heutige Wirtschaft im Vergleich mit anderen bekannten Systemen für effektiv und plädieren für Nachhaltigkeit im Rahmen des bestehenden Systems. Statt Abbau der vorhandenen Strukturen schlagen sie einen Umbau vor, wobei mit den bestehenden Instrumenten Veränderungen erreicht werden, sodaß der nachhaltig sparsame Umgang mit endlichen Rohstoffen ermöglicht werde. J. Pen befürchtet, daß bei selektivem Mangel eine demokratische Umweltpolitik nicht mehr möglich ist, denn jede Industrie – wie umweltbelastend sie auch sei – würde einer Wirtschaftskrise vorgezogen. Das Dilemma ist, daß bei wirtschaftlichem Mangel zuerst die Schwächeren darunter leiden. Wenn Natur, Wohlstand und Kultur in Harmonie bleiben sollen, sei haltbares Wachstum nötig, das angesichts der Unrealisierbarkeit anderer Vorschläge durch eine Kombination von Umschichtung, technischem Fortschritt und freiwilliger Sparsamkeit erreicht werden müßte.

DEZENTRALE SELBSTVERSORGENDE WIRTSCHAFT

Die nächste Gruppe bilden die Beiträge von Opschoor, Goudzwaard und Hoogendijk, die das Vorhandensein eines Wachstumszwanges bejahen und Eingriffe in die Wachstumsmechanismen verlangen. Instrumente wie Ökosteuern oder Umweltzertifikate müßten von weiteren Maßnahmen begleitet werden, wenn keine zusätzliche Wachstumsdynamik erzeugt werden soll. B. Goudzwaard kritisiert das mimetische Begehren im Verbraucherverhalten, nämlich das ständige Vergleichen mit dem Besitzstand anderer. Vor allem bei Kindern zeige sich der nahezu unausweichliche Einfluß der Konsumgesellschaft. Er fordert ein anderes Wachstumskonzept. Nötig wäre vielmehr ein nicht-materielles Wachstum wie etwa bei Dienstleistungen, Versorgung oder Kreativität. Produkte dürften nicht mehr nur nach ihrem Wert, sondern vor allem nach ihrem Ursprung aus der Natur, ihrer Wirkung auf die Umwelt und der Art der Herstellung beurteilt werden. Nützlich ist sein Hinweis auf den Unterschied zwischen flußorientiertem Denken (möglichst viel Umsatz und Einkommen in so kurzer Zeit, wie möglich) und vorratsorientiertem Denken (Pflege von Kapital, Natur, Kultur und Menschen bei minimaler Verwendung von Energie und Rohstoffen). H. Opschoor kritisiert den Vorschlag der Aktie Strohalm zur Abschaffung der Zinsen, da u.a. die Interessen aller Pensionsberechtigten nicht genügend beherzigt würden und Gesells Lösung die Erhöhung der Investitionen und also Wachstum zur Folge habe. Er denkt an das Abschwächen von Ungleichheit, Unsicherheit und Konkurrenz durch mehr Einflußnahme des Staates auf die dezentralen Entscheidungen von Unternehmen und VerbraucherInnen. Da das in unserer Marktwirtschaft nicht leicht ist, rät er zu einer Umbeugung der wirtschaftlichen Entwicklungen in eine ökologische Richtung durch bessere Steuerungsmaßnahmen und ökologischere Rahmenbedingungen. In seiner Analyse zur Wachstumskritik geht er vom Begriff des Umweltnutzenraums aus, der von der Biosphäre in Form von Energie, Material und Puffern gegen Umweltverschmutzung zur Verfügung gestellt wird und der von menschlichen, wirtschaftlichen Aktivitäten unter Druck gesetzt wird. Dieser Raum sei begrenzt, auch wenn die Belastungsgrenzen ausgedehnt werden können. In Marktwirtschaften bestehen einzelne Tendenzen, die der Nachhaltigkeit und dem Respekt gegenüber anderen Arten und Generationen entgegenstehen:

1. Abwälzungtendenzen
2. Wachstumstendenzen
3. Nachrangigkeit der Umwelt in der gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsfindung
4. Abstand zwischen den Entscheidenden und den Folgen ihrer Entscheidungen auf die Umwelt

Bei einer nachhaltigen Wirtschaft müsse sich der Umfang des Materialaustausches zwischen Wirtschaft und Umwelt ständig im Rahmen des Umweltnutzenraumes befinden. Das erfordere eine andere Art von Wachstum, das durch folgende Maßnahmen initiiert werden könne:

1. Rahmenpolitik zur Überwachung der Grenzen des Umweltnutzenraumes:
   - Normen, Grenzwerte;
   - Quoten;
   - Instrumente zur Beherrschung von nicht nachhaltigem VerbraucherInnenverhalten, Abfallwirtschaft und Überproduktionen;
2. marktkonforme Steuerung durch Steuern und Abgaben:
   - Abschaffen von nicht gerechtfertigten Subventionen;
   - Umweltabgaben, Ökosteuern;
3. gerechtere Mechanismen bei der Verteilung der globalen Umweltkosten und dem Zugang zu den Rohstoffquellen;
4. ökologisierte Welthandelspolitik (grünes GATT);
5. Starke Umweltinstanz innerhalb der Vereinten Nationen;
6. Eigentumsrechte am Umweltnutzenraum für andere Arten und Generationen.

W. Hoogendijk plädiert für einen Schrumpfungsprozeß in eine dezentrale selbstversorgende Wirtschaft. Von einer Änderung des Zinssystems erwartet er keinen Vorteil, eher ein höheres Produktionswachstum.

WACHSTUMSZWANG UND ZINSSYSTEM

H. Van Arkel und G. Peterse antworten auf die Kritik. Sie stellen bei den Gegnern des Konzeptes des Wachstumszwang allerdings Befürwortung von selektivem Wachstum, nämlich bei umweltschonender Produktion, fest. Sie fragen jedoch, warum dieses anscheinend so attraktive Konzept des umweltschonenden Wachstums sich so mühsam verwirklichen lasse und vermuten die Antwort darin, daß selektives Wachstum zu einem Schrumpfungsprozeß führen könne, der in einer auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaft sofort ernsthafte Krisenerscheinungen verursache. Der Wachstumszwang hat ihrer Meinung nach seine Ursachen im Zinssystem. Die Autoren erwarten einen ökologischen Vorteil aus niedrigen Zinsen: Wachstumszwang falle weg, da die Wirtschaft in ruhigeren Bahnen operiert und für Investitionen, darunter auch und vor allem diejenigen in eine nachhaltige Wirtschaftsform, nicht mehr hohe Gewinne zur Kredittilgung aufbringen müßten. Bei einem Zinsfuß von 0% könnte das materielle Optimum, nämlich so wenig wie möglich Rohstoff- und Energieverbrauch, mit dem finanziellen Optimum zusammenfallen. P. Roelofs fügt hinzu, daß Kapitalvernichtung wie Investitionen in die Rüstungsindustrie oder in Einweg- und Wegwerfwaren bei fehlendem Zins finanziell unnötig werden.

In den letzten Beiträgen werden kulturelle und strukturelle Barrieren angesprochen. H. Tieleman sieht die Ursachen für den Wachstumszwang außerhalb des Wirtschaftssystems, nämlich bei den kulturellen Voraussetzungen der Gesellschaft. H. Godschalk stellt fest, daß für die Wirtschaftswissenschaften die Frage nach den ständig unbefriedigten menschlichen Bedürfnissen ein Randgebiet sei. H.-D. Van Hoogstraten befürchtet, daß ein Wandel zu einem umweltfreundlichen Wirtschaftssystem nur unter Veränderung von Machtverhältnissen bewältigt werden könne, was große Schmerzen hervorrufen würde.

Eigentlich ist es erstaunlich, daß 20 Jahre nach dem Bericht des Club of Rome die Wachstumskritik als Thema der neunziger Jahre bezeichnet werden muß und daß der gesellschaftliche Konsens noch nicht viel weiter geraten ist, als die Einführung von Ökosteuern und Energieabgaben und die Internalisierung der externen Umweltkosten zu erwägen. Insofern wäre es wünschenswert, wenn »Greep op groei«, das sich nicht regional auf die Verhältnisse in den Niederlanden beschränkt, durch Übersetzung einer größeren LeserInnenschaft zugänglich gemacht werden könnte. Die total unnötige Fotoserie zum exponentiellen Wachstum, die ein Schachbrett zeigt mit jeweils verdoppelter Anzahl von Reiskörnern, könnte ja weggelassen werden. Die Beiträge, meist mit Literaturangaben, sind von unterschiedlicher Qualität, die von der Zufälligkeit zweier Interviews und Auszügen einer noch nicht erschienenen Veröffentlichung reicht bis hin zu den systematischen Analysen etwa von Opschoor und Hoogendijk. Sie werden vom Herausgeber einzeln vorgestellt und in einer umfassenden Einleitung anhand eines Fragekataloges überprüft.

Endgültige Ergebnisse zur Wachstumsdiskussion sollten von dem Buch nicht erwartet werden. Aber das gibt Herausgeber F. Biesboer in seinem Fazit selbst zu: »Die große Frage ist, wie ein Wandel gesellschaftlich und wirtschaftlich realisiert werden kann. In allen Beiträgen sind Elemente einer Antwort vorhanden, aber die wirkliche Ausarbeitung muß noch begonnen werden. Dieses Buch wird seiner Funktion gerecht, wenn es der Diskussion darüber Impulse geben kann.« ●

Frank Biesboer (Hrsg.): Greep op groei: het thema van de jaren negentig. Utrecht: Aktie Strohalm/ Uigeverij Van Arkel, 1993. 336 Seiten.

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

GLS-BANK

Bochumer Gemeinschaftsbank legt Jahresbericht vor.

182 Mio. DM für Bürger-Engagement

Ob Biobauern, Altenpflegeeinrichtungen oder Car-Sharing-Initiativen – bei über 800 Projekten von Kiel bis München war die Bochumer Gemeinschaftsbank Ende 1992 an der Finanzierung beteiligt. Zntrales Anliegen der ältesten bundesdeutschen Alternativbank ist, neue Formen gegenseitiger Hilfe und kooperativen Wirtschaftens zu entwickeln.

Daß sich immer mehr AnlegerInnen Gedanken über die Verwendung ihrer Sparguthaben machen, schlägt sich auch in der Bilanz der Bochumer bank nieder. 182 Mio. DM betrug per 31.12.1992 die Bilanzsumme der GLS Gemeinschaftsbank eG einschließlich der in Personalunion geführten Gemeinnützigen Kredit-Garantiegenossenschaft eG (GKG) und der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V.. Aufgebracht wurde der Betrag von knapp 14.000 Mitgliedern und KundInnen. Einen Großteil ihres Kreditvolumens an gemeinnützigen Vorhaben konnte die nicht gewinnorientierte GLS Gemeinschaftsbank eG wiederum zu einer geringen kostendeckenden Kreditumlage von 4,1% (Vorjahr: 3,8%) vergeben.

Information:
GLS-Gemeinschaftsbank
Oskar-Hoffmann-Str. 25
D-44789 Bochum
☎ (02 34) 3 07 93-0/-37
Fax 3 07 93-33

SIEDLUNGSGENOSSENSCHAFT

100 Jahre EDEN – 100 Jahre Lebensreform und Genossenschaftsidee

»Mein letztes Ziel ist es, die Siedlungsgenossenschaft aufzubauen, d.h. eine aus Landwirtschaften und städtischen Elementen gemischte Ansiedlung, deren ganzer Grund und Boden dauernd in unveräußerlichen Obereigentum ihrer Bürger steht, in der also niemand die Möglichkeit hat, die aus Zusmmensiedlung zahlreicher Menschen und begrenzten Räumen entstehenden volkswirtschaftlich-gesellschaftlichen Vorteile für sich, als Grundrente und Profit, privatwirtschaftlich auszunützen. Daß hier menschlich hohes Ideal besteht, ist völlig unbestritten und daß es erreichbar ist, bewiesen u.a. die englische Gartenstadt Letchworth und die deutsche Obstbausiedlung Eden-Oranienburg.« (Franz Oppenheimer, Genossenschaftliche Ansiedlung. Rede auf dem 2. Reichs-Siedlertag zu Leipzig 15.8.1920)

Die vegetarische Obstbausiedlung Eden eGmbH, auf die Oppenheimer in seiner Rede hinwies, wurde am 28. Mai 1893 gegründet und kurz darauf in das Genossenschaftsregister der Stadt Oranienburg nördlich von Berlin eingetragen.

Judith Baumgartner, Redaktion Genossenschaften ● In der Genossenschaft Eden fanden sich zahlreiche Ansätze und Bestrebungen der Lebensreformbewegung vereint. Hinter der Lebensreform stand der Wunsch nach einer umfassenden Veränderung der Verhältnisse und damit nach einer Rückkehr zu einem einfachen, naturverbundenen Leben. Siedlungen waren eine gute Möglichkeit, diese Lebensform unter Gleichgesinnten zu praktizieren. Eden stand am Anfang einer Vielzahl von anderen Siedlungen und Gartenstädten wie Monte Veritá im Tessin, Dresden-Hellerau und anderer derartiger Projekte und war somit Vorbild und Wegbereiter.

Zentrales Element der lebensreformerischen Siedlungen war die Verwirklichung des Genossenschaftsgedankens.

Am Anfang der Industrialisierung, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, lassen sich die ersten Firmen eines modernen Genossenschaftswesens ausmachen. Die Genossenschaftsidee verstand sich als Lösungsansatz der zentralen Frage im Zeitalter der Industrialisierung: der sozialen Frage. Die schrittweise Schaffung rechtlicher Grundlagen für Genossenschaften, insbesondere für Siedlungsgenossenschaften, war 1889 mit dem »Reichsgesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften« im wesentlichen abgeschlossen und ermöglichte damit eine Welle von Siedlungsgründungen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Säulen der Lebensreform

Für die Edener Siedlung wurden drei Elemente der Lebensreform zu tragenden Säulen: Ernährungsreform, Wirtschaftsreform und Bodenreform. Ernährungsreform umfaßt eine gesunde und naturnahe Ernährung mit viel frischem obst und Gemüse. So durften bis 1900 nur VegetarierInnen in Eden siedeln. Wirtschaftsreform und Bodenreform benötigen keiner weiteren Erläuterung. Für diese Ideen steht die 1914 geschaffene Schutzmarke mit den drei stilisierten Bäumen.

Der 1895 von Alwin Esser gegründeten »Deutschen Verein Freiland e.V.« nahm bereits 1904 erstmals Kontakte mit Eden auf und verlegte im Jahre 1911 seinen Vereinssitz von Breslau nach Eden.Zwischen dem »Deutschen Verein Freiland e.V.« und der Eden-Genossenschaft bestand nicht nur eine ideelle, sondern auch eine enge personelle Verbindung. So war der langjährige Vorsitzende der Eden-Genossenschaft von 1911 bis zu seiner Auflösung im Jahre 1936 Geschäftsführer des Vereins.

Auch die Freiwirtschafts- und Freigeldlehre war in Eden vertreten: Der Verfechter der natürlichen Wirtschaftsordnung Silvio Gesell lebte von 1911 bis 1915 und in den letzten Jahren seines Lebens 1927-1930 in der Obstbausiedlung und war von 1913-22 Mitglied der Genossenschaft.

Pionier der Reformwarenwirtschaft

Eden wurde als genossenschaftliche Gemeinschaft nach den Ideen der Bodenreformer und Genossenschaftstheoretiker wie Adolf Damaschke und Franz Oppenheimer gegründet. Laut Statut stand jedem Genossenschaftsmitglied eine Heimstätte zu, die bebaut wurde und auf der Lebensreform mit ihren Familien lebten. Die Edener betrieben Obst- und Gemüseanbau und konnten sich so weitgehend selbst mit frischen Produkten versorgen. Das noch heute bestehende Siedlungsgelände erstreckt sich über 110 ha. Heute bebauen die wenigsten SiedlerInnen ihre Flächen so intensiv wie früher. Viele der Edener arbeiten außerhalb von Eden und finden kaum die Zeit – viele der Heimstätten haben noch die ursprüngliche Fläche von fast 3.000 qm.

Auf dem Siedlungsgelände von Eden entstand einer der ersten Produktionbetriebe für Reformwaren. Eden gehörte damit nicht nur zu den Wegbereitern der Siedlungsidee, sondern auch zu den Pionieren der Reformwarenwirtschaft und leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung ernährungsreformischen Gedankenguts. Die Produktion von naturreinen Produkten ab 1898 verstand sich als Teil der Idee Eden. Auch der Obstverwertungsbetrieb und die Warenabteilung-Konsumgenossenschaft und Vertriebsstelle – wurden nach genossenschaftichen Prinzipien geleitet. Die noch heute im Reformhaus bekannten Obst- und Gemüsesäfte wurden im Laufe der Jahre um Produkte wie die »Eden-Pflanzenbutter«, Sauerkrautsaft, vegetarische Brotauftrische und Honigsorten erweitert.

Nach 1945 wurde durch die veränderte politische Situation – Oranienburg lag in der ehemaligen DDR – ein Produktionsbetrieb in Bad Soden bei Frankfurt gegründet: die Eden-Waren GmbH. Parallel in Westdeutschland wurde im Planwirtschaftssystem der DDR und sämtlichen damit verbundenen Schwierigkeiten in Oranienburg weiterproduziert. Seit 1990 steht die Obstverwertungsanlage leer und wartet auf eine neue Zweckbestimmung.

Eden als Gemeinschaft

Eden sollte nicht nur Wohn- und Arbeitsstätte für LebensreformerInnen sein, sondern auch Zentrum kultureller und gesellschaftlicher Aktivitäten. Im Laufe der Jahre bildeten sich Singkreise, Jugend-, Turn- und Theatergruppen. Es entstanden ein Kauf- und Versandhaus für Reformwaren, eine Bücherei, ein Kindergarten, eine Schule, eine Vogel- und Sternwarte, eine Jugendherberge und andere Einrichtungen. Edener Feste wie das Erdbeerfest oder die Weihnachtsfeier haben eine lange Tradition.

Eden-Oranienburg war die erfolgreichste und größte Siedlung der Lebensreform, gleichzeitig ein Zentrum des kulturellen und geistigen Lebens dieser Idee und nicht zuletzt Pionier der Reformwarenwirtschaft. Noch heute leben in Eden mehrere hundert Genossenschaftsmitglieder mit ihren Familien.

Das Jahr 1993 ist Chance und Herausforderung zugleich: Es gilt, über ein zukünftiges Eden nachzudenken, sich der ursprünglichen Idee bewußt zu werden und diese Ansätze in unsere Zeit zu übertragen und damit ein Eden der Zukunft zu schaffen. Jede/r, der/die heute nach Eden kommt, spürt den Geist von damals.

»... unter Gleichgesinnten wohnen, den eigenen Bedarf an Obst und Gemüse in bester Qualität selbst anzubauen, die Kinder recht gesund und frei aufziehen zu können und solchen Vegetariern, die mit ihrem vielleicht naturwidrigen, schädlichen Beruf unzufrieden waren, sowie auch ganz unbemittelten Gesinnungsgenossen eine Daseinsmöglichkeit auf naturgemäßer Grundlage schaffen.« ●

»Wir sind in Eden«

EDEN IM UMBRUCH NACH 1933...

Die Monatszeitschrift »Eden« spiegelt die Umbrüche nach 1933. Es beginnt im Jahr der Machtergreifung mit Meldungen wie der, auch Italiens Duce liege der Vogelschutz am Herzen und einem fordernden Schreiben an die neuen Herren, im künftigen Parteiprogramm sei das Genossenschaftswesen gefälligst zu berücksichtigen. 1934 schmückt dann schon das Foto eines »Holzbildwerkes von Hans Preiß, Eden« den Umschlag des ersten Heftes mit dem Titel »Der verwundete SA-Mann«, ein traurig blickender Hängekopf mit Verband um den ordentlichen Scheitel. Der Edener Wandervogel marschierte nach kurzer Zeit in den Reihen von Hitlers Jugend, und der Sohn der Frauenschaftsführerin zeigte sich stolz in schwarzer Uniform. Die Heinkel Flugzeugwerke entstanden ein paar Kilometer weiter. Mancher Edener ging dort zur Arbeit: die Werkbahn hielt am Rand der Siedlung. Vieles im Alltag blieb wie zuvor. Sah man sich nicht vielleicht sogar unter allerhöchstem Schutz? Winifred Wagner, Hitlers Bayreuther Freundin, war in Eden als Pflegetochter des Gründers Karl Klindworth aufgewachsen, und der Führer selbst aß schließlich auch kein Fleisch! Leider, leider aber strebte er zugleich nach wirtschaftlicher Autarkie, und die sei nur erreichbar, hieß es, wenn auch Eden zur Fleischproduktion beitrüge, aber die Statuten verboten das nun mal. Es entspann sich ein stiller Kampf um das alte Ideal. Eden stand auf verlorenen Posten und eine Fastnachtzeitung dichtete auf die Namen der Edener Parteigenossen Entreß und Laue:

»Hoffe Eden und vertraue
Entreß hält sich bald ein Schwein
und dasselbe tut der Laue
Vaterland magst ruhig sein!«
Galgenhumor und bittere Idylle.

Dann kam der Krieg. »FremdarbeiterInnen« traten an die Stelle der ehemaligen Beschäftigten in den Gärtnereien und im Eden-Werk. Einer von ihnen wurde auf ungeklärte Weise nach seiner Verhaftung erschossen, ein paar Liter Saft sollen gefehlt haben.

Die alliierten Bomber ließen Eden bei ihren Angriffen auf die Oranienburger Rüstungsindustrie gnädig links liegen, es gab kaum Schäden.

Michael Winteroll

Ausriss aus einem Beitrag unter dem Titel »Das Paradies im Sande« in »Bauwelt« Nr. 43, November 1992

EDEN NACH 1945...

...Als der Krieg zu Ende war, bezog der russische NKWD eine Dienststelle in Eden neben dem Konsum. Wer in der NSDAP gewesen war, wurde verhaftet – oder auch nicht. Ein System war kaum erkennbar. Mancher kehrte erst nach Lagerjahren wieder zurück.

Trotz Lebensmittelrationierung hatte man den SiedlerInnen während des Krieges ihre Ernten gelassen, damit war jetzt Schluß. Jeder Baum wurde auf seinen möglichen Ertrag geschätzt und die Abgabemenge festgelegt. Daß dies im zeitigen Frühjahr vor der Blüte geschah, wenn der Fruchtanfall noch gar nicht abzusehen war, machte böses Blut. Viehhaltung stand längst nicht mehr in Frage, man erzeugte, was gebraucht wurde, und gebraucht wurde alles. Wer konnte, pachtete Flächen dazu, um mehr anbauen zu können. Sogar Getreide säte man, des Strohs wegen, denn Ziegen, Schafe und Schweine brauchten Einstreu, die wieder Mist ergab. Weder vorher noch nachherscheint der vertraute Umgang der ParadiesbewohnerInnen mit ihrer Erde so wichtig gewesen zu sein wie damals.

Trotzdem ging es mit Eden bergab. Das soziale Leben, ob Basteln für die Kinder, Turnen oder Volkstanz, während der Nazijahre verhältnismäßig unbehelligt, konnte von nun an nur noch in staatlich sanktionierter Form stattfinden. Versammlungen ab drei Personen waren meldepflichtig, jede Spontanität erstarb. Versuche der Partei – inzwischen war es eine neue – die alten Feaste wie Fasnacht, Erdbeerfest, Erntedank u.ä. wiederzubeleben, blieben Krampf und schliefen bald ein. Frisch zugezogene BewohnerInnen, von Amts wegen eingewiesen, fanden keine Beziehung zu Eden, für sie war es eine Siedlung wie jede andere.

Eden war ein Stück DDR geworden und es ging zu, wie es eben zuging. Für den Kneipenspruch »jetzt versaufen wir den Stalin sein Fell«, locker dahingesagt im Jahr 1953, verschwand ein Edener Siedlungsgenosse dreimal 365 Tage im Zuchthaus.

Manche Siedlungsfamilie zog in den Westen, zu Anfang noch legal per Umzugswagen, bald blieb nur noch die Flucht per S-Bahn mit dem, was man auf dem Leibe trug. 1961 ging auch das nicht mehr. Einige der Geflohenen fordern heute ihre Grundstücke zurück.

Michael Winteroll

Ausriss aus dem Beitrag »Das Paradies im Sande« in »Bauwelt«, Heft 43/1992

INTERVIEW MIT JUTTA DITFURTH

Führer und »spirituelle« Eliten

Jutta Ditfurth gilt als eine der schärfsten und kontinuierlichsten Kritikerinnen von Rudolf Bahro. Kaum jemand hat sich so sehr mit seinen Schriften und Publikationen in den verschiedensten Szenen beschäftigt. Dieser wiederum ist im Bereich der esoterischen Bewegung eine sehr bedeutende Figur. Er versucht aus seiner politischen Biografie heraus (DDR-Opposition, Linker, Grüner, Esoteriker..) Brücken zu schlagen, die aber laut Jutta Ditfurth nur die eine Richtung beinhalten: Aufweichen alter tradierter Positionen hin zu einem neuen Zeitalter mit völlig anderen politischen Vorzeichen.

Jutta Ditfurth — Foto: Andreas Küstermann

CONTRASTE: Ich finde deine Behauptung, Rudolf Bahro sei ein Ökofaschist, sehr hart. Ich wüßte gerne, wie präzise du R.Bahro faschistisch findest. Oder ist die Beschuldigung nicht eher eine Verharmlosung des Begriffes Faschismus?

Jutta Ditfurth: Hart oder weich ist nicht das Kriterium, sondern ob es stimmt, daß Bahro ökofaschistische Positionen vertritt oder nicht. Ich definiere in meinem Buch »Feuer in die Herzen – Plädoyer für eine ökologische linke Opposition« präzise, was ich unter Ökofaschismus verstehe und mache meine theoretische Position damit diskutierbar. Meiner Einschätzung nach gibt es zur Zeit ein entsetzlich erfolgreiches Projekt der ökologischen Modernisierung des Faschismus. Mir geht es in der notwendigen Auseinandersetzung einerseits um das Offensichtlichere, also den Kampf gegen die Besetzung der Ökologie in offen faschistischer Interpretation. Zum anderen aber auch gegen die »Scharnierstellen« in die alternative Bewegung hinein, z.B. esoterisch-ökofaschistische Positionen, die uns widersprüchlich begegnen. Wir erkennen solche Positionen, in Abstufungen, zum Beispiel am Übertrag biologischer Raster auf soziale Beziehungen oder an der angeblich natürlichen Ordnung, das heißt der scheinbar ökologischen Rechtfertigung von Herrschaft und Diktatur, in der sich 'ganzheitliche Natur' rasch mit der 'Harmonie des Kosmos' verbindet.

Es ist nämlich wie in der antirassistischen Auseinandersetzung im Allgemeinen: Es gibt diese oft unterstellte scharfe Trennung zwischen offenen RassistInnen, Knobelbechern Skins usw. auf der einen und dem braven Bürgertum auf der anderen Seite nicht. Rassismus durchdringt alle Bereiche dieser Gesellschaft, in dicken und eben in allerfeinsten Wurzeln, bis tief in die Alternativbewegung. Rudolf Bahro war mal ein Linker, der sich zu jemand mit immer geschlosseneren esoterisch/ökofaschistischen Positionen entwickelt hat. Wir finden bei ihm die Denunziation von Vernunft, den Kult des irrationalen, eine deutlich nationalvölkische Position, die Ablehnung der Emanzipation der Menschen und den Ruf nach Führer und Eliten usw. . Alles ist bei Bahro nachlesbar.

Wobei man dazu sagen muß, daß das die Hintergrundliteratur zu deinem Buch betrifft, die man auch nachlesen sollte. Ich bezog mich gerade auf die drei Seiten in deinem Buch und fand, daß es ein bißchen kurz ausgelegt war.

Ich habe kein Buch über Rudolf Bahro geschrieben und auch kein Nachschlagewerk, in dem Stellen-Sucher es leicht haben. Die Argumentationslinien ziehen sich über mehrere Kapitel, werden unterbrochen und in anderem Zusammenhang wieder aufgegriffen. Ich fürchte, mensch muß das ganze Buch lesen. Es ist kein Fachbuch für Linke, sondern es ging mir, an vielen verschiedenen Beispielen, um die Fragestellung: Wie weit ist die Demontage eines humanistischen Menschenbildes? Und was können wir dagegen tun? Ich untersuche die Frage am Beispiel der Gen- und Reproduktionstechnologie, der Atomenergie, und von Ökofaschismus und Esoterik.

Im letztgenannten Zusammenhang ist Bahro eine Art Scharnierstelle zwischen Teilen der alternativen Bewegung und der faschistischen Szene. Er hilft dabei, ob er will oder nicht, Teile der Alternativbewegung und neue Leute, StudentInnen, für ökofaschistisch/esoterisch/völkisch-nationale Positionen zu öffnen. Er spielt ein doppeltes Spiel: Einerseits will er angeblich nur schlauer sein als die Linken und die nationalvölkische Frage von links besetzen. Das führt historisch immer nach rechts. Andererseits vertritt er selbst ökofaschistische Positionen. Für diese Kritik habe ich in meinem Buch reichlich Beispiele. Die Schritte die er macht, seine Praxis, seine merkwürdigen politischen Verbindungen, nicht nur zu ZEGG (1) oder der rechtsextremen Sekte der Unitarier (2), lassen befürchten, daß er sich immer noch weiter nach rechts entwikkelt und dabei immer mehr verwirrte Köpfe mitnimmt.

Sieh dir die historische Entwicklung esoterischer Bewegungen an. Auch der moderne Irrationalismus a la Bahro richtet sich gegen eine materialistische Gesellschaftskritik, gegen linke, sozialrevolutionäre wie auch radikaldemokratische Bewegungen. Bahro sagt, der Nationalsozialismus sei im Kern eine idealistische Bewegung gewesen, die nur mißbraucht worden sei. Er will »das Gute« im Gedanken an '33 retten, sich der psychologischen Herausforderung des »unvermeidlichen« Nationalsozialismus stellen, will das nationale, völkische Moment bedienen, schätzt an der NSdAP die »Wiederverzauberung« von Blut und Boden, den Umgang mit der Natur und daß sie sich um die Jungen kümmerten – nun jüdische Jugendliche, schwule, kommunistische usw. kann er damit wohl nicht meinen, oder? Bahro ist für die Miterlösung von Hitler, spricht für einen grünen Adolf, der anders sei, als der Historische. Er will Führer und »spirituelle« Eliten. Und so weiter und so fort. Wir finden hier den großangelegten Versuch der Rehabilitierung einer der Strömungen, die in den Nationalsozialismus führte. Daß Bahro dann auch gegen Arbeiterkämpfe hetzt und meint, Frauen hätten weniger scharf getrennte Hirnhälften als Männer, kommt dazu.

Für mich ist der Rudolf Bahro natürlich jemand, den ich einfach so vom öffentlichen Bild her kenne.

Netter Kerl, nicht?

Ja genau.

Da braucht ein Bahro nur mit kindlich-jugendhaftem Charme zu spielen und dann sind viele Linke in dieser scheußlich-anstrengenden Welt so beeindruckt, daß sich keiner mit ihm ernsthaft streitet, trotz des rechten Schrotts, den er seit Jahren schreibt.

Auch ich bin beeindruckt von seinem Charme einerseits und dem, was du dann andererseits über ihn schreibst. Das ist schwer zusammenzubringen.

Eine Linke, die nicht in der Lage ist gegen ökofaschistische Positionen zu kämpfen, intellektuell wie konkret, nur weil sie von einem freundlich lächelnden Mund vorgetragen werden, kannst du vergessen. Wieso immer dieses idiotische Vorurteil, die Rechten seien häßlich, mürrisch und dumm? Kennst du eigentlich den ganzen Quatsch, den er in esoterischen Zeitschriften von sich gibt? Von den Pfählen, die er und seine Lebensgefährtin irgendwo in die Erde stecken, vom Tao von Mann und Frau und von König und Königin?

Du meinst aber nicht Grenzerfahrungen? Mir fällt ein, daß die Leute z.B. vom ZEGG einen Versuch gemacht haben mit Grenzerfahrungen. Sie Haben das Horst-Wessel-Lied (3) gespielt und sind dazu marschiert usw. ...

Was für ein widerlicher Dreck ist das? Kein Mensch, der jemals Opfer der Shoa (4) war oder auch nur ein kleines bißchen antifaschistisches Bewußtsein hat, käme auf diesen grauenhaft zynischen Gedanken. Da berauschen sich gelangweilte weiße Mittelständler, indem sie mit Ideogie und Propagandaelementen des organisierten Massenmordes kokettieren.

Aber das Horst Wessel Lied war auch mal ein kommunistisches Lied, bevor die Nazis die Melodie geklaut haben..!

Na und? Hat ZEGG nach dem Kommunismus in uns allen gesucht? Zegg macht Veranstaltungen mit faschistischer Musik. Bahro schätzt und verteidigt das ZEGG, lädt ZEGG-ReferentInnen wie Dieter Duhm und Sabine Lichtenfels an die Humbold-Uni ein, läßt sich von ihnen in ihre Sekte einladen. In Bahros Lernwerkstatt in der Eifel schwätzt sein Kumpel Langhans von der hohen Sterbekultur der SS usw. . Sich mit Wagner-Musik volldrönen und dann angeblich den Faschismus in uns allen entdecken ist eine perfide Methode zur Verharmlosung von Auschwitz. Nach Bahros Ideologie darf es keine gesellschaftlichen Kämpfe geben, sondern allenfalls den spirituellen Konsens von Eliten. Das war immer brauchbar für Diktaturen.

Ich finde es schon Wert, diesem Kribbeln nachzugehen, wenn Leute meinen, es gäbe da eine Faszination, ein Faszinosum, wie der ehemalige Bundestagspräsident Jenninger z.B. öffentlich versucht hat zu erklären. Ich denke, er hat von der Art her etwas Richtiges gemeint, aber er hat es einfach falsch ausgedrückt. Ist es falsch, wenn jemand versucht, dem auf den Grund zu gehen..? Zur Internationalen läßt es sich ja auch gut marschieren...

Eine Absicht ist: Durch die angebliche Entdeckung des »Faschismus in uns allen« Nazi-Rituale einzuüben. Das allerdings können nur Leute praktizieren, die völlig bewußtlos, dumm und zynisch sind. Wenn der Faschismus in uns allen ist, gewissermaßen genetisch oder 'natürlich', dan kann er so schrecklich ja nicht sein, oder? Dann gab es vielleicht keine 6 Millionen ermordete Jüdinnen und Juden, sondern die waren, Karma, Karma, selbst schuld an ihrem Schicksal, haben das irgendwie herausgefordert.

Wer mehr über Faschismus wissen will und warum diese Herrschaftsform von so vielen Leuten unterstützt wurde, hat viele Möglichkeiten, sich zu Informieren. Beschäftige dich mit der Geschichte des Widerstandes und dem faschistischen Umfeld der Leute. Es gibt unzählige Biographien von antifaschistischen Zeitzeugen, die sich mit genau dieser Frage beschäftigt haben oder lies Ernst Bloch oder Georg Lukacs oder Peter Brückner , Marx und andere. Die beschreiben, wie irrationalistische Philosophien wie die Esoterik zu einer tragenden Säule des NS-Faschismus werden konnten. Auch deswegen sind Geschichtskenntnisse in esoterischen Kreisen verpönt.

Wer vom Herrschaftsgedröhne und Kitsch von Wagner beeindruckt ist und wen marschieren reizt, der muß sich allerdings fragen lassen, ob er einen an der Klatsche hat. Nicht nur wegen des schlechten Geschmacks. Es handelt sich um Leute, die einem vollends entpolitisierten Egokult frönen, die sich suhlen wollen in ihren eigenen dumpfen Gefühlen ohne den Kopf anzustrengen, ohne Solidarität, ohne soziale Verantwortung. Genau das macht Esoterik mit Faschismus so schrecklich kompatibel. Wer auf diesem Trip ist und endlich einen Fluchtweg aus dem Streß alltäglicher und politischer Auseinandersetzungen gefunden hat, den kannst du vergessen. An dem Punkt muß auch eine abgrenzende und harte Debatte in der Alternativbewegung stattfinden. Da nützt auch die Verschleierei, die in manchen CONTRASTE Artikeln stattfindet, nichts. Es gibt keine Vereinbarkeit von esoterisch-ökofaschistischen Positionen mit dem Projekt soziale Befreiung und Emanzipation des Menschen.

ZEGG, das ist eine esoterische Fraktion, die mit einem bestimmten Ansatz rekrutiert. Sexuelle Befriedigung soll Trost und Ausweg aus gesellschaftlichen Konflikten sein. Eine wirksame Droge angesichts der verbreiteten sexuellen Unfreiheit, Ängsten, und Verklemmungen. Aber ein paar Fragen: Wieso ist Major Caddy, Gründer der nachweislich rechtsextremistischen esoterisch-theosophisischen Sekte Findhorn gern gesehener Referent beim ZEGG? Stimmt es, daß es zwischen ZEGG und Findhorn finanzielle Verbindungen gibt? Ist immer noch nicht bekannt, wie elitär, undemokratisch und rassistisch Findhorn ist? Findhorn wurde absichtlich in der Nähe eines atomaren Stützpunktes der Royal Air Force gegründet. Die Gründungsideologen waren der Ansicht, daß radioaktive Strahlungen den weißen Leuten mit dem richtigen Bewußtsein beim Sprung auf die nächste Stufe menschlicher Evolution hilft, ins New Age eben. Wir könnten über solche Idioten lachen, wenn sie nicht objektiv zur Verblödung und psychischen Vorbereitung von Menschen für neue Formen des Faschismus beitrügen. Wir müssen feststellen, daß Leute, die zu Seminaren nach Findhorn fahren, nicht einmal in der Lage sind festzustellen, daß sie nur das Äußere – scheinbare Gemeinschaft, Gartenbau, Meditation etc. – sehen, und dumme, manipulierbare Schafe sind, weil sie nichtmal mitkriegen, daß es ein abgeschlossenes Machtzentrum von Findhorn gibt.

Was ist sexuell befreiend für die Opfer an – wie ZEGG-Guru Ernest Bornemann es sieht – sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern? Wie werden, wie Dieter Duhm (ZEGG) es unterstellt, Vergewaltigungen oft von den Opfern ausgelöst? Nicht umsonst rühmt sich Duhm seines Lehrers Otto Muehl, Chef der ehemaligen Aktionsanalytischen Organisation (AAO), der 1991 zu 7 Jahren Haft in Österreich verurteilt wurde – wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern. Wie so oft dient das Rekrutierungsmittel »freie Sexualität« nur der Zufuhr von Frauen und Kindern an die jeweiligen Gurus in extrem hierarchischen Gruppen. Freie Sexualität und Hierarchie sind ein Widerspruch.

Ich möchte nochmal einen Schlenker zurück zu Rudolf Bahro machen – ich glaube sonst wird's zu ausschweifend. Kannst du's abschließend nochmal in zwei Sätzen sagen. Du hast gesagt, Rudolf Bahro bewegt sich dahin, das heißt, in welcher Nähe oder Position siehst du heute seine Entwicklung vom Ökofaschismus zu dem klassischen Faschismus-Begriff? Kannst du das eben nochmal präzisieren?

Nur zwei Sätze und zugleich präzisieren geht nicht. Ein paar Kriterien: Faschismus als extremste, mögliche – nicht automatische – Herrschaftsform des Kapitalismus will jeden Ansatz von Emanzipation zerschlagen: Jede Organisierung der ArbeiterInnenbewegung und von Widerstand gegen Ausbeutung und Naturvernichtung. Ziele sind optimale Verwertungsbedingungen des Kapitals, dafür die maximale Ausbeutung des Menschen, die militarisierung der Produktion, die vollständige Kontrolle über alle Lebensäußerungen, die Annahme von Eliten einerseits und »minderwertigem Menschenmaterial« andererseits. Es gibt im Faschismus nie die Gleichheit aller Menschen. Immer den Angriff auf alle sog. Abweichungen ob sexuell oder kulturell und immer den Zugriff auf die Bevölkerungsentwicklung. Im Ökofaschismus finden wir das alles in ökologisierten Begründungen wieder. Die biologische Elite oder »höherwertige Rasse« oder eben, esoterisch, die spirituelle Elite, die Mystifizierung von Natur, die angeblich höhere natürliche Ordnung.. Viele Verbindungen über die sogenannte »nationale Frage« zum »Ethnopluralismus« der faschistischen Intellektuellen, also die Unterstellung einer Idendität von Nation und Kultur mit dem Ziel, die ökologisch-rassische Reinheit der deutschen/arischen Volksgemeinschaft vor »Rassevermischung« zu schützen, immer gerechtfertigt mit dem angeblichen Respekt vor fremden Kulturen, deren Eigenständigkeit man nicht antasten wolle. Die esoterische Variante ist die Plünderung anderer Kulturen, während man ihr Aussterben als selbstverschuldetes Karma denunziert. Keine esoterische Richtung legt sich schließlich ernsthaft und politisch-praktisch mit dem Kapitalismus an. Da wird allenfalls von »geistiger Überwindung« gefaselt, die es nicht gibt. Esoterik ist Leistungssteigernd, profitträchtig und rücksichtslos und paßt prächtig zu Kapitalismus und Faschismus. Deswegen finanzieren Teile des Kapitals ja auch diese Ideologien. Ökofaschisten kämpfen gegen jede Form der Selbstbestimmung und sozialen Emanzipation und auch die Freiheit, die die Esoterik zu versprechen scheint, ist nur die Freiheit von sozialer Verantwortung für einen totalen Egokult, die jedem Widerstand völlig feindlich gegenübertritt. Streit, Konflikt und soziale Kämpfe sind ja böse, nur die lichtvolle Einfügung in Herrschaftsverhältnisse ist sanft und gut. Und die These von der angeblichen Überbevölkerung, eine neue Sprachregelung für die alte Rassehygiene, wirkt, weil sanft formuliert und scheinbar tief beeindruckt vom Zustand der Natur, in weite Teile der Ökologiebewegung hinein. ●

Das Interview führte Andreas Küstermann im April 93

Anmerkungen:

(1) Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung, Belzig

(2) Unitarier nennen sich Mitglieder einer nazistischen Tarnorganisation, die Zentren in Kiel, Kassel, Düsseldorf, München und anderswo hat. Diese wurde 1946 von hochrangigen NSDAP-FunktionärInnen in alliierten Internierungslagern gegründet. Später sind sie um des Namens willen im Raum Alzey/Worms einer kleinen christlichen Urgemeinde beigetreten, um nach Austritten derer, 1950-53, langsam den Namen zu übernehmen. Sie arbeiten vor allem an der Ideologie-Entwicklung nazistischen Gedankenguts.

(3) Hymne der SA

(4) Vertreibung und Vernichtung der Juden/Jüdinnen

LESERiNNENFORUM:

Das alte Thema: »Silvio Gesell – Faschist oder Anarchist ?«

Zur Diskussion in CONTRASTE vom Juni 1993: Den Aufsatz von Klaus Schmitt über Otto Strasser habe ich nicht gelesen, nehme also nicht zu seiner »Ehrenrettung« (Wolfgang Haug) Stellung, sondern als Betroffner nur zum »alten Thema«. Der Faschismusvorwurf hängt mir als Vertreter der Gesellschen Lehre an, seit ich als Initiator und Vorsitzender der grünen Vorlaufpartei GLU-GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ 1977/78 an die Öffentlichkeit trat. Er taucht in Abständen immer wieder auf. Ein Teil Energie geht drauf, das zurechtzurücken. Dabei sind die Liberalsozialen in den GRÜNEN, der »Bürgerrechtsaktion Arbeit, Gesundheit, Umwelt, Frieden und der um sie gruppierten Zeitschrift »Alternative 2000« an Klärung interessiert: »Gab es bei Gesell Ansätze, die seine Lehre mit rechtem Gedankengut verbinden können«, um Wolfgang Haug frei zu zitieren.

In den GRÜNEN Niedersachsen gab es 1983 eine Debatte, in der ich das verneinte. Damals lief auch die Diskussion im »Schwarzen Faden«. Dazu publizierte ich von Werner Onken, Redakteur des Theorieorgans »Zeitschrift für Sozialökonomie«: »Silvio Gesell – ein Faschist?«. Mein Text trug den Titel »Enhält die liberalsoziale Lehre Faschistische Tendenzen?« Im Leserbrief sind nur einige Thesen daraus zu formulieren. Der Redaktion stehen beide Texte zur Veröffentlichung zur Verfügung. Sonst fordern Interessierte sie an (Unkosten 5 DM).

1Gesells Geld/Zinstheorie steht im strikten Widerspruch zur »Währungstheorie« der NSDAP. Das wurde vom jüdischen Gesellvertreter Dr. Uhlemayr 1923, von der NSDAP 1932 festgestellt, die ihren Mitgliedern jede Debatte über Gesell verbot

2. Seine Bodenrechtsreform ist menschheitlich orientiert: Die ganze Erde – ohne Grenzen – allen Menschen; so könnte eine Kurzformel lauten. Die NSDAP wollte von Anbeginn »Neuland« für ein angebliches nordisches Herrenvolk erobern.
3. Das Menschen- und Staatsbild Gesells zielt auf äußerste Freiheit des Einzelnen ohne die Möglichkeit ihres Mißbrauchs zuungunsten anderer und auf äußersten Abbau des Staates. So lautet auch der Titel seines Letztwerkes. Das steht im strikten Gegensatz zur NSDAP-Formel: Du bist nichts, dein Volk ist alles.

Fortsetzung auf Seite 14

LESERiNNENFORUM:

Rinks und lechts kann flau/mann nicht velwechsern – odel doch?

Der Artikel »War Strasser ein Sozialist?« von Klaus Schmitt (vgl. CONTRASTE Mai '93 und auch Reaktionen, CONTRASTE, Juni '93, d. Red.) kann so nicht stehen gelassen werden. Ich kann mir auch nicht vorstellen, welches Verständnis der Autor vom Anarchismus bzw. Marxismus hat. Sehr tief kann er sich nicht mit diesen Philosophien auseinandergesetzt haben. Auch werden durch das Weglassen der gesellschaftlichen Vorstellungen von Strasser und Gesell deren Auffassungen nur verzerrt dargestellt.

Louis Lerouge, Redaktion Heidelberg ● Es ist klar, daß ein Teil der (neo-)faschististischen Szene ihre Wurzel in der sozialistischen/anarchistischen Bewegung hat. Dies waren nicht nur Mussolini (ein begeisterter Stirner- und Nietzsche-Leser), der 1915 die Sozialisten in Italien mit seinen faschistischen Kampfbünden verließ, nicht nur Otto Strasser, der sich enttäuscht von der SPD abwendete und zur NSDAP (bis 1930) ging, oder das SPD-Mitglied (bis 1926) Ernst Niekisch, der noch 1932 einen Faschismus rechts von Hitler forderte. Wir wissen auch, daß Mitglieder der SPD, KPD, FAUD (anarchosyndikalische Gewerkschaft) Anfang der 30er Jahre zum Nationalsozialismus übergelaufen sind. Auch heute gibt es hin und wieder Übertritte von links nach rechts und umgekehrt, doch heißt dies nicht, daß es Gemeinsamkeiten von AnarchistInnen und MarxistInnen (ich lasse hier bewußt StalinistInnen, MaoistInnen und die ML-Sekten weg) auf der einen Seite und FaschistInnen und NationalsozialistInnen (inkl. Hitlerismus) auf der anderen Seite gibt. Strasser war kein Sozialist und Gesell kein Anarchist.

Silvio Gesell – Sozialdarwinist

Silvio Gesell wurde am 11.3.1862 in St. Vith (Belgien) geboren und starb am 11.3.1930 in der antisemitischen Siedlung Eden in Oranienburg (zur Siedlung Eden siehe unseren Beitrag auf Seite 12). Seinen guten Ruf verdankt er seiner Mitgliedschaft in der ersten Räterepublik vom 7.4.1919, in der er auf Vorschlag von Ernst Niekisch und Gustav Landauer in das Amt des »Volksbeauftragten für das Finanzwesen« berufen wurde. Silvio Gesell hat aber ebenfalls das Wirtschaftsprogramm der NSDAP-Vorgänger-Partei DAP (Deutsche Arbeiter Partei) erarbeitet.

Bei Ernst Niekisch handelt es sich um einen der Vordenker der völkischen Bewegung in der Weimarer Republik. Niekisch war bis 1926 Mitglied der SPD. Er war Favorit des »Hofgeismarer-Kreis«, ein völkisch-rassitischer Zirkel innerhalb der JungsozialistInnen während der 20er Jahre. Ernst Niekisch war lange Zeit »bedeutendste(r) Konkurrent Hitlers um die Führungsposition der antidemokratischen rassitischen Rechten in Deutschland.«(1) In seinem 1932 erschienenen Buch »Hitler – ein Verhängnis für Deutschland« forderte er einen Faschismus rechts von Hitler. Wie schon oben erwähnt, lebte Gesell bis zu seinem Tode in der völkisch-antisemitischen Siedlung Eden. Die Siedlung wurde 1893 gegründet. »Ursprünglich war in Eden wenig völkisches Gedankengut zu finden, denn die Gründer waren Vegetarier und keine Anhänger der völkischen Bewegung. (...) Die Siedler entwickelten in zunehmendem Maße ein völkische Lebensweise.«(2) Schon 1916 wurde während der ersten Feier anläßlich des »Freiland-Tages« in Eden verkündet: »Zu solchem Siedeln ist die deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung. Und dazu befähigt nur deutsches Ariertum.«(3)

Was war das Ziel der »Natürlichen Wirtschaftsordnung« von Silvio Gesell? Welche gesellschaftliche Vorstellungen verband er mit seinen ökonomischen Forderungen?

Dazu ein Zitat aus dem Vorwort zur dritten Auflage (1918) der »Natürlichen Wirtschaftsordnung«: »Wie bei allen Lebewesen, so hängt auch das Gedeihen des Menschen in erster Linie davon ab, daß die Auslese nach den Naturgesetzen sich vollzieht. Diese Gesetze aber wollen Wettstreit. (...) Der Erfolg des Wettstreites muß ausschließlich von angeborenen Eigenschaften bedingt sein, denn nur so wird die Ursache des Erfolges auf die Nachkommen vererbt und zur allgemeinen Menscheneigenschaft. (...) Dann darf man hoffen, daß mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden von Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat, (...).«(4)

Dies ist reiner Sozialdarwinismus, der viel weiter ging als der von Hitler. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Vorstellungen Gesells sind unter dieser Zielvorstellung zu betrachten.

Während die AnarchistInnen und MarxistInnen nicht nur die Geld- und Bodenrendite, sondern auch den Unternehmerprofit als Mehrwert ansah, war für Gesell der Unternehmerprofit Arbeitsertrag. In seiner »Natürlichen Wirtschaftsordnung« definiert er den Arbeiter – und die Arbeiterin falls sie in Gesells Lehre eine Rolle gespielt hat – folgendermaßen: »Als Arbeiter im Sinne dieser Abhandlung gilt jeder, der vom Ertrag seiner Arbeit lebt. Bauer, Handwerker, Geistliche, Offiziere, Könige sind Arbeiter in unserem Sinne.«(5) Die Profite der KapitalistInnen und ihre politischen, religiösen und militärischen Vasallen bezeichnet er als Arbeitsertrag. Hier fehlt jeder emanzipatorische Ansatz, die sozialen und gesellschaftlichen Hierachien sollen bestehen bleiben.

»Da bei Gesell der Zins Vater allen Übels ist, ist zwangsläufig eine besondere Spielart des Antisemitismus in der Vorstellungswelt angelegt. Die Juden in Deutschland, eingeschränkt durch das Verbot handwerklicher und landwirtschaftlicher Tätigkeit, waren seit dem Mittelalter im Bankwesen überdurchschnittlich präsent gewesen, galten in der Öffentlichkeit als die 'Zinsnehmer' par exellence.«(6) Das Geld stammt für Gesell aus »der Zeit der Babylonier, Hebräer, Griechen und Römer«(7). »Die Entstehung unseres Geldes wird also in nichtgermanischen Völkern angesiedelt, was wiederum für die politische Entwicklung der Gesellschen Anhänger von entscheidener Bedeutung ist. Als ich in freiwirtschaftlichen Zeitungen von 'unserem semitischen Geldwesen' las, begriff ich die Zusammenhänge auf der Stelle. (...) So taucht das Wort Jude kaum in der 'Natürlichen Wirtschaftsordnung' auf. Er spricht vornehmer von – Zinsnehmer!«(8) Die »Brechung der Zinsknechtschaft« wurde dann später auch das Motto der NationalsozialistInnen. Schon August Bebel irrte, als er sinngemäß meinte: »Der Antisemitismus ist der Sozialismus der Dummen«. Mit der Gleichsetzung von AusbeuterInnen mit Jüdinnen und Juden sollte von den eigentlichen Wirtschafts- und HERRschaftsstrukturen abgelenkt werden.

Da der Zins nicht durch persönliche Stärke erwirtschaftet wird, ist er zusätzlich ein Eingriff in den freien Wettstreit, wie ihn Gesell fordert. JedeR sollte die gleichen Startbedingungen haben, jedeR die gleichen Chancen; nichts sollte diesen Wettbewerb verzerren, dazu gehören alle staatlichen Beschränkungen und Sozialverpflichtungen. Arbeitsschutz- und Kündigungsschutzgesetzgebungen sind selbstverständlich ausgeschlossen, denn sie wären ein Eingriff in die Freiheit der UnternehmerInnen. Dies gilt natürlich auch für einen gesetzlichen Umweltschutz. Die Freiwirtschaft ist nichts anderes, als eine sozialdarwinistische Variante des »Manchester-Kapitalismus«. Was passiert mit den Kranken, den Behinderten, den alten Menschen? Das »Schwache« soll nach Gesell verschwinden, deshalb werden die Menschen mit keiner Hilfe rechnen können. Der Anarchist Kropotkin setzt die gegenseitige Hilfe und Solidarität dagegen. JedeR nach ihren/seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen.

»Wie bei solchen Gedankengängen Silvio Gesell von Teilen der anarchistischen Bewegung als Anarchist angesehen werden kann, ist mir unverständlich.«(9) Klaus Schmitt spricht in seinem Artikel Silvio Gesell vom Antisemitismus frei – warum lebte er dann in einer antisemitischen Siedlung? – und verweist dabei zurecht auf antisemitische Äußerungen des Anarchisten Bakunin und von Proudhon (für mich auch kein Anarchist, denn er war nicht nur Antisemit, sondern auch ein Frauenhasser und Nationalist). Viele haben leider Antisemitismus mit Antikapitalismus verwechselt und viele tun dies auch heute noch. In der Linken war es immer schon Tradition, ihren Antisemitismus indirekt auszuleben – wie heute durch den Antizionismus. Die Linke war nie frei von Antisemitismus.

Wenn aber in der Bevölkerung »Jude«, »Wucherer« und »Zinsnehmer« Begriffe für die gleiche Bevölkerungsgruppe sind, muß jeder/m, der in so einer Situation von »Zinsnehmerschreibt, zu recht Antisemitismus vorgeworfen werden, denn sie/er weiß, wie dies verstanden wird.

Otto Strasser: Ein kleinbürgerlicher Kapitalist

Otto Strasser hat sich selber als Vertreter eines »Deutschen Sozialismus« gesehen, der »in der Tradition eines nationalen, christlichen und antimarxistischen Sozialismus, wie er Ende des letzten Jahrhunderts von dem Prager Arbeiterführer Klofac begründet und von Thomas G. Masaryk theoretisch fundiert worden ist«(10), steht. Weiterhin wurde er von der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik geprägt. Desweiteren war für Strasser der Marxismus ein »überfremdeter Sozialismus«. Frau/mann kann sich leicht vorgestellen, von was der Marxismus in den Augen Strassers überfremdet war. Der Antisemitismus drückt sich halt nicht nur in der Forderung nach »Brechung der Zinsknechtschaft« aus, sondern vor allem hinter Verschwörungstheorien wie dem des jüdischen Bolschewismus.

Für Strasser war – wie bei Gesell – der Unternehmerprofit kein Mehrwert sondern ein gerechtfertigter »UnternehmerInnenlohn«. Dadurch das der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital geleugnet wird, wird der Weg frei für volksgemeinschaftliche Visionen. Strasser lehnte jeden Lohn- und Arbeitskampf ab, den AnarchistInnen und MarxistInnen warf er Aufstachelung zum Klassenhaß vor. Strasser nannte seinen »deutschen Sozialismus« auch »Solidarismus«. Solidarismus war für Strasser die solidarische Zusammenarbeit aller Klassen und Stände, nicht die Überwindung der Klassengesellschaft. »Deutscher Sozialismus bzw. Solidarismus ist das ökonomische Synonym für den politischen Begriff 'Volksgemeinschaft'.«(11)

Anderseits nahm der Solidarismus auch schon Teile des modernen Ethnopluralismus der »Neuen Rechten« vorweg. Strasser schreibt über das Zusammenleben der »Völker«:

»Der Solidarismus verwirft jeden Herrschafts-Anspruch eines Volkes über ein anderes, und proklamiert die nationale Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker, unabhängig von Größe und Stärke.«(12) Das Konzept einer interkulturellen Gesellschaft war bei Strasser nicht vorhanden. Er besaß einen durch und durch völkischen »Volksbegriff«.

Die wesentlichen Merkmale seiner »Vierzehn Thesen der deutschen Revolution« (1929) faßte er unter den Begriffen: nationalistisch (gegen die Versklavung Deutschlands), sozialistisch (gegen die Tyrannei des Geldes) und völkisch (gegen die Zerstörung der deutschen Seele). »Seine sozialistische Forderung beinhaltete als grundlegende Schritte die Nationalisierung des gesamten Grundbesitzes und die Abschaffung des nicht durch die Arbeit verdienten Einkommens – eine sozialistische Politik, die jedoch den Kern des modernen industriellen Kapitalismus unangetastet ließ. 'Völkisch' wurde als Abwehr der fremden Elemente verstanden, die vermeintlich die Nation vergifteten: Freimaurer, Katholiken, besonders aber Juden.«(13) So ist auch die Gegnerschaft zu den drei monotheistischen »orientalischen« Religionen (Islam, Judentum und Christentum), die als artfremd – anti-germanisch – angesehen wurden, zu verstehen.

Strasser war gegen die »Zinsknechtschaft«, gegen das Großkapital und seine Monopole, also gegen alles, was dem Mittelstand das Leben schwer macht. Nachdem Strasser 1956 aus dem unfreiwilligen Exil in Kanada endlich wieder deutschen Boden betreten durfte, gründete er und seine AnhängerInnen die »Deutsch-Soziale Union – Strasser Partei« (DSU). Wichtigstes Ziel von Strasser war nun die deutsche Wiedervereinigung inklusive einer bewaffneten Neutralität. Für die Bundestagswahl 1957 wurde ein Wahlbündnis mit der »Deutschen Reichspartei« (neben der SRP eine der NSDAP-Nachfolge-Parteien) angestrebt, doch diese lehnte ab. 1962 löste sich die DSU auf, die mittlerweiler zu einer kleinbürgerlichen und nationalistischen Mittelstandspartei verkommen war und die auf jede pseudosozialistische Forderung verzichtete.

Die meisten ehemaligen DSU-Mitglieder gingen in irgendwelche anderen (neo-)faschistischen Parteien und Zirkel.

EPILOG

Es ist fatal, daß in einer Zeitschrift wie der CONTRASTE versucht wird, Vordenker einer völkisch-rassistischen Bewegung, die dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen haben, weiß zu waschen. Die gesellschaftlichen Vorstellungen von Gesell und Strasser sind antiemanzipatorisch und reaktionär. Teile des Programms lassen sich vielleicht als »links« verkaufen, aber da muß frau/mann schon auf dem rechten Auge blind sein. ●

Anmerkungen:

(1) »Der 'Hofgeismarer-Kreis' in der SPD« von Alois Pfreimdt in Der Rechte Rand – Nr. 20 Nov. '92-Jan '93
(2) George L. Mosse: Die völkische Revolution – Über die Ursprünge des Nationalsozialismus, FfM 1991, S. 123
(3) aus dem Nachdruck des Programms der »Edener Gilde« derLandesgemeinde, Heft 3 (Oktober 1917), S. 105
(4) Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, Lauf bei Nürnberg 1984, S. 12
(5) ebenda, S. 39
(6) Volkmar Wölk: Natur und Mythos, DISS-Texte 21, Duisburg 1992, S. 21
(7) Gesell, S. 313
(8) Peter Elger: Die Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung Silvio Gesells bis Ende der Weimarer Republik; unveröffentlichte Diplomarbeit, Freiburg 1978, S. 41
(9) aus »Ökologie und Faschismus« von Netschajew in: direkte aktion Nr. 98 – Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU)
(10) Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch – Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1988, Opladen 1982, S. 1254
(11) ebenda, S. 1256
(12) Otto Strasser: Deutschlands Erneuerung, Buenos Aires 1946, S. 177
(13) Mosse, S. 303

FORTSETZUNG »SILVIO GESELL – FASCHIST ODER ANARCHIST?« VON SEITE 13

4. Die Realsierung der Gesellschen Geld- und Bodenrechtsvorschläge läuft auf Befreiung der Völker und Einzelnen von ökonomischer Ausbeutung und Beherrschung durch das Geld- und Bodenmonopol und die mit ihm liierten Staaten hinaus, auf Selbstbestimmung der Menschen in einer Gesellschaft, in der an Stelle des staatlichen Gewaltmonopols immer stärker das freie Vertragsrecht der Menschen tritt, in der mit dem Abbau der Staaten, die im Kapitalismus nur die Privilegien des Kapitals schützen, auch die Grenzen zwischen den Staaten fallen und sich eine freie Völkergemeinschaft bilden kann.

Berufenere mögen darüber streiten, ob eine solche Gesellschaft nicht recht dicht an anarchistische Idealvorstellungen einer herrschaftsfreien Ordnung herankommt.

Wie kommt es, daß sich trotz dieser antirechten Grundpositionen Gruppen und Einzelne aus dem rechten Lager von der Lehre Gesells oder Teilen davon angezogen fühlen? Diese Frage wird erst vollständig zu beantworten sein, wenn sein Gesamtwerk gründlich studiert wird. Bis jetzt liegen ca. 10 Bände vor. Der Verfasser kann nur subjektive Antworten versuchen, ihm fehlt die Muße, sich in diese Bände zu vertiefen. Nimmt man nur Gesells Ökonomie, ohne ihre Auswirkungen ganzheitlich in die Zukunft zu projezieren, so erscheint Gesell vielen als der Nurökonom, der politisch-philosophischen Fragen gegenüber neutral ist. Besonders wenn seine Ökonomie auch noch zerstückelt wird. Gesell hat ja selbst im Hauptwerk »Die Natürliche Wirtschaftsordnung« seine Lehre unter verschiedenen Einzelgesichtspunkten beurteilt und läßt den Krämer, Beamten, Schuldner, Gläubiger, Unternehmer, Sparer, Genossenschaftler, Arbeitslosen und Arbeitslosigkeitsverwalter und die verschiedenen Theoriesparten dazu sprechen. Alles zusammen gibt eine Gesamtschau – aus jedem Einzelblickwinkel bleibt es ein Stückwerk.

So greifen viele Menschen oft nur Einzelpunkte heraus, die ihre Interessen besonders berühren. Kommt dann der bisherige gesellschaftlich-philosophisch-religiöse Hintergrund dieser Leute hinzu, dann kann das eine Erklärung dafür geben, daß sich Atheisten und Theisten aller Religionen, WeltbürgerInnen und Nationale/Völkische, PazifistInnen und Militante von rechts bis links, ReformanhängerInnen (bürgerlicher Freiwirtschaftsbund) und RevolutionärInnen (proletarischer physiokratischer Kampfbund), AnarchistInnen, konsequente NazigegnerInnen, aber auch wenige Nationalsozialisten ganz, teilweise berechtigt oder wegen mangelnder Gesamtschau unberechtigt auf ihn beriefen und berufen.

In der Nazizeit wurden die freiwirtschaftlichen Organisationen verboten, ihre VertreterInnen teilweise verfolgt, so Dr. Uhlemayr, die Verleger Rudolf Zitzmann und Dr. Noebe und der für's Schaffott bestimmte Radikaltheologe, Radikalpazifist, Priester und Ökonom Prof. Johannes Ude, in letzter Stunde von amerikanischen Truppen befreit. Andere Freiwirte versuchten führende Nationalsozialisten für Gesells Reformen zu gewinnen, was spätestens dann scheiterte, als nach der Römaffäre der soziale Flügel der NSDAP kaltgestellt wurde und das schon 1932 begonnene Bündnis mit der Großindustrie perfekt war. Otto Lautenbach gelang es ohne ideologische Verbeugungen sein »Schule der Freiheit« bis 1936 herauszugeben, es gab aber auch ideologische Verbeugungen, um überhaupt schreiben zu können. Insgesamt ist die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung in der Nazizeit noch zu schreiben. Erste Versuche liegen mit der Arbeit von Hans-Joachim Werner »Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung – 100 Jahre Kampf um eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« vor.

Nach dem Krieg war der freiwirtschaftliche Schwerpunkt NRW mit der RSF-Radikalsozialen Freiheitspartei der englischen Zone, in der der frühere anarchistische Flügel mit Richard Batz als Vorsitzendem dominierte. Das »Wirtschaftswunder« erstickte den kurzen Aufschwung der RSF und nach dem Zusammenschluß mit anderen freiwirtschaftlichen Parteien der anderen Zonen als FSU drangen Kräfte von rechts ein, die lange Zeit die FSU dominierten, ohne das Gros der Mitgliederschaft auszumachen. Insofern ist es mir durchaus glaubhaft, was Wolfgang Haug über den rechten Bauernhof mit FSU-Anhängerschaft in NRW schreibt, auf dem Horst Blume Eindrükke für seine Frage: »Gesell – ein Faschist?« sammelte.

Wenn auch seit dem Generationswechsel im FSU-Vorstand und in der Redaktion »Dritter Weg« von mir dort keine rechten Tendenzen ausgemacht werden konnten, so gibt es auch im FSU-Umfeld noch Leute, die mit rechten Parolen hausieren ...

Fortsetzung nächste Seite

JOBS

Bäckerei Doppelkorn sucht zu sofort nette Leute, die Lust auf's Brot backen haben und eigenverantwortlich im Kollektiv arbeiten wollen. Ausbildung als BäckerIn bei guten Ausbildungslohn möglich. Wir arbeiten Teilzeit 30 Std. die Woche. Wenn Ihr Interesse habt, meldet Euch unter ☎ (05 11) 45 52 31

Die Freie Schule Untertaunus sucht dringend eine/n GrundschullehrerIn. Wir haben ca. 40 SchülerInnen und integrieren auch lernbehinderte Kinder.
Freie Schule Untertaunus
Scheidertalstr. 22
D-65326 Aarbergen-Kettenbach
☎ (0 61 20) 57 67

WOHNRAUM

Suche **Bau- o. Zirkuswagen.** Wer kann mir helfen, einen zu finden bzw. mir Tips geben, worauf beim Kauf und Selbstausbau zu achten ist?
Oliver Aboui Schumacher
Pellenberg 3
D-33131 Wünnenberg
☎ (0 29 53) 88 89

ANKAUF

Druckereizubehör aller Art gesucht. Angebote unter
Chiffre: **Grafische Maschinen**

JOBSUCHE

Gestreßter Herstellungsleiter Fachverlag »hat die Nase voll«, sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution im Großraum Stuttgart.
☎ (07 11) 640 67 44 ab 21 Uhr oder Wochenende.

Handwerkliche Fähigkeiten möchte ich mir aneignen und gerne je einige Wochen/Monate o. länger in SV-Betrieben o. Gem.-Projekten mitarbeiten u. -leben. Bin für jeden Hinweis u. jedes Angebot dankbar.
Oliver Aboui Schumacher
Pellenberg 3
D-33131 Wünnenberg
☎ (0 29 53) 88 89

Bin **Schreiner**, 29, seit 5 Jahren selbständig: Möbelbau, Innenausbau, Gestaltungsentwurf, z.Z. Werkstattleitung in Sozialprojekt; suche interessante Aufgaben in progressiver Schreinerei im Großraum Nürnberg.
Ulf Strack, ☎ (0 79 34) 30 74 o. 32 84

Ich (m/30) suche ab sofort oder Januar ±94 Umschulungsplatz zum Schreiner in möglichst ökologisch arbeitenden Betrieb.
☎ (0 68 97) 5 22 89 tagsüber.

FORTSETZUNG VON SEITE 14

... und weiter helfen, die Gesamtbewegung in die braune Ecke zu stellen. Erst in diesen Tagen habe ich wieder zwei Zuschriften dieser Art erhalten. Ich denke aber, die große Mehrzahl der FSU-Mitglieder ist von diesen Tendenzen frei. Auch in der Zeit, als ich von diesen Verdächtigungen in den GRÜNEN, besonders durch öffentliche Angriffe in der »taz«, betroffen war, habe ich es abgelehnt, die Gesamt-FSU für Rechtstendenzen einer Minderheit als rechte oder rechtsextremistische Partei einzustufen. Im Interesse der Gesamtbewegung ist zu wünschen, daß die FSU dies ohne personelle Rücksichtsnahmen ausschwitzt. Sollte die FSU ihre Absicht wahrmachen, an den Wahlen 1994 teilzunehmen, so wird sie sehr aufpassen müssen, nicht nach rechts abzurutschen, um überhaupt etwas an Stimmen zu sammeln, denn woher sollte sie WählerInnen bekommen, ist doch das progressive Lager weitgehend durch BÜNDNIS 90/GRÜNE wahlmäßig besetzt.

Noch einmal zurück zu Gesell: Ich habe jetzt nach langer Zeit wieder seine Verteidigungsrede durchgelesen, die es durchaus verdient, veröffentlicht zu werden. Statt sich zu verteidigen, dreht Gesell den Spieß um und greift die Politik der Reichsbank, ihre Währungspfuschereien und den Staat massiv an, der diese Pfuscherei stützte und ihn durch seine Verhaftung hinderte sein Rettungswerk fortzusetzen, zu dem ihn der Rat der Volksbeauftragten der Räterepublik eingesetzt hatte. Hier äußert er sich auch zu den Gründen, die ihn veranlaßten, das ihm angetragene Amt anzunehmen und macht am Schluß deutlich, was er unter einer herrschaftsfreien Ordnung

LESERiNNENFORUM

versteht:
»Sollte ich nur an meine Sicherheit denken, nachdem mir die Pflicht den Weg zeigte, den ich ging? Wer solches von mir fordert, hat sicher nie empfunden, was sittliche Pflicht ist, hat keine Vorstellung, was es heißt, vom Schicksal als Lastträger einer der Menschheit gehörenden Wahrheit auserkoren oder besser gesagt, verurteilt zu sein. Seit 3.000 Jahren, seit Lykurg suchte man nach der Quelle des Zinses. Mir gelang es, sie im herkömmlichen Gelde festzustellen. Lange Jahre war ich in Sorge, daß ich verunglücken könnte, ehe ich meinen Fund seinem rechtsmäßigen Eigentümer aushändigen könnte, ehe es mir gelänge, den Bann des Todschweigens zu brechen. Seit 30 Jahren bin ich bestimmt nicht ein einziges Mal zu Bett gegangen, ohne zu fragen, was ich tun könnte, um meinen Schatz loszuwerden, ihn zum Gemeingut zu machen. Keinem Christopherus ist je ein so schweres Kind auf die Schultern gebürdet worden. Und nun, da mich das Proletariat aufforderte, soltte ich mich, mein ganzes Leben verleugnen, sollte ich das Proletariat verraten?

Sie werden zugeben, daß das zuviel von mir verlangt wäre, und daß, wenn die Gesetze meine Handlung mißbilligen, nicht ich, sondern das Gesetz mir zu weichen hat. Über allen Gesetzen, über dem Staat und seinen provisorischen Interessen steht das Ewige, der nach dem Kompaß des Gewissens handelnde Mensch. Weg mit den Gesetzen, die dem Mensch nicht gestatten, sich als Mensch zu gebärden. Der Mensch, nicht der Staat, ist das Maß aller Dinge!« (Text unwesentlich gekürzt).

Georg Otto, Eberholzen

Betr.: Strasser, Stirner, Gesell und Haug

Ja, so haben sie alle ihr »Steckenpferd«, die einen ihren Karl-Heinrich, die anderen ihren Silvio. Letzteren hat Schmitt »bislang« (ei, ei!) im »CONTRASTE«-Gestüt reiten können, und in der Mai-Nummer ist dieser Reitersmann »wieder kräftig übers Ziel hinausgeschossen«. Haug behauptet, er hätte dort die Ehre des Nazis Strasser retten wollen, jedoch den »Schwarzen Faden« denunziert (»Schwachköpfe« etc.):

Letzteres stimmt. Ist dem Tenor des Artikels von Maierbrugger im SF 1/92 etwa zu entnehmen, daß Stirner und seine Genossen Antifaschisten sind? Was besagt denn folgender Satz: »Unter diesen Voraussetzungen scheint die Rolle der Stirnerianer bei der Entstehung des Faschismus und dessen Relation zum 'links'radikalen Sektierertum noch nicht ausreichend betrachtet oder zumindest unterbewertet worden zu sein.«?

Sie spielten also eine Rolle bei der Entstehung des Faschismus, oder kann ich nicht lesen? Wenn Haug und seine Mannen sowas unkommentiert abdrukken und darüber auch keine Diskussion im SF zulassen, noch nicht einmal diesbezügliche Briefe abdrucken mögen, dann muß doch wohl davon ausgegangen werden, daß die Redaktion mit Maierbrugger übereinstimmt und seine Thesen propagieren will, oder?.

Haug wäre zu empfehlen, einmal Sveistrups Stirner-Interpretation (Stirners drei Egoismen) zu lesen, statt sich an dem Stirner-Verriß von Marx und seinen Apologeten zu orientieren. Es ist gerade Stirner gewesen, der alles, was Faschisten bejahen, verneint hat: Staat, Gesellschaft, Nation, (Volks-)Gemeinschaft, Masse, Herrschaft, Zentralismus, Ideologie. Stirner wegen dieser Position als geistigen Wegbereiter des Faschismus zu verdächtigen kann doch wohl kaum als intelligent bezeichnet werden, wohl eher als »Denunziation«.

Ich hingegen soll Gesell wie Strasser in die Nähe von Mühsam gerückt haben, um zu beweisen, daß Gesell ein Anarchist war und Strasser ein Sozialist. Ich habe klar unterschieden: Mühsam war Staatsfeind, Strasser staatsbejahend. Das ist allerdings keine Unterscheidung zwischen Sozialisten und Nicht-Sozialisten, sondern zwischen Staatssozialisten (Strasser, Marx) und libertären Sozialisten (Mühsam, Gesell). Doch hier differenziert der »Anarchist« Haug nicht, akzeptiert er doch den Staatskommunisten Levine offenbar als Genossen, weil dieser nach der Münchener Räterepublik zum Tode verurteilt, den Staatsfeind Gesell jedoch nicht, weil jener damals freigesprochen worden ist. Alle AnarchistInnen, KommunistInnen und Juden, die den rechten Terror überlebt haben, sind keine AnarchistInnen, KommunistInnen und Juden?

Und was macht es schon, wenn der Stirner-Fan Gesell kein Anarchist war? Aber was bezeugen Gesells Schriften »Der Abbau des Staates« und »Der abgebaute Staat«? Daß er ein Marxist war? Oder ein Konservativer? Oder Faschist?

Und was kann ich dafür, wenn Strassers Forderung nach Nationalisierung allen Bodens und Teilhabe des Staates, der Länder, Gemeinden und ArbeiterInnen am Eigentum, an der Leitung und am Gewinn aller Unternehmen ab 20 ArbeitnehmerInnen (»Bamberger Programm«) nicht weniger sozialistisch ist, als Marxens Forderung nach Verstaatlichung und zentraler Verwaltung aller Produktionsmittel, der Einführung des »Arbeitszwangs für alle« und der »Errichtung industrieller Armeen« (Manifest der kommunistischen Partei)? Die Feststellung ideologischer Verwandschaft mit dem geistigen Vater des Gulag eine »Ehrenrettung« für Strasser?

Haug behauptet, ich würde »regelmäßig« die Fragen »aussparen«, ob Gesell und seine AnhängerInnen »Biologismen« und »rechtsradikale Ansätze« vertreten. Obwohl mich niemand gefragt hat, habe ich bereits vor etwa »9 Jahren (!)« den vom Ex-SF-Redakteur Blume erhobenen Faschismusvorwurf gegen Gesell ausgiebig in meinem Buch Silvio Gesell – »Marx« der Anarchisten? (mit Fragezeichen, Haug!) behandelt. Ich habe allerdings keine Lust, meine Zeit damit zu verschwenden, immer wieder die üblen Diffamierungen Gesells und seiner Anhänger durch Stalinisten und Pseudo-Antifas, auf die auch der SF reingefallen war, zu widerlegen. Zweifelsohne gibt es auch bei den Freiwirtschaftlern einige Rechte und Rassisten, doch anders als Moskauer und Belgrader Kommunisten, hat Gesell nie mit Rechtsextremisten und völkischen Massenmördern gemeinsame Sache gemacht.

Allerdings hat er biologistische Positionen vertreten. Ist »Biologismus« jedoch per se rechts? Auch Kropotkin ein Rechter, weil er die menschliche Neigung zu »gegenseitiger Hilfe« auf biologische Grundlagen zurückführte? Gerade dieser Frage pflege ich nicht auszuweichen, ist doch der »Biologismus« ein besonders geliebtes Steckenpferd in meinem gut bestückten Reitstall.

Richtig ist, daß es Gesell vorrangig auf die Lösung ökonomischer Probleme ankam. Um Ausbeutung, Krisen und Arbeitslosigkeit überwinden zu können, müsse zuvor das Kapital entmachtet und dazu der Staat »abgebaut« werden (Der abgebaute Staat, 1927, S. 4 u. werden (Der abgebaute Staat, 1927, S. 4 u. 44). Und wie Proudhon, war Gesell der Meinung, daß eine libertäre Gesellschaft nur dann von Dauer sein könne, wenn soziale Gerechtigkeit herrscht. Die Linken sollten sich mal fragen, ob sie vielleicht deshalb immer wieder scheitern, weil sie die Volkswirtschaft nicht in den Griff bekommen.

Haug wirft mir eine »Überschätzung« Gesells vor. Immerhin ist Gesells Kapitalanalyse und Krisentheorie von dem berühmten Ökonom Keynes bestätigt worden, worauf die Anarchos ja stolz sein könnten, wenn sie Gesell, der Proudhons Kapital- und Krisentheorie weiterentwickelt hat, als einen der ihren betrachten würden (D. D. Dillard: Proudhon, Gesell and Keynes; erhältlich bei 030-7822465). Aber sie überlassen ihn lieber den »Rechten«.

Haug behauptet, ich würde Gesell als Anarchisten darstellen, um ihn »in der Linken 'hoffähig'zu machen«. Nein, ich gebe meiner Freude Ausdruck, daß sich ein so kluger und nützlicher Ökonom zur »Akratie« bekennt.

Klaus Schmitt, Berlin

Zum Diskussionsbeitrag von Titus Bahner: »Wachbewußte Spiritualität statt mystische Selbstaufgabe«. CONTRASTE 6/93, Seite 6

Titus Bahners Beitrag (1) zur Anthroposophie-Diskussion und seine klarstellenden Ausführungen zum anthroposophischen Schulungsweg wachbewußter Spiritualität habe ich im großen und ganzen sehr begrüßt. Folgendes möchte ich aber zu bedenken geben, ohne die Bedeutung des anthroposophischen Weges für die Zukunft des Menschen herabmindern zu wollen.

Wie Bahner selbst schreibt, besteht allgemein panische Angst vor der Begegnung mit den seelischen Tiefen, die den Verstand vernebeln und ist die angestrebte Persönlichkeitsstärkung ein langwieriger und oft unbequemer Weg. Wir haben aber in Gegenwart und naher Zukunft dringende sozialökonomische und ökologische Probleme zu lösen. Können wir noch warten, bis sich die Mehrheit der 5 1/2 Milliarden ErdenbürgerInnen auf den anthroposophischen Schulungsweg begibt?

Es mag sein, daß in ferner Zukunft immer mehr Menschen tatsächlich diese Richtung einschlagen werden. Sollte die Natur und/oder die »geistige Welt« aber für den heutigen Menschen keinen anderen Rettungsweg vorgesehen haben?

Bahner behauptet, der abstrakte, von Gefühlen losgelöste Verstand habe die Welt heute an den Rand des Abgrunds gebracht, und: »...das abstrakte Denken rein diesseits der Schwelle findet keinen maßvollen Bezug zur Welt und hat sich und den ganzen Planeten an die absolute Grenze gebracht.«

Mit seiner apokalyptischen Warnung hat Bahner sicher recht, aber im übrigen läßt er hier jegliche Differenzierung vermissen, um die er sich sonst so sehr bemüht. Kann es nicht sein, daß uns lediglich ordnungspolitische Versäumnisse, sozialpolitische Erkenntnisse umzusetzen und anzuwenden, an den Rand des Ruins gebracht haben?

Zum Beispiel wird vielfach das marktwirtschaftliche Prinzip pauschal verworfen. Dabei wird übersehen, daß die Rahmenrechtsordnung für eine Marktwirtschaft bisher völlig unzureichend ist und mit besseren Rahmenbedingungen ganz andere sozialökonomische und ökologische Ergebnisse erzielt werden könnten. Entsprechende Erkenntnisse und Vorschläge liegen längst vor. Die seit 1957 in ununterbrochener Folge erscheinende Schriftenreihe »Fragen der Freiheit« zum Beispiel ist eine Fundgrube derartiger sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeit. Herausgeber ist das Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (Badstr. 35, Bad Boll/Baden-Württemberg), eine seit vier Jahrzehnten bestehende, als gemeinnützig anerkannte Einrichtung der sozialwissenschaftlichen Forschung und Erwachsenenbildung. (Es wäre an der Zeit, daß CONTRASTE die dort geleistete Arbeit einmal ausführlich würdigt.)

Wenn Bahner beklagt, an der Quintessenz der Anthroposophie als Schulungsweg werde völlig vorbeigesehen und weder CONTRASTE-AutorInnen noch Jutta Ditfurth hätten sich dafür interessiert, so hat er spiegelbildlich erlebt, was er selbst unterläßt: Beachtung der Leistungen des Verstandes, der Ordnungskriterien erarbeitet hat (unter Berücksichtigung auch des Gedankens der sozialen Dreigliederung), die uns aus dem Dilemma heraushelfen können. (2)

Wir erleben heute weltweit verstärkte Hinwendung zur Marktwirtschaft – Ostdeutschland, Osteuropa, GUS-Staaten, China – und gleichzeitig zunehmendes Versagen der bisherigen Form von Marktwirtschaft, die von staatlicher und privater Vermachtung gekennzeichnet ist. Es geht darum, die sozialökonomisch und ökologisch richtige Rahmenrechtsordnung zu realisieren, die rechtlichen Regeln, auf denen Marktwirtschaft beruht, so zu ändern, daß soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und die gleiche Freiheit für alle (nicht für einige Privilegierte) möglich werden, daß der nun mal vorhandene und auf absehbare Zeit nicht zu tilgende Egoismus sich nicht zum Nachteil des Allgemeinwohls auswirken kann. Das ist vor allem unsere heutige verantwortungsvolle Aufgabe. Es ist verständlich, wenn anthroposophisch Übende in der sicheren Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein, diesen allen Menschen ans Herz legen und aus ihrer Begeisterung heraus der Zeit vorauseilen möchten. Der anthroposophische Schulungsweg bedeutet für die meisten Menschen heute noch eine Überforderung. Die Mehrheit kann sich von sich aus nicht so verhalten wie ideell eingestellte Menschen es vermögen. Sie bedarf der Hilfe der Ordnungspolitik.

Rudolf Steiner hat bekanntlich davor gewarnt, etwas zu früh verwirklichen zu wollen. Bezüglich der heutigen anthroposophischen Gesellschaftsmodelle hat sich Heten Wilkens als Präsident der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland in einem Spiegel-Interview kritisch geäußert: Das komme um Jahrhunderte zu früh; die Bedürfnisfrage münde heute in Heuchelei und Unfrieden. (3)

Josef Hüwe, Berlin

(1) CONTRASTE 6/93, S. 6
(2) Siehe auch »Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart«. Hrsg.: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Bad Boll 1981. Oder: Dieter Vogel, »Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit – Die freiheitliche Kultur, Staat und Wirtschaft«, Novalis Verlag Schaffhausen 1990.
(3) Der Spiegel Nr.18/1984, S. 195.

LESERINBRIEF

Geliebte CONTRASTE-Personen!
Haaalt!! Bitte löst mein Abo (frisch gekündigt) doch nicht auf!!!

Beim Lesen von Elisabeth Voß »Endlich eine Diskussion« im Juni-Heft erfüllte mich das große Aufatmen: Ihr seid ja doch nicht dieser festgefügte Klotz von linientreuen Materialisten der einzig aufrechten Art, als die Ihr Euch mir nach und nach darstelltet in den letzten Heften.

Vielleicht sollten die wenigen Frauen in der Redaktion öfter zu Wort kommen. Und überhaupt muß die weibliche Leserinnenschaft gestärkt werden. Und wenn ich mich auf irgendeinem relevanten Gebiet kompetent fühlen würde, wäre ich eventuell ggf. gelegentlich bereit was zu schreiben...

Leider murkse ich nur marginal bei verschiedenen selbstorganisierten Dingern (Pseudozeitung, textilschaffende Frauen, GbR, Waldorf-Eltern, Kunsthandwerkermarkt-Szene...) mit, aber verwalten tu ich mich alleine und mein alternatives »Reisegewerbe«-Handwerk.

Was sind schon 6,666... DM im Monat – ich freu mich auf's weiterlesen (spät, sporadisch und meistens auf'm Klo!).

Mit guten Grüßen
Ingrid S., Tübingen

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10961 Berlin, Gneisenaustr. 2a, ☎ (030) 693 80 21; **27367 Sottrum, Redaktion Bremen**, Götz Paschen, Everinghausen 42; **37073 Göttingen**, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; **69035 Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; **90429 Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **06844 Dessau**, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); **01099 Dresden**, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; **Niederlande, 1019AT Amsterdam**, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 12049 Berlin, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 • Fax: (030) 621 86 40; **Alternative Energie/Technik:** 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 • Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe:** 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften, Ökobank:** 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk:** 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 2 36 93; **Sozialpolitik:** 80337 München, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Naturkost:** 49143 Schledehausen, Herrmann Cropp, Wulftener Str. 3, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 79 02

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

WESTERWALD

Bildungsurlaub im Westerwald 1993
mit begleitender Kinderbetreuung

* Beruf – Berufung – Orientierungsseminar mit Methoden der Gestalttherapie:
Welche Rollen und welche Positionen nehme ich in meinem Beruf ein? Will ich mich verändern, mich weiterqualifizieren oder vielleicht etwas ganz neues ausprobieren?
27.9. bis 1.10.93

* Computer-Einführungskurs für Frauen
Ein praxisnaher Einstieg in den PC zu den Grundlagen des Betriebssystems MS-DOS und des textverarbeitungssystems MS-WORD 5.5. Von Frauen für Frauen.
11. bis 15.10.93

Anmeldung & Information:
Soziokulturelles Zentrum
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4
W-5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 70

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- Gemeinsamer Ökonomie, d.h. jeder gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus.
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden.
- Gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder mit einschließt.
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen.

Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termine: 1. bis 3.10.93
oder 18. bis 22.10.93
oder 3. bis 5.12.93

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen bei dem Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Schwerpunkte des Seminars werden sein:
- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situationen der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Termin: 26. bis 28.11.93
Anmeldung & Information:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

SCHREINEREIEN

»Was spielt (k)eine Rolle?
Bundestreffen der SV Schreinereien vom 1. bis 3. Oktober in der Läufertsmühle, Neckargerach (bei HD).
Spielerischer Workshop zum Verhältnis von Männern & Frauen im betrieblichen Alltag. Teamer/in Martina Paulini/Peter Aurin. Kosten voraussichtlich 200 DM, bei Bezuschussung nach Bedarf reduziert.
Anmeldung ab sofort bis 30.8.93:
Freie Holzwerkstatt
Habsburger Str. 9
79104 Freiburg
Fax (07 61) 55 46 54

FRAUEN

FRAUENSICHT E.V.

Rhetorik für Frauen. Schwerpunkt: Einen eigenen Redestil entwickeln
Weibliche Kreativität und Ausdruckskraft prägen den Redestil von Frauen genauso wie Zrückhaltung und Bescheidenheit. Das Seminar bietet Gelegenheit, den eigenen Redestil zu festigen.
Termin: 18. bis 22.10.93 in Marmagen/Eifel
Nähere Informationen & Anmeldung gegen 1,50 DM Portoersatz bei:
FrauenSicht e.V.
Feministische Weiterbildung
Holbeinstr. 32
D-50733 Köln
☎ (02 21) 73 70 00

Bundesweites Baufachfrauentreffen
– Arbeiten und Perspektiven von Handwerkerinnen und Ingeneurinnen im Baubereich.
Termin: 15.-17.10.93
Information & Anmeldung:
Frauenbildungshaus
Osteresch
Zum Osteresch 1
48496 Hopsten-Schale
☎ (0 54 57) 15 13
Fax 16 94
(Kurs-Nr.: 10.4 FfB)

SCHREINERINNEN

4. fantastisches
Schreinerinnentreffen
vom 10.bis 12.9..93 im Jugendhof Bessunger Forst bei Darmstadt.
Themen:
Berufsperspektiven, Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Arbeiten im Ausland, Weiterbildung, Frauen auf der Walz, Oberflächen, Bauphysik.
Anmeldung über Konto:
Voba Frankfurt, Sabine Eichfuss
Kto-Nr. 500 300 361
BLZ 501 900 00
100 bis 130 DM nach Selbsttaxierung

ÖKONOMIE

Lokale Ökonomie
Krisenregionen – sowohl ländliche als auch städtische – sind geprägt durch den Abbau (alt-)industrieller Strukturen, ohne daß die verlorengegangenen Arbeitsplätze ersetzt werden. Lokalökonomische Strategien zielen hingegen auf den Erhalt bzw. die Neuschaffung von Arbeitsplätzen durch den Wiederaufbau einer – die Region tragenden – sozial und ökologisch nützlichen Produktion. Dies ist nicht nur eine Zukunftsvision, sondern auch (er-)lebbare Realität, hier und in mehreren europäischen Ländern.
Tagesseminar 28.8. und 9.10.93
10-18 Uhr

Geld als Spiegel
- für den Umgang mit sich selbst
- für unser Verhältnis zu anderen
- für unsere Einflußnahme auf die Umwelt.

An diesem Tag habt Ihr die Möglichkeit, mit Hilfe von gestalttherapeutischen Übungen, Vorträgen und Diskussion Eurem Verhältnis zum Geld auf die Spur zu kommen.
Als das Geld erfunden wurde, brachte es eine bis dahin kaum vorstellbare wirtschaftliche Entwicklung in Gang, weil durch das Geld vor allem anderen ein Raum für Kreativität geschaffen wurde. Heute wird Geld in einem Atemzug mit Macht, Zerstörung und Habgier genannt. Gibt es Wege, Geld als ein dem Menschen dienendes Mittel zu nutzen? Die Geschichte des Geldes ist eng mit der Menschheitsgeschichte verbunden. Ihr könnt erfahren, an welchem Punkt wir heute stehen und Euren persönlichen Standort neu bestimmen.
Tegaesseminar: 18.9.93, 10-18 Uhr.
Information & Anmeldung:
TRION Institut
Gerberstr. 9
D-20767 Hamburg
☎ (0 40) 389 36 68

SOZIALPOLITIK

BUNTSTIFT E.V.

Armut und Unterversorgung
Fakten, Analysen, (sozial)politische Alternativen
In drei Foren zu Erwerbslosigkeit/Beschäftigungspolitik, Unterversorgung mit sozialen Diensten und Wohnungsnot soll eine Bündelung, Weiterentwicklung und ein Austausch zwischen Wissenschaft und VertreterInnen aus Verbänden, aus Betroffenenorganisationen und aus Parteien erfolgen und sozialpolitische Konzepte und Modelle vorgestellt und breitere Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet werden.
Besonderes Interesse gilt Konzepten, die eine Zusammenarbeit von lokaler Politik, kommunaler Verwaltung und Selbsthilfeprojekten anstreben.
Den Abschluß bildet eine Podiumsdiskussion.
Termin: 8. bis 9.10.93 in Kassel
Gebühr: 80 DM (Unterkunft & Verpflegung kostenlos), Ermäßigung möglich
Veranstalter: BUNTSTIFT e.V., Göttingen in Zusammenarbeit mit Ökologie Stiftung NRW und Regenbogen Bayern
Anmeldung & Information:
Buntstift e.V.
z. Hd. Karin Weland
Groner-Tor-Str. 31/32
37073 Göttingen
☎ (05 51) 4 60 10

AG SPAK

Initiativgruppen und neue Medien
– Über den wirkungsvollen und zeitgemäßen Einsatz von Medien in der politischen Bildungsarbeit/Öffentlichkeitsarbeit von sozialen Initiativen.
Öffentlichkeitsarbeit gehört zum Geschäft sozialpolitischer Initiativen, Verbände, Vereine, Stiftungen etc.. Häufig jedoch wird unreflektiert und unstrukturiert versucht, das eigene Projekt bzw. dessen Inhalte, Ziele und Forderungen »öffentlich« zu machen.
Zu Beginn des Seminares soll deswegen die Frage stehen: Was bedeutet nun eigentlich »Öffentlichkeit« bzw. »Gegenöffentlichkeit« – wen will und kann man/frau erreichen und mit welchen Medien ist dies am sinvollsten zu bewerkstelligen.
Da die meisten sozialpolitischen Initiativen, Verbände, Stiftungen, Vereine bislang hauptsächlich die Printmedien für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen, sind sodann die TeilnehmerInnen aufgefordert, sich speziell mit diesem Bereich kritisch auseinanderzusetzen und zu diskutieren, welches Publikum mit Publikationen, Schriften, Zeitungen oder Broschüren angesprochen wird und wo die Grenzen für eine wirkungsvolle Vermittlung von sozialpolitischen Inhalten liegen.
Darüber hinaus werden dann durch Impulsreferate neue und moderne Medientypen (Film/Video, Radio, Mailbox-System) vorgestellt und danach beleuchtet, wie sie für eine sinnvolle Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden können, welche Kreise damit erreicht werden können und welches spezielle Fachwissen für die Benutzung angeeignet werden muß.
Termin: 17. bis 19.9.93
Ort: Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde
D-21369 Nahrendorf-Breese
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Adlzreiterstr. 23
D-80337 München
☎ (0 89) 77 40 78
Fax 77 40 77

ÖKOLOGIE

Ökologische Gebäudesanierung
– Gesundes Bauen und Wohnen
Fachkongreß der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) am 15./16.11.93 in Berlin
Information über das Programm:
AGÖF-Geschäftsstelle
Alexanderstr. 17
D-53111 Bonn
☎ (02 28) 63 01 29
Fax (02 28) 69 30 75

»Maßnahmen zur umweltfreundlichen Umgestaltung in Unternehmen«
ein Umweltseminar für FirmeninhaberInnen, Führungskräfte, Umweltbeauftragte, WerbeleiterInnen und Interessierte.
Termin: 17.-19.11.1993
Ort: Beuerhof, Üxheim/Eifel
Weitere Informationen:
KRISTALL
Die Umweltagentur
Redwitzstr. 62-66
50937 Köln
☎ (02 21) 44 92 32
Fax 42 21 26

SONSTIGES

Das produktive Chaos
Chaos ist mehr als ein Modewort. In dem Seminar werden Möglichkeiten erarbeitet, Chaos für die psychosoziale und pädagogische Arbeit zu nutzen. Denn aus systematischer Sicht birgt die innere Ordnung chaotischer Systeme viele neue Entwicklungschancen in sich.
Termin: 3. bis 6.9.93
Anmeldung & Information:
Werkstatt Wegwende
W-2839 Freistatt
☎ (0 54 48) 82 61

UMDENKEN, HAMBURG

»Mit Weitblick und Übersicht«
Methoden der Gruppenarbeit vom 30.8.-3.9.93 in Hamburg
Gruppen zu leiten, ohne sie zu verleiten, Gruppen zu führen, ohne sie zu verführen, setzt Wissen über Gruppenprozesse und Gruppendynamik voraus. Um Strukturen zu erkennen und Entwicklungen zu begleiten, wird auch methodisches Handwerkszeug gebraucht.
Die Planung und Gestaltung von Seminaren von der Idee bis zur Durchführung, die Prozeßbegleitung und -steuerung von Beginn bis zum Abschluß der Gruppe sind Themen dieser Woche. Die Woche ist als Bildungsurlaub anerkannt.
Kosten: 480 DM
Information & Anmeldung:
umdenken e.V.
Max-Brauer-Allee 116
D-22765 Hamburg
☎ (0 40) 389 52 70

ZBB – BAYERN

Ost-West-Deutsche Begegnung in Sachsen und Bayern
Zwei Ziele verfolgt ein 9-Tages-Seminar, das zur Hälfte in Gstadt am Chiemsee und zur Hälfte in Leupoldishain in der Sächsischen Schweiz stattfindet: Begegnung von Mensch zu Mensch, gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen persönlicher Geschichte – dazu die Beschäftigung mit einem Thema, das Menschen in West- wie in Ostdeutschland zunehmend betrifft: Welchen Wohlstand wollen wir?
Das Seminar findet statt vom 9. bis 17. Oktober. Es wendet sich an MultiplikatorInnen der Bildung und alle am Ost-West-Dialog Interessierten.
Information & Anmeldung:
Zusammenschluß Bayerischer Bildungsinitiativen e.V.
Adlzreiterstr. 23
D-80337 München
☎ (0 89) 721 14 12

STIFTUNG MITARBEIT

»Projektentwicklung mit Planspielmethoden«
Das Trainingsseminar hat zum Ziel, Methoden und praktische Regeln für die Entwicklung, Planung, Organisation und Erfolgskontrolle von Projekten zu erarbeiten und mit Hilfe von Planspielelementen zu erproben.
Termin: 3.-5.9.93 in Königswinter bei Bonn
Tagungsbeitrag: 60 DM

»Kreativitätstechniken zur Planung und Ideenentwicklung in Projekten«
Das Seminar soll einen Überblick über kreative Techniken und Methoden vermitteln und ihre Wirksamkeit an Praxisbeispielen verdeutlichen.
Termin: 22.-23.10.93 in Würzberg
Tagungsbeitrag: 50 DM
Anmeldung & Information:
Stiftung Mitarbeit
Theo Bühler
Bornheimer Str. 37
D-53111 Bonn
☎ (02 28) 63 00 23

netz NRW
Huckarder Straße 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 16 24 76

netz Hessen (VSBH)
Schäfergasse 46
60313 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 131 04 07

netz Baden-Württemberg
Erwinstraße 29
79102 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 70 90 23

netz Bremen
c/o Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
28203 Bremen
Tel.: 0421 / 70 14 61

netz Bayern
c/o IBPro
Kaulbachstraße 85
80802 München
Tel.: 089 / 34 57 23

netz

netz NRW
Börnestraße 10
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 164 95 83

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

netz NRW
Staufenstraße 27
48145 Münster
Tel. 0251 / 3 31 99

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

__ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

__ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

__ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1